

Nr. **10** '89

Oktober
Postver-
triebsstück
G 7426 E
Erscheint
monatlich
20. Jahrgang
Jahresabo
33,- DM
Einzelpreis
3,- DM
ISSN-Nr.
0936-1405

 AIB
DRITTE
WELT
ZEITSCHRIFT

Ausland-An
■ **Mosambik:** Friedenssignale
der Frelimo

■ **Mittelamerika:** *Zeig*
Begräbnis für die **Contra**

■ **Wirtschaftsgipfel:** Die
7 Reichsten und die 7 Ärmsten
Anfrage?

Kambodscha

PAHL-RUG.GOTTESW.54 5000KOEL
G 7426 E 504691 428
FORUM
LINGENERSTR.9 -HINTERHAUS-
4400 MÜNSTER

Verhandlungslösung oder Krieg?

DRITTE WELT

Kommentar

Vom Namibiapolizisten
zum Weltpolizisten? 3

Kambodscha

Rückkehr zum Krieg? 5
Chronologie 6
Kambodscha steht bereits
auf eigenen Füßen 10

Vietnam

Die Erneuerung und ihr Preis 12

Philippinen

Präsidentin Aquino in Bonn 15
Aquino bläst zur Kopffagd 16

Türkei

Proteste gegen Haftbedingungen 17

Mosambik

V. Frelimo-Kongreß 18

Namibia

Wahlmanifest der SWAPO 21

Äthiopien

Sachzwänge zur Dialoglösung 22

Mittelamerika

Präsidentengipfel in Honduras 25
Wahlkampf des Sandinisten 26
Aktionsplan der Solidarität 27
Interview mit Salvador Samayoa (FMLN) 28

Kuba

Drogenskandal erschüttert Revolution 29

UdSSR und Dritte Welt

N. Simoniya über die vormalige
Dritte-Welt-Politik der UdSSR 31

Weltwirtschaft

Pariser Gipfel der sieben Westmächte 33
Neue Schritte zu einer Gegenbewegung 34
Abschlußerklärung des Gipfels der
sieben ärmsten Länder 35

Ökologie

Süd-Städte-Dialog über globale Probleme 37
Deklaration von Managua 38

Frauen

Weltkonferenz der Ureinwohnerfrauen 39

Kultur

Zum Tode des kubanischen Dichters
Nicolás Guillén 40

Stichwort

Kaffee 42

Rezension

Einblicke in die iranische Revolution 42

Kurzinformationen

Angola, Libyen-Tschad, Südafrika,
Ökologie, Sri Lanka, Libanon,
Kolumbien, Bolivien, Chile, Panama,
Termine, Leserbrief 44

Infos zur Solidarität

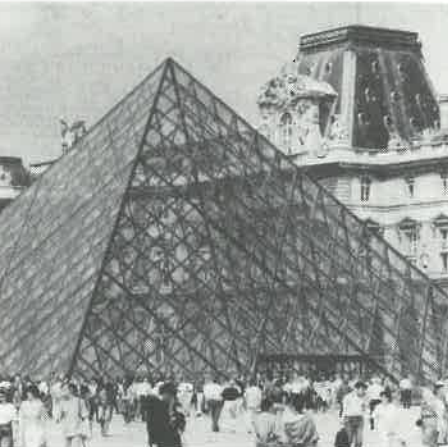
U-Boot-Affäre; Kampagne gegen
Daimler-Benz; Buchtip: Giftmüll;
Ausstellung zu Rassismus;
Chile-Bundestreffen 47



Mittelamerika

Am 7. August d.J. einigten sich die
Präsidenten der mittelamerikanischen
Staaten auf einen Plan für die
Demobilisierung der nicaraguanischen
Contra. Damit rückt für Washington eine
Fortsetzung des Krieges in weite Ferne.
Außerdem wurden die salvadorianische
Regierung und die Befreiungsfront FMLN
aufgefordert, Verhandlungen aufzunehmen.

Seite 25



Kambodscha

Der Abzug der vietnamesischen Truppen
aus Kambodscha ist abgeschlossen. Eine
politische Verhandlungslösung im
Kambodscha-Konflikt, die von der Pariser
Konferenz im Juli/August d.J. erwartet
worden war, aber scheiterte. Ist die Chance
auf einen Kompromiß dahin? Wie ist die
Lage im Innern Kambodschas und
Vietnams?

Seite 5



Weltwirtschaft

Anläßlich des 200. Jahrestags der
französischen Revolution fand in Paris der
Gipfel der sieben Westmächte statt. Er
brachte eine Wende in der Verwaltung der
Schuldenkrise, aber keine Ansätze zu ihrer
Lösung. Mit einem Gipfel der sieben
ärmsten Nationen und anderen Aktivitäten
der Solidaritätsbewegung nahm eine
internationale Gegenbewegung weitere
Konturen an.

Seite 33

I M P R E S S U M

DRITTE-WELT-Zeitschrift. Gegr. 1970 als
Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB).
Erscheint monatlich. ISSN-Nr. 0936-1405

Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46,
3550 Marburg, Tel. 0 64 21-2 46 72.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof.
Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen,
Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter
Wahl, Prof. Erich Wulff.

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver
(stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek,
Hanne Denk, Georg Diederichs, Ingrid el-Masry,
Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek,
Ulrich Rupp.

Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Frank Braßel,
Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso
Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Ivesa
Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Rolf
Radke, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt,
Petra Sittig, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.
Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Aleks F.
Arndt, Corinna Erckenbrecht, Helmut Groschup, Michael
Voregger.

Redaktionsschluß: 8. September 1989
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in
der Regel von der Redaktion.
Titel: Gestaltung Udo Tremmel

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und
Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach
51 08 68, 5000 Köln 51, Telex 2 214 284 pahl.
Vertrieb: Telefon 02 21-3 60 02/0.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag
bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto);
Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29
DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr.

Einzelheft 3 DM. Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von
10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung
unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in
Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen: Wenn das Abonnement nicht spätestens
6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes gekündigt
wird, verlängert es sich um 1 Jahr.

Satz: Die Feder, Wetzlar.
Druck: Plambeck & Co. Neuss.

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50),
Stadtparkasse Köln 10 652 238 (BLZ 370 501 98).

Anzeigenleitung: Joachim Vranken,
Tel. 02 21-3 60 02/28.

Anzeigen: Dritte-Welt-Partner, ak, iz3w, titanic-reisen,
ila, ANN, Solishop 3. Welt, Vorwärts.

Fotonachweis: Newsweek, Time, El Pais,
Uwe Blockhaus, Jeune Afrique, Wolfram Brönnner,
Solidaire, Barricada internacional, Libération, New
African, AIM, UZ, Oxfam, DRITTE-WELT-Archiv.

KOMMENTAR

Vom Namibiapolizisten zum Weltpolizisten?



Fritz Schröder
Mitarbeiter
der Geschäftsstelle
der Anti-Apartheid-Bewegung

Auf der Bonner Kabinettsitzung vom 30.
August d.J. wurde beschlossen, 50 Beam-
te des Bundesgrenzschutzes (BGS) auf
freiwilliger Basis nach Namibia zur Ver-
stärkung des dortigen UN-Kontingents zu
entsenden. Diese Kabinettsentscheidung
geht auf eine Anfrage von UN-Generalse-
kretär Javier Pérez de Cuéllar zurück. Der
Einsatz der BGS-Beamten soll ab Mitte
September rund ein halbes Jahr dauern.
Die Kosten für diesen Einsatz werden auf
rund 1 Mio DM veranschlagt.

Auch wenn Innenminister Schäuble
mit seiner Forderung, den bundesdeut-
schen Polizeieinsatz in Namibia mit ei-
nem Grundsatzbeschuß zum Einsatz der
Bundeswehr im Rahmen der UNO zu ver-
binden, im Kabinett vorerst zurückgepfif-
fen wurde, kommt dennoch dem Nami-
bia-Engagement eine Pilotfunktion für
den Einsatz der Bundeswehr außerhalb
der NATO-Gebiete (demnächst vielleicht
in Mittelamerika) zu. Allerdings bedarf
die Entsendung von Bundeswehrangehö-
rigen außerhalb der NATO einer Ände-
rung des Grundgesetzes. Diese Rechts-
auffassung wurde Ende 1982 vom Bun-
des sicherheitsrat unter dem Vorsitz von
Helmut Kohl ausdrücklich bekräftigt.

Von prinzipieller Bedeutung ist die Ent-
sendung von BGSlern auch, weil nach
1945 erstmals bundesdeutsche Uniform-
träger in einem internationalen Konflikt-
herd für „Recht und Ordnung“ sorgen.
Für die Bundesregierung ist die Erfüllung
ihres Wunsches, die Wirtschaftsmacht
BRD auch militärisch in der Welt reprä-
sentiert zu sehen, ein Schritt zur „Norma-
lität“. Aber in vielen Ländern wird der
Anblick deutscher Uniformträger in Na-
mibia, auch unter den blauen Helmen der
UNO, den Menschen einen schalen Bei-
geschmack bescheren.

Die SPD begrüßte die Entscheidung
der Bundesregierung. Lediglich der Vor-
sitzende der Arbeitsgemeinschaft sozial-
demokratischer Juristen (ASJ), Horst Iso-
la, meinte, daß deutsche Polizisten in Na-
mibia „das letzte (seien), was dieses Land
braucht“. Die GRÜNEN, die Gewerk-
schaft der Polizei und die Bundesweite
Namibia-Koordination (BNK) lehnen den
BGS-Einsatz ab. Die GRÜNEN sprechen
von einem „Kommandounternehmen“,
das als Einstieg der Bundesrepublik in die
Rolle des Welt-Hilfssheriffs der USA ge-
dacht zu sein scheint.

„Äußerst bedenklich“ findet die BNK,
ein Zusammenschluß von 22 Organisatio-

Zu dem 1978 vom UN-Sicherheitsrat ver-
abschiedeten Lösungsplan für die Dekolo-
nisation Namibias (Resolution 435) er-
klärte die Bundesregierung verbal ihre
Zustimmung, untergrub jedoch real die
Zielsetzungen von 435. So wurden die
von Südafrika eingesetzten Marionetten-
regierungen in Windhuk politisch und
materiell unterstützt.

Eine wesentliche Rolle hierbei spielen
Nichtregierungsorganisationen, über die
das Bundesministerium für wirtschaftli-
che Zusammenarbeit (BMZ) gezielt Mit-
tel nach Namibia leitete. An führender
Stelle standen und stehen die Otto-Ben-
necke-, die Hanns-Seidel- und die Kon-
rad-Adenauer-Stiftung. Diese „Hilfen“
dienten weniger dem Ziel, die Unabhän-
gigkeit Namibias zu fördern als vielmehr
den Einfluß der südafrikanischen Marion-
ettenregierung zu stärken.

Bereits 1985 nahm der jetzige Regie-
rungssprecher im Ministerrang, „John-
ny“ Klein (CSU), an den Einsetzungsfeier-
lichkeiten dieser „Regierung“ teil. Ein-
her damit ging seitens der Unionspartei-
en eine jahrelange Diffamierungskam-
pagne gegen die SWAPO. Aber damit
nicht genug: Bonn fördert deutsche Schu-
len in Namibia in Millionenhöhe – die
Verbreitung rassistischen Gedankenguts
an diesen Schulen finanziert sie mit. In
Verletzung des UN-Dekrets Nr. 1 von
1974 beuten bundesdeutsche Firmen Un-
an-Vorkommen in Namibia aus und betei-
ligen sich am Handel mit Karakulfellern
(Persianerpelzen).

Während sich die Bundesregierung in
der jetzigen Wahlkampfphase in Namibia
pluralistisch gibt – so wurde im März
1989 Sam Nujoma und im Juni der Chef
der Konservativen Demokratischen Turn-
hallenallianz (DTA), die mit Südafrika
kollaboriert, Dirk Mudge, empfangen –
engagieren sich Konrad-Adenauer- und
Hanns-Seidel-Stiftung, aber auch das von
K.U. von Hassel (CDU) geleitete Komitee
„Freiheit für Namibia“ munter für die
DTA.

Zu befürchten ist, daß auch die bundes-
deutsche Namibia-Politik nach der Unabhän-
gigkeitserklärung weiter neokolonial-
istischen Zielen verpflichtet sein wird.
So soll neben der „Erhaltung der kulturel-
len Identität der deutschsprachigen Min-
derheit Namibias“ die Sicherung „markt-
wirtschaftlicher Rahmenbedingungen“
ein Schwerpunkt bundesdeutscher „Ent-
wicklungs“-politik werden:

SONDERHEFTE

- SH 3/85 – Krise in Mittelamerika.
Nicaragua, El Salvador, Guatemala. 2 DM
- SH 4/85 – Rüstung im All.
Gefahr für die Dritte Welt. 2,50 DM
- SH 3/86 – Iran-Irak. Krieg ohne Ende? 2 DM
- SH 1/87 – Nicaragua.
Die Kunst des Überlebens. 2,50 DM
- SH 3-4/87 – Frontstaaten im südlichen Afrika.
Destabilisierung und Widerstand. 2,50 DM
- SH 1/88 – Mittelamerika. Endlich Frieden? 2,50 DM
- SH 2/88 – Olympialand Korea. 2,50 DM
- SH 3/88 – Schuldenkrise. Bezahl wird nicht. 2,50 DM
- SH 1/89 – Von der Intifada zum Palästinaaat. 2,50 DM

Bei Bestellung unter 10 DM bitte V-Scheck
oder Briefmarken beilegen.
Bei der Abnahme von mindestens 10 Exemplaren
gewähren wir 33% Rabatt.

BESTELLCOUPON

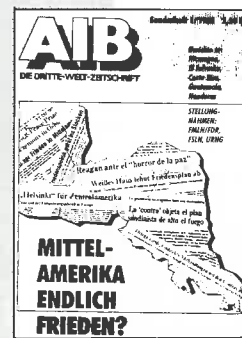
Einsenden an Dritte Welt LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Ich/Wir bestellen:

.... Expl. Sonderhefte

.... Expl. Sonderhefte

.... Expl. Sonderhefte



Sonderheft 1/1988
MITTELAMERIKA
Friedensprozeß ● Abkommen von
Esquipulas ● Sandinisten
unterwerfen sich nicht ●
Wirtschaft ● Friedensstifter Costa
Rica? ● Hinhaltetechnik Honduras?
● Duarte laviert ● Dialogchance in
Guatemala? ● Kampagnen,
Materialien



Sonderheft 3/1988
SCHULDENKRISE UND IWF-KAMPAGNE
Die Verschuldung ist kein
Modethema ● Exemplarisch:
Afrika und Lateinamerika ● Die
Metropolen bleiben nicht
verschont ● Alternativen zur
Verschuldung ● Dokumentation
von Lösungsansätzen ● Aufruf der
IWF/Weltbank-Kampagne



Sonderheft 1/1989
PALÄSTINA
Ein Jahr Intifada ● Die Proklamation
des Palästinaates
● US-Nahostpolitik und die
Haltung der EG ● Die BRD-Politik
und das Sonderverhältnis zu Israel
● UNO-Resolutionen, Interviews,
Kultur

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Wohnort

Datum/Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung
ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim
DRITTE-WELT-LeserInnen-Service, Postfach 510 868, 5000
Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist ge-
nügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige
dies durch meine 2 Unterschrift.

Datum/Unterschrift

KAMBODSCHA

GÜNTER GIESENFELD

Rückkehr zum Krieg?

Vor der Pariser Konferenz vom Juli/August d.J. schien eine politische Verhandlungslösung im Kambodscha-Konflikt greifbar nahe gerückt. Ist nun, nach ihrem Scheitern, die Chance auf einen Kompromiß dahin?

Die erste große internationale Konferenz, die Kambodscha gewidmet war und den bald zwanzigjährigen Krieg in diesem Land beenden sollte, ist gescheitert. Sie hatte, von vielen Hoffnungen begleitet, am 30.7.1989 in Paris an demselben Ort in der Avenue Kléber begonnen, wo auch die Verhandlungen über Vietnam stattfanden, die 1973 zum Abzug der US-amerikanischen Truppen geführt hatten. 20 Delegationen aus 18 Ländern waren zusammengekommen, darunter viel politische Prominenz: Alle Großmächte waren in der Eröffnungsphase durch ihre Außenminister vertreten. (1)

Der Schlußsitzung, die einen Monat später stattfand, waren schon fast alle Außenminister ferngeblieben. „Zu früh für einen Kompromiß“ (2) habe die Konferenz stattgefunden, so lautete die Formulierung, mit der der französische Außenminister Roland Dumas als Vorsitzender eine Vertagung der Verhandlungen um sechs Monate ankündigte, was nur eine diplomatische Umschreibung des totalen Mißerfolgs war.

Auch wenn einige Beteiligte sich anders äußerten, ist für jeden Beobachter klar, daß der Grund für diesen Mißerfolg die bewußt und demonstrativ betriebene Sabotage der Roten Khmer war. Sie waren die einzigen, die keinen auch nur minimalen Ansatz zu einem Kompromiß zu machen bereit waren, während alle anderen, vor allem Kambodscha und Vietnam, sehr weitgehend zuvor vertretene Positionen modifizierten und zum Teil aufgaben, um zu einer politischen Lösung zu kommen. Schließlich scheiterte die Konferenz an der einen Frage, ob den Roten Khmer, die für den Völkermord an mindestens 1 Mio Kambodschaner in der Zeit der Pol-Pot-Herrschaft verantwortlich sind, in einer Übergangsregierung eine gleichberechtigte Mitwirkung und staatliche Legitimität zugestanden werden sollte oder nicht.

Abgesehen von moralischen Kategorien könnten sich ein solches Zugeständnis weder die vietnamesische noch die kambodschanische Regierung leisten: Für die eine wäre dies tendenziell eine Rückkehr zur Situation vor 1979, zur Bedrohung also durch einen feindseligen Nachbarn, der die südlichen Grenzgebiete mit Krieg überzieht. Für die andere würde es den Verlust des Vertrauens der Bevölkerung bedeuten, für die Hun Sen und seine Regierung auch eine Garantie gegen eine erneute Schreckensherrschaft bedeutet.

Das wußten auch diejenigen Konferenzteilnehmer, die, nach anfänglichem Zögern, die Sabotagehaltung der Roten Khmer faktisch unterstützt haben: China, die USA und die Staaten der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Und auch Sihanouk, der im Anschluß an die Konferenz demonstrativ-resigniert den Vorsitz seiner Widerstandsfraktion niederlegte (3), hatte sich wieder einmal von den Roten Khmer erpressen lassen. Das Scheitern hat vor aller Welt erneut klar gemacht, daß „es mit den Roten Khmer weder eine Einigung noch Frieden in Kambodscha geben kann“. (4)

Obwohl das Scheitern vorausgesehen gewesen war, wollte sich im Vorfeld und zu Beginn der Konferenz niemand auf pessimistische Analysen einlassen. Zu deutlich waren die Anzeichen gewesen, daß sich etwas bewegte in der Kambodschafrage: Mehrere Verhandlungsrunden in wechselnder Besetzung waren der Konferenz vorangegangen, wobei vor allem die direkten Kontakte zwischen Sihanouk, dem Führer der antivietnamesischen „Koalition“, und dem jungen Regierungschef von Phnom Penh, Hun Sen, große Hoffnungen weckten.

Ihr erstes Treffen in La Ferté-en-Tardenois im Dezember 1987

(5) war allgemein als ein Durchbruch empfunden worden, zumal über den wichtigsten Punkt Einigkeit erzielt wurde: Der Konflikt muß politisch gelöst werden, und zwar mit dem Ziel der Errichtung eines „friedlichen, unabhängigen, demokratischen, souveränen, neutralen und nichtpaktgebundenen Kambodscha“.

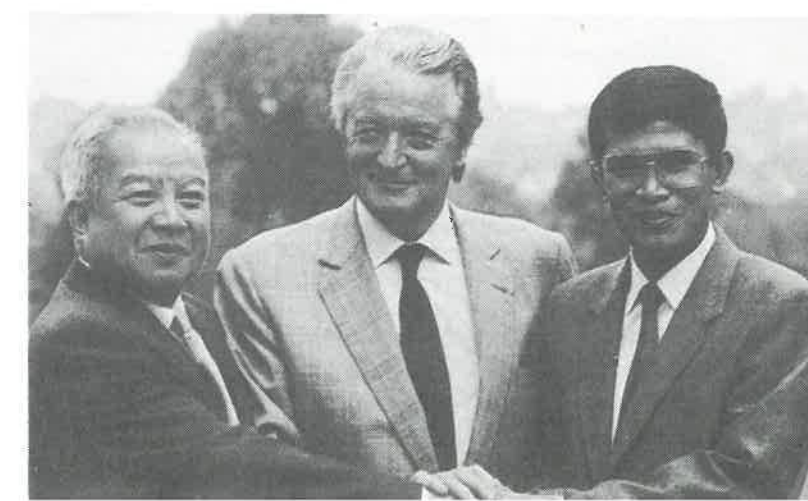
Versteckter und offener Druck der Beijinger Regierung, die fürchten mußte, angesichts eines starken Trends zur Verständigung unter den kambodschanischen Parteien (außer den Roten Khmer), ihren Einfluß auf das Geschehen zu verlieren und ihr Werkzeug, die Roten Khmer, isoliert zu sehen, führte zwar gleich danach zu einem Meinungswandel des Prinzen: Er forderte nunmehr die Einrichtung eines „nichtkommunistischen, nichtsozialistischen“ Systems in Kambodscha und die Auflösung der Volksrepublik noch vor den Wahlen.

Diese Forderungen, vor allem die Entscheidung Sihanouks, den Dialog abubrechen, wurden aber dann von den ASEAN-Staaten auf ihrer jährlichen Konferenz Mitte Dezember 1987 in Manila deutlich kritisiert. Man war dort der Meinung, eine so kompromißlose Haltung würde den von Vietnam angekündigten Truppenrückzug gefährden.

Auf einem weiteren Treffen (6), zu dem sich Sihanouk schließlich bereitfand, wurden die konträren Standpunkte deutlich, die von da an die Diskussion beherrschten: Sihanouk verlangte nach wie vor die Auflösung der Volksrepublik als Staat vor den Wahlen, während Kambodscha (und auch Vietnam) vor allem eine Rückkehr der Roten Khmer an die Macht verhindern und die Entscheidung über eine neue Regierung und eventuell Staatsform vom Ausgang der Wahlen abhängig machen wollen. „Unser Einverständnis“, so Hun Sen, „mit einem Mehrparteiensystem ist ein großes Zugeständnis. Die zukünftige Verfassung Kambodschas wird nicht ein Einparteiensystem vorsehen. Sie wird die ‚Kohabitation‘ aller politischen Parteien garantieren. Nur so kann übrigens von einer politischen Lösung gesprochen werden. Wenn alles nur nach unserem Willen ginge, dann wäre dies ja keine politische Lösung.“ (7)

Schon zu diesem Zeitpunkt tauchte immer wieder die Perspektive einer Einigung ohne die Roten Khmer auf, in der Hun Sen und Sihanouk alleine eine politische Lösung anstreben könnten (8), vor allem als Sihanouk am 30.1.1988 offiziell als Oberhaupt der „Koalitionsregierung“, die 1979 geschaffen worden war, um den Sitz Kambodschas in der UNO nicht Heng Samrin überlassen zu müssen, zurücktrat. (9)

Hauptdarsteller auf der Pariser Konferenz (v.l.n.r.): Prinz Sihanouk, französischer Außenminister Roland Dumas und Kambodschas Premierminister Hun Sen



Kambodscha-Chronologie

„Diese unerträgliche Fiktion (. . .) dient nur dazu, das Khmer-Regime auf der politischen, diplomatischen und militärischen Ebene zu stärken. (. . .) Indem sie fortfahren, dem Regime der polpotistischen Roten Khmer irgendeine ‚Legitimität‘ oder ‚staatliche Legalität‘ (. . .) zu verschaffen, legen die Sponsoren aller Richtungen (. . .) Zeugnis ab von einer tiefen und unerträglichen Verachtung gegenüber dem kambodschanischen Volk“. (10)

Auf Anregung Vietnams und Einladung der indonesischen Regierung fanden dann Treffen im größeren Kreis statt, an denen alle kambodschanischen Parteien teilnahmen, sowie, in einer jeweils zweiten Phase der Gespräche, andere Staaten der Region. Dabei setzte sich in Hanoi und Phnom Penh die Erkenntnis durch, daß das wesentliche Verhandlungsziel, nämlich zu verhindern, daß nach dem Abzug seiner Truppen die Roten Khmer in das entstehende Machtvakuum eindringen könnten, nur mit der Einschließung Sihanouks als immer zentraler Figur erreicht werden könnten. Und dessen Formel, er wolle „ein Kampuchea als Freund, aber nicht als Diener Vietnams“ (11), erschien akzeptabel.

Währenddessen war auch den Regierungen der ASEAN-Staaten und des Westens allmählich klageworden, daß die Pol-Pot-Gruppe nicht bereit ist, bei einer politischen Lösung aktiv mitzuwirken. Sihanouk erhielt infolgedessen nun die bisher vergeblich geforderte, auch militärische Unterstützung aus dem Westen: Seine Truppen sollen durch US-Hilfe bis 1990 auf 50 000 Mann aufgerüstet werden. (12) Frankreich erklärte sich bereit, Sihanouk-Offiziere auszubilden, zum „Schutz des kambodschanischen Volkes gegen die Roten Khmer“. „Zusammen mit Hun Sen hätten wir dann eine Armee, die stärker ist als die Roten Khmer“. (13)

Diese sollen gegenwärtig etwa 30 000 Soldaten unter Waffen haben, sowie die Kontrolle über einige 10 000 Flüchtlinge in den von ihnen kontrollierten Flüchtlingslagern. Die Waffenlieferungen aus der VR China sind seit 1988 sprunghaft angestiegen. Mit ihnen werden offenbar große geheime Waffenvorräte angelegt, die nach westlichen Schätzungen für zwei Jahre Bürgerkrieg reichen.

In den von ihnen kontrollierten Lagern und Grenzgebieten üben sie ihre Herrschaft in der altbekannten Weise aus: die Bevölkerung wird unter Druck gesetzt, keinen Reis an die Regierung zu verkaufen und nicht zur Miliz zu gehen. (14) Seit Mai 1988 wurden von ihnen Hunderte von Dorfbürgermeistern entführt und ermordet. Mit Gewalt werden Flüchtlinge aus Thailand über die Grenze getrieben, um die Waffentransporte durchzuführen und die Roten Khmer-Soldaten zu versorgen. (15)

In ihrer Propaganda wird Sihanouk jetzt, noch vor den Vietnamesen, als „Feind Nr. 1“ bezeichnet. Wie zu Zeiten des „Demokratischen Kampuchea“ wird das Leben der Bevölkerung von Religionsverbot, Zwangsarbeit und Todesstrafe für das geringste Vergehen bestimmt, kein Privatleben geduldet, herrscht absolutes Reiseverbot.

Das offensichtliche Desinteresse der Roten Khmer an einer Verhandlungslösung führte dazu, daß das erste Treffen aller kambodschanischen Fraktionen (später als JIM 1 bezeichnet (16)), das im Juli 1988 in Bogor (Indonesien) stattfand, ohne Ergebnis blieb. Es wurde Thiuonn Prasith, dem Führer der Delegation der Roten Khmer (17), von allen Teilnehmern offen vorgeworfen, eine gemeinsame Schlußerklärung verhindert zu haben. Man kam informell überein, die Verhandlungen über einen von Hun Sen vorgelegten Friedensplan in einer Arbeitsgruppe – notfalls ohne die Roten Khmer – weiterzuführen und bis Ende des Jahres Vorschläge vorzulegen.

In diplomatischen Gesprächen und Konferenzen im Umkreis von JIM 1 (ASEAN-Tagung im Juli, UNO-Vollversammlung im November 1988) setzte sich allgemein die Überzeugung durch, daß parallel mit dem bereits im Gang befindlichen Abzug der vietnamesischen Truppen die militärische Unterstützung der Roten Khmer eingestellt werden muß. China sagte zu, gegen einen garantierten Zeitplan für den vietnamesischen Truppenabzug die Unterstützung für die Roten Khmer eventuell schon vor dessen Beendigung zu reduzieren. Nach dem Rückzug solle es dann auf keinen Fall mehr weitere Hilfe für Pol Pot geben. (18)

Denn alle diese Verhandlungen waren zunehmend von der Sorge beherrscht, daß die Roten Khmer eine neue Terrorherrschaft er-

18. März 1970: Sturz Sihanouks durch Lon Nol, mit Unterstützung durch die USA. Ende des Versuchs einer Neutralitätspolitik. Demonstrationen und Aufstände der Bevölkerung werden blutig niedergeschlagen. Verfolgung der vietnamesischen Minderheit.

Südvietnamesische und US-Truppen dringen in Kambodscha ein. Zwei Jahre lang wird das Land bombardiert, angeblich zwecks Zerstörung von Stützpunkten der vietnamesischen Befreiungsfront FNL.

4. Mai 1970: Exilregierung in Beijing unter Leitung von Sihanouk gebildet. Weitgehend ohne seine Kontrolle, selbständig kämpft der Widerstand in Kambodscha gegen das Lon-Nol-Regime.

1971: Erste militärische Erfolge des Widerstands (Schlacht von Chen La), mit vietnamesischer Hilfe. Auf einem Kongreß der Kommunistischen Partei wird die Einschätzung verbreitet, Vietnam sei ein gefährlicherer Gegner als die USA. Erste Säuberungen in der Partei gegen Sihanouk-Anhänger und Sympathisanten der FNL.

1973: In Erfüllung des Pariser Abkommens verlassen alle FNL-Einheiten Kambodscha. US-Bombardierungen werden eingestellt. Aufstände vietnamfreundlicher Gruppen in der befreiten Zone (Provinz Koh Kong), die bis 1976 andauern.

17. April 1975: Einnahme Phnom Penhs durch die kambodschanische Befreiungsfront FUNK. Die Einwohner werden aus der Stadt vertrieben. Viele Tote wegen schlechter Organisation des Exodus, Krankheiten und Hunger. Sihanouk kehrt nach Phnom Penh zurück und wird unter Hausarrest gestellt.

Mai 1975: Erste schwere Grenzübertritte und Massaker an vietnamesischen Bauern durch das neue Regime. Pol Pot entschuldigt sich in Hanoi („mangelnde Ortskenntnis der Soldaten“). Verhandlungen über Grenzfestlegung werden vereinbart.

1976: Die Grenzverhandlungen scheitern, weil die kambodschanische Delegation nicht mehr erscheint. Säuberungen und Massaker in der Partei gegen Anhänger einer Zusammenarbeit mit Vietnam sowie gegen Sihanouk-Sympathisanten. Die vietnamesische Minderheit wird massakriert, die islamische Cham-Minderheit fast ausgerottet. Flüchtlingsstrom nach Vietnam. „Demokratisches Kampuchea“ mit neuer Verfassung gegründet, Pol Pot Premierminister. Ende des Jahres hat dieser sich im inneren Machtkampf durchgesetzt, äußerst blutige Säuberungen in der Partei.

1977: Immer schwerere Grenzverletzungen in Richtung Vietnam und Thailand. Massive Waffenlieferungen aus Beijing setzen ein. In Südvietnam werden Grenzdörfer überfallen, woraufhin die vietnamesische Regierung Evakuierungen anordnet. Aufstände gegen Pol Pot, z.B. in Siem Reap. Widerstandsorganisation unter Leitung von So Phim wird gegründet (nicht pro-vietnamesisch). So Phim fällt bei der blutigen Niederschlagung. Viele Widerstandskämpfer gegen Pol Pot und Parteimitglieder fliehen nach Vietnam.

1978: Systematische Massaker im Innern. Eliminiert wird die Intelligenz und die Stadtbevölkerung.

Grenzkrieg und hemmungslose Propaganda gegen Vietnam. Im Dezember erste Gegenoffensive Vietnams. Gründung der Befreiungsfront gegen

Pol Pot FUNSK unter Heng Samrin. Vietnam vollzieht den öffentlichen Bruch mit Pol Pot und informiert über die Massaker. Es ruft zu Verhandlungen auf, schlägt entmilitarisierte Zone im Grenzgebiet vor. Pol Pot lehnt ab. Aufstände in vier Provinzen, deren Führer jetzt auch Zusammenarbeit mit Vietnam bzw. mit der FUNSK anstreben. Flüchtlingsstrom nach Vietnam (seit 1975 etwa 500 000).

11. Januar 1979: Vietnamesische Truppen und FUNSK besetzen Phnom Penh. Pol Pot und seine Regierung fliehen nach China, ihren letzten Säuberungsmaßnahmen und Massakern fallen 200 000 Menschen zum Opfer. In Phnom Penh bildet ein revolutionärer Volksrat eine neue Regierung unter Heng Samrin.

September 1979: In der UNO-Vollversammlung werden die Roten Khmer als rechtmäßige Vertreter Kambodschas anerkannt. Vietnam wird aufgefordert, seine Truppen abzuziehen.

1980: Das Internationale Rote Kreuz und die UNICEF erklären, daß sie ihre Hilfslieferungen für die Flüchtlingslager an der Grenze zu Kambodscha in Thailand einstellen, weil nicht gewährleistet ist, daß sie humanitären Zwecken/dienen. Die Roten Khmer haben in den Lagern unumschränktes Hoheitsrecht. Die thailändische Armee sorgt für ihre Sicherheit. Die USA unterhalten „Kampuchea Emergency Group“ in Thailand zur Organisation der „Fortsetzung des Krieges gegen Vietnam“ mittels der Roten Khmer.

1981: Neue Verfassung und Wahlen in Kambodscha.

1982: Die „Koalitionsregierung“ der antivietnamesischen Widerstandsgruppen wird auf Druck von China und den USA in Kuala Lumpur gegründet. Sihanouk ist Vorsitzender, Khieu Samphan von den Roten Khmer Vizepräsident, Son Sann von der „Nationalen Khmer-Befreiungsfront“ Premierminister.

Bei mehreren Gelegenheiten erklärt Vietnam, daß es seine Truppen bis 1990 zurückziehen werde. Bis dahin sollen regelmäßig bereits Teiltrückzüge erfolgen.

1985: Die „Koalition“ erleidet eine schwere militärische Niederlage: Alle Stützpunkte der Roten Khmer in Kambodscha fallen.

1987: Phnom Penh veröffentlicht Friedensplan mit fünf Punkten: freie Wahlen, Koalitionsregierung, hohes Amt für Sihanouk. Erstes Treffen Sihanouks mit Hun Sen.

1988: Weitere Treffen Sihanouk/Hun Sen. In Indonesien findet auf Einladung der dortigen Regierung das erste „Jakarta Informal Meeting“ (JIM) statt. Die Vertreter der kambodschanischen Fraktionen treffen mit indochinesischen und ASEAN-Ländern zusammen.

1989: JIM 2 ohne Sihanouk. Vietnam und Kambodscha kündigen den vorzeitigen Abzug der vietnamesischen Truppen bis Ende September 1989 an, unabhängig von einer politischen Lösung. Die Roten Khmer intensivieren Kämpfe und Überfälle im nordwestlichen Grenzgebiet, Gegenschläge der vietnamesischen und kambodschanischen Truppen.

Ende Juli 1989: Treffen Sihanouk/Hun Sen in Paris, unmittelbar anschließend Treffen der vier kambodschanischen Parteien.

30. Juli 1989: Beginn der Pariser Konferenz.

28. August 1989: Die Pariser Konferenz wird ergebnislos abgebrochen.

Opfer einer Landmine (l.) beim Anpassen einer Prothese; kambodschanische Grenzpatrouille (r.): verteidigungsbereit gegen zurückkehrende Rote Khmer



richten würden, oder daß die vier Armeen in ihren Gebieten bleiben und ein geteiltes, vom Bürgerkrieg bedrohtes Land, ein neuer Libanon entstehen könnte. Man fragte sich, ob vier Armeen vereinigt werden können (ein Vorschlag der VR China), die sich heute noch aufs Blut bekämpfen, wie Rachefeldzüge, Blutbäder oder ein allgemeines Chaos verhindert werden sollten.

Befürchtungen dieser Art bewirkten, angesichts der bekannten Absichten der Roten Khmer, eine gewisse Interessenidentität zwischen dem Westen und den Regierungen in Phnom Penh und Vietnam. Denn obwohl der vietnamesische Rückzug stets Gesprächsthema und Verhandlungsobjekt bei den erwähnten Zusammenkünften und Konferenzen gewesen war, gehörte er spätestens seit dem 5.4.1989 nicht mehr zu den dort zu entscheidenden Fragen.

An diesem Tag hatte die vietnamesische Regierung bekanntgegeben, daß sie den für 1990 vorgesehenen Rückzug aller ihrer Truppen aus Kambodscha nun schon bis Ende September 1989 vollziehen würde, und zwar unabhängig von einer politischen Lösung. Sicher haben zu dieser Entwicklung die sich langsam intensivierenden Kontakte zwischen der Sowjetunion und China ebenso beigetragen wie die direkten Verhandlungen zwischen China und Vietnam, die seit Januar 1989 in Gang gekommen waren. (19)

Für ein neues Treffen in größerem Kreis, das vom 19. bis 22. Februar 1989 in Djakarta stattfand (JIM 2), waren somit eigentlich gute Voraussetzungen gegeben. Nur Sihanouk zeigte sich so pessimistisch, daß er sich zwar am Konferenzort aufhielt, aber an den Verhandlungen nicht teilnahm. Er befürchtete, daß andere Kräfte ihm die Initiative aus der Hand nehmen könnten, und begleitete sein Schmolmen mit harten Verbalangriffen gegen Hun Sen, der ein „Verräter“ und „Collabo“ (20) sei, während er Khieu Samphan, dem Führer der Roten Khmer, zubilligte: „Er ist ein Mörder, aber kein Verräter“ (21).

Aber der für des Prinzen Egozentrismus so typische Schachzug ging daneben: „Mit einsichtigen Argumenten und geschickten Konzessionen manövierten sie (Vietnam und Kambodscha; G.G.) einen Mann aus dem Feld, der sich bislang für den einzigen Retter Kambodschas hält: Prinz Norodom Sihanouk“, kommentierte die westliche Presse. (22)

Zum Gesinnungswandel des Prinzen hatte die Erkenntnis beigetragen, daß international die in JIM 1 und 2 offenkundig gewordene Tendenz zu einer notfalls ohne ihn und die Roten Khmer zu erreichenden politischen Lösung zu konkreten Reaktionen bei bislang sich zurückhaltenden Regierungen geführt hatte. So spielte Japan eine immer aktivere Rolle im Verhandlungs- und Friedensprozeß (23).

Vor allem aber hatte Thailand Anfang 1989 eine überraschende Öffnung gegenüber Vietnam und Kambodscha vollzogen. Es hatte zwar schon vorher Kontakte zu Hanoi gegeben, aber die Einladung Hun Sens nach Bangkok (25.1.1989), wo dieser wie ein Regierungschef empfangen wurde, war sowohl ein Durchbruch in den Beziehungen der beiden Nachbarländer, als auch eine Ohrfeige für Sihanouk und seine Dreierkoalition.

Auch wenn der thailändische Premierminister Chatichai Choonhavan später von den ASEAN-Staaten und China zurückgepfiffen wurde, kam bei diesem Treffen mit dem Schlagwort „Aus dem Schlachtfeld Kambodscha einen Markt machen“ zum ersten Mal eine neue Orientierung zum Ausdruck, die auf ein zukünftiges freundschaftliches Verhältnis schließen ließ, sogar mit der Perspektive einer Ausdehnung des ASEAN-Bündnisses auf indochinesische Länder. (24) Zwar mußte der Premierminister seine Sympathien für Hun Sen nach einem Besuch in Beijing am 14.3.1989 widerrufen, die neuen Einschätzungen wurden dennoch auf einem Symposium mit Vertretern der drei indochinesischen Staaten in Bangkok am 29. April d.J. erneut bekräftigt. (25)

„Niemals ist der Kontext für eine Regelung dieses Konflikts günstiger gewesen“ (26) – alles sprach im Vorfeld der Pariser Konferenz für die Richtigkeit einer solchen Hoffnung. Denn auch die Großmächte hatten deutliche Zeichen einer Kompromißbereitschaft erkennen lassen: Ein Besuch chinesischer Diplomaten mit Touristenvisa in Phnom Penh zu Gesprächen mit Hun Sen bedeutete eine erste direkte Kontaktaufnahme zwischen beiden Ländern.

Kurz zuvor hatte ein Artikel in einer Shanghaier Zeitung eine positive Wirtschaftsbilanz der Regierung Hun Sen gezogen: „Die Geschäft-

te laufen auf Hochtouren in Phnom Penh, als wäre die Stadt vom Tode wieder zum Leben auferstanden. (. . .) Solche radikalen Veränderungen sind eingetreten, seit Hun Sen die Macht ergriffen hat“. (27)

Vor allem die Äußerungen des US-Außenministers Baker auf der ASEAN-Tagung, die am 2. Juli d.J. in Brunei begonnen hatte, signalisierten auch von dort her die Aufgabe alter dogmatischer Positionen: „Die Hun-Sen-Administration und ihre Armee“ seien, so Baker, „das beste Bollwerk, die Roten Khmer in Schach zu halten“, und deshalb sei es besser, „das Hun-Sen-Regime zu modifizieren, statt es aufzulösen“. (28) In einer Pressekonferenz am 6. Juli d.J. zeigte sich Baker sogar als Befürworter einer Lösung unter Ausschluß der Roten Khmer: „Wir müssen den Einfluß derjenigen verstärken und nicht schwächen, die am besten in der Lage sind, um die Vertreter der Brutalität in Schach zu halten“. (29)

Auch Vietnam signalisierte Kompromißbereitschaft. In einem Interview betonte Außenminister Nguyen Co Thach unmittelbar vor der Konferenz, Vietnam sei bereit, in einer globalen Lösung auch eine gewisse Beteiligung der Roten Khmer an der Macht zu akzeptieren. Es sei „eine Frage der Quantität“. Auch in der Frage der UNO-Beteiligung an einer Überwachung des Abzugs ergäben sich Möglichkeiten, „wenn die UNO die Ergebnisse der Konferenz anerkennt“. (30)

Die Konferenz begann denn auch mit deutlich jede Konfrontation vermeidenden Eröffnungsreden der Vertreter der wichtigsten Delegationen. US-Außenminister Baker stellte fest, „daß die Roten Khmer keine Rolle in Kambodschas Zukunft spielen sollten“ und daß eine künftige Hilfe für ein neu konstituiertes Kambodscha „direkt und im umgekehrten Verhältnis zum Ausmaß einer Roten-Khmer-Beteiligung stehen“ werde. (31)

Auch die Rede des chinesischen Außenministers Quichen war „konstruktiv und ziemlich gemäßigt“ (32). Er begrüßte die vietnamesische Absicht, seine Truppen bis Ende September d.J. zurückzuziehen.

Insgesamt wurde klar, daß es vor allem vorläufige Probleme zu lösen galt, nicht grundsätzliche. Denn allgemein war man sich einig über den vietnamesischen Truppenabzug, über die Unabhängigkeit und Neutralität eines zukünftigen Kambodschas sowie über die Abhaltung freier und international überwachter Wahlen. Uneinigkeit herrschte über die Form der Überwachung des vietnamesischen Truppenabzugs sowie über die Zusammensetzung einer Übergangsregierung.

In den folgenden Tagen wurde deutlich, daß man gerade bei diesen Fragen doch von einem Kompromiß noch sehr weit entfernt war. Zunächst hatte die Konferenz vorübergehend unterbrochen werden müssen, weil der Vertreter der Roten Khmer, Khieu Samphan, sein Veto gegen jegliche auch formale Regelung des Geschäftsverlaufs eingelegt hatte (33), was auch nach Meinung Sihanouks eine „Sabotage“ der Konferenz bedeutete. Erst nach einer Intervention der chinesischen Delegation wurde dieser Widerstand überwunden. (34)

Man einigte sich schließlich auf ein weiteres Vorgehen in drei Ar-

beitsgruppen und einer Koordinations-Kommission, die innerhalb vier Wochen ein diskussionsfähiges Konzept für die drei Bereiche Überwachung des Rückzugs, künftige Verfassung Kambodschas und Rückführung der Flüchtlinge erarbeiten sollten. Eine „Sondierungs- und Informationsmission“ der UNO sollte vor Ort technische Vorklärun-gen übernehmen und sich, laut Hun Sen, in Kambodscha und allen anderen Ländern frei bewegen können. (35) Die vierte, sog. Ad-Hoc-Kommission sollte den heikelsten Punkt diskutieren: Die Organisation der Wahlen und die Zusammensetzung einer Übergangs-„Behörde“.

In dieser Kommission wurden verschiedene Modelle diskutiert,

LETZTLICH SCHEITERTE DIE PARISER KONFERENZ AN DER FRAGE, OB DEN AM VÖLKERMORD VON 1975–1979 VERANTWORTLICHEN ROTEN KHMER EINE STAATLICHE MITWIRKUNG WIEDER EINGERÄUMT WERDEN SOLLTE

die einen Kompromiß zwischen den vietnamesisch/kambodschanischen Vorstellungen einer Übergangsregierung mit Hun Sen und Sihanouk als gleichberechtigten Partnern (36) und der Forderung der Dreierkoalition nach einer Viererparität darstellen könnten. Als abzusehen war, daß ein solches Modell (37) akzeptiert werden könnte, gab es plötzlich eine spürbare Verhärtung in den Positionen Chinas und der Dreierkoalition.

Man wolle nicht „einen Divan für die einen und Notsitze für die anderen“, forderte der chinesische Vizeaußenminister Liu Shu-ting in einem Interview und nahm gleichzeitig weitere frühere Zugeständnisse zurück. China werde seine militärische Hilfe erst nach dem Rückzug und einer globalen Regelung einstellen. Außerdem verlangte er die sofortige Reduzierung auf 10 000 Soldaten für jede Armee, was der Koalition eine Übermacht von 3:1 garantieren würde.

Gleichzeitig warfen die Roten Khmer jetzt erneut das Problem der vietnamesischen Siedler in die Debatte und behaupteten, unter ihnen seien 500 000 „verkleidete vietnamesische Soldaten“. (38) Die chinesische Presse, die bis dahin nur kurz über die Pariser Konferenz berichtet hatte, griff dieses Thema demonstrativ auf und forderte, die „1,3 Mio“ Siedler müßten ebenso wie die vietnamesischen Truppen abgezogen werden (39): „Alle bewaffneten Kräfte Vietnams, einschließlich seiner militärischen Berater sowie des in den Hun-Sen-Truppen versteckten militärischen Personals und der bewaffneten Milizionäre unter den vietnamesischen Einwanderern, und alle ihre benutzten Waffen, Munition und andere militärischen Anlagen sollen abgezogen werden. Nichts von ihnen darf in irgendeiner Form zurückbleiben.“ (40)

Angesichts dessen, daß diese Zahlen und Behauptungen sehr

zweifelhaft und durch nichts belegt sind, können solche Forderungen nur die Funktion haben, jegliche Verbindlichkeit eigener Verpflichtungen auszuschalten und als Freibrief für die unbegrenzte Fortsetzung der Militärhilfe an die Roten Khmer zu dienen. Denn es wird unter diesen Umständen auf unabsehbare Zeit möglich sein, zu behaupten, der Rückzug sei „nicht vollständig“ erfolgt.

Darüber hinaus begannen die Roten Khmer, in den Beratungen bereits verabschiedete Texte erneut in Frage zu stellen. Vor allem sollten alle, das Pol-Pot-Regime „diskriminierenden“ Formulierungen ersetzt werden: Statt „Völkermord-Praktiken“: „mit den Menschenrechten unvereinbare Praktiken“, statt „drohende Ausrottung“: „Bedrohung der Grundfreiheiten und der Sicherheit“. (41)

Die Absicht ist, Formulierungen durchzusetzen, die man auch anderen (Vietnam, Hun Sen) leichter unterschieben kann. Mit solchen Aktionen haben die Roten Khmer „diese Konferenz ebenso methodisch erledigt wie sie mehr als 1 Mio ihrer Landsleute zwischen 1975 und 1978 ermordet haben“. (42) Sie, die sich allein für die „Garanten des Überlebens der Khmer-Rasse“ (43) halten, wollen keine politische Lösung. Für sie darf der Krieg nicht enden, denn er ist ihre einzige Überlebenschance.

Aber es ist auch auf der Konferenz keiner ihrer „Sponsoren“ aufgetreten, der diese Erkenntnis in politischen Druck verwandelt hätte. Die VR China, für die diese Konferenz der erste Auftritt auf internationalem diplomatischem Parkett nach der Niederschlagung der Studentenrevolte (siehe **DRITTE WELT** 7 und 8–9/1989; d. Red.) war, hatte womöglich deshalb zunächst versöhnliche Töne angeschlagen, schwenkte aber dann voll auf die Positionen der Roten Khmer ein. Manche haben darin ein Zeichen für Richtungskämpfe in Peking sehen wollen – sicher ist, daß dieser Meinungswechsel zum Scheitern der Konferenz wesentlich beigetragen hat.

Auch die USA machten einen Rückzieher, indem sie erklärten, zwar gegen eine Beteiligung der Roten Khmer in einer Übergangsregierung zu sein, sich aber gleichzeitig einer gegenteiligen Meinung Sihanouks ausdrücklich anschlossen. Hofften sie auf diese Weise Zeit für eine Veränderung der Kräfteverhältnisse zu gewinnen? „Washington denkt, daß im Zeitraum eines Jahres die nicht-kommunistischen kambodschanischen Widerstandskräfte stark genug gemacht werden können, um das Land zu beherrschen.“ (44)

Die USA haben nichts zu verlieren, wenn der Krieg weitergeht. Notfalls gilt auch für die US-Regierung Deng Xiao-Pings nüchterne Machtkalkulation von 1984: „Ich verstehe nicht, warum einige Leute Pol Pot weghaben wollen. Es ist wahr, daß er einige Fehler gemacht hat, aber jetzt führt er den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren.“ Deng war schon 1979 der Meinung, daß es „gut für China“ sei, „die Vietnamesen dazu zu zwingen, daß sie in Kambodscha bleiben, denn dadurch werden sie nur noch mehr und mehr leiden.“ (45)

Günter Giesenfeld, Marburg, ist Professor für Literatur- und Medienwissenschaften, Autor des Standardwerkes zu Indochina „Land der Reisfelder“ (3. Auflage Pahl-Rugenstein 1988) und Mitherausgeber von **DRITTE WELT**.

Anmerkungen

- 1) U.a.: Baker (USA), Schewardnaze (UdSSR), Qichen (VR China), Major (England). Folgende Staaten waren weiterhin vertreten: Australien, Brunei, Frankreich, Kanada, Indien, Indonesien, Japan, Laos, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam, ein Delegierter aus Simbabwe als Vertreter der Nichtpaktgebundenen und der Generalsekretär der UNO, Perez de Cuellar. Die französische Regierung hatte eingeladen, sie leitete gemeinsam mit Indonesien die Verhandlungen.
- 2) Le Monde (LM), Paris, 1.9.1989
- 3) Um ihn auf seine Frau Monique zu übertragen . . .
- 4) LM, 31.8.1989 (Herausgeberkommentar)
- 5) Es war das erste von insgesamt sieben Treffen der beiden Politiker bislang.
- 6) In Saint-Germain-en-Laye am 20./21. Januar 1988
- 7) Hun Sen in einem Interview vom 23.1.1988, zit. nach: LM, 26.1.1988
- 8) Diesem zweiten Treffen waren die beiden anderen Fraktionen, Son Sann und die Roten Khmer, trotz Einladung ferngeblieben.
- 9) Sihanouk hat diesen Schritt mehrmals vollzogen und zwischendurch den Vorsitz jeweils offiziell oder „faktisch“ wieder übernommen.
- 10) Brief an Son Sann, veröffentlicht in Beijing am 16.8.1988, zit. nach: LM, 18.8.1988
- 11) LM, 20.1.1988
- 12) Financial Times, London, 17.12.1987
- 13) LM, 9.8.1988. Der letzte Satz ist ein Ausspruch Sihanouks.
- 14) Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 25.7.1988
- 15) Frankfurter Rundschau (FR), 12.12.1988; Washington Post und International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 24.1.1989
- 16) JIM: „Jakarta Informal Meeting“. Bogor liegt bei Djakarta. Zunächst war, um den informellen Charakter zu betonen, von einer „Cocktailparty“ die Rede gewesen. JIM 2 fand im Februar 1989 statt (s.u.).
- 17) „Der bullige, lispelnde Thiounn Prasith nervte die Teilnehmer an den Arbeitssitzungen ebenso wie die Journalisten während der anschließenden Pressekonferenzen mit langatmigen Tiraden gegen die „vietnamesischen Kolonialisten“. LM, 27.1.1989 (Herausgeberkommentar)
- 18) Li Peng in Neuseeland am 21.11.1988, nach: LM, 29.11.1988
- 19) Deutliche Zeichen einer Entspannung waren die unmittelbare Folge: Vietnam hat ohne großes öffentliches Aufsehen seine gesamten Truppen aus Laos abgezogen, aus der vietnamesischen Verfassung wurden alle historischen Hinweise auf „chinesischen Hegemonismus“ gestrichen.
- 20) Collabo = Kollaborateur, bekanntes Schimpfwort für während der deutschen Besetzung Frankreichs durch Hitler mit der Besatzungsmacht zusammenarbeitende Franzosen.
- 21) LM, 20.12.1988
- 22) SZ, 23.2.1989
- 23) Japan erklärte sich bereit, die Kosten für eine internationale Überwachungskommission zu übernehmen.
- 24) LM, 11.2.1989. Thailand habe beschlossen, nun auf Hun Sen zu setzen, weil er der seriöseste kambodschanische Politiker sei, so der Kommentar.
- 25) IHT, 29./30.4.1989
- 26) Libération, Paris, 29./30.7.1989
- 27) LM, 2.8.1989
- 28) IHT, 7.7.1989
- 29) LM, 8.7.1989
- 30) SZ, 31.7.1989
- 31) IHT, 31.7.1989
- 32) So das Urteil Sihanouks, in: LM, 2.8.1989
- 33) Die vier kambodschanischen Fraktionen, die als eine Delegation auftraten, hatten auf einem Vorgespräch gegen den Willen Sihanouks Einstimmigkeit aller Beschlüsse vereinbart.
- 34) Dies geschah bei einem Abendessen der drei Koalitionsfraktionen in der chinesischen Botschaft. Es muß vermutet werden, daß bei diesem Treffen taktische Absprachen über das weitere Vorgehen überhaupt getroffen worden sind: Khieu Samphan scheint sein vorübergehendes Einlenken nicht ohne Gegenleistungen abgerungen worden sein. Vgl. dazu den Bericht in: Libération, 2.8.1989.
- 35) Ebenda
- 36) Später war die kambodschanische Seite auch zu einer „Dreier“-Lösung unter Ein-schluß Son Sanns bereit.
- 37) Eine formale Viererparität mit ungleichen Kompetenzen, vgl. SZ, 7.8.1989
- 38) die tageszeitung (taz), West-Berlin, 12.8.1989
- 39) LM, 12.8.1989
- 40) Qian Qichen, zit. nach: Beijing Rundschau, Nr. 34/1989
- 41) FR, 22.8.1989
- 42) Libération, 25.8.1989
- 43) Jaques Bekaert in: IHT, 31.7.1989
- 44) Nayan Chanda in: Far Eastern Economic Review, Hongkong, 2.3.1989
- 45) Ben Kiernan in: IHT, 19.7.1989

Dritte-Welt Partner ravenburg

sucht:

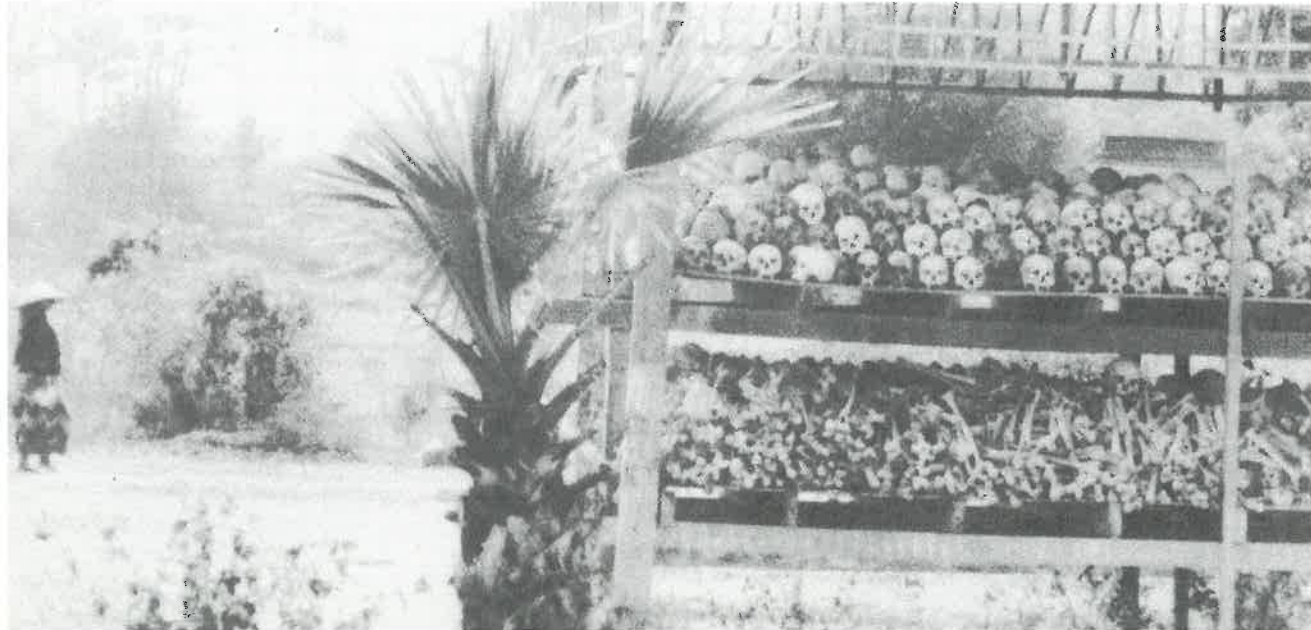
2 entwicklungspolitisch engagierte Kollegen/-innen

für den Vertrieb von Projekt-Waren und Umweltschutzpapier. Die neuen Kollegen/-innen werden sehr selbständig arbeiten, die Hälfte ihrer Arbeitszeit in unserm Lager, die andere Hälfte auf Besuchs- und Belleferungstouren an Dritte-Welt- und Naturkostläden in Baden-Württemberg/ bayr.Schwaben verbringen.

Wir sind ein kleines, demokratisch organisiertes Team, ganz schön engagiert und leisten viele Überstunden. Auf die Zuverlässigkeit jedes/-r Kollegen/-in sind wir angewiesen. Wir suchen Leute, die dazu passen, kaufmännisch ausgebildet sein müssen sie nicht unbedingt. Wir bezahlen uns nach Groß- und Außenhandelsstarif.

Bewerbungen oder Rückfragen an: **Dritte-Welt Partner**
Hinzistobel 14/1, 7980 Ravensburg, Tel.: 0751-2071

Kambodschanisches Mahnmal (l.): Gebeine eines Massengrabes bei Phnom Penh, das von Pol-Pot-Schergen 1979 hinterlassen wurde; Truppen der Roten Khmer (r.) warten in Thailand auf ihren Wiedereinsatz in Kambodscha



Zur Lage im Landesinnern 10 Jahre nach der Befreiung von Pol Pot

Kambodscha steht bereits auf eigenen Füßen

Verteidigungsbereitschaft, Reformen und Öffnung nach außen. Dies kennzeichnet die Lage in Kambodscha nach der Pariser Konferenz.

Aus der Perspektive des betroffenen Landes, der betroffenen Menschen sieht alles anders aus. Was auf dem diplomatischen Parkett der Treffen, Communiqués und Konferenzen als eine wenig erfreuliche Mischung aus Machtpolitik, Opportunismus und verbalen Appellen erscheinen mag, bedeutet in Kambodscha selber die Antwort auf die Frage Hunger oder Essen, Krieg oder Frieden, Tod oder Leben.

Deshalb trifft der Mißerfolg der Pariser Konferenz die KambodschanerInnen und ihre Regierung nicht unvorbereitet. Desillusioniert über den Wert weltöffentlicher Bemühungen, die allzuoft eher Machenschaften sind, haben sie seit langem ihre Zukunft in ihre eigene Hand genommen.

Das bedeutet, daß mit beiden möglichen Alternativen gerechnet werden muß: damit, daß eine Übergangsregelung zustandekommt und anschließend Wahlen stattfinden könnten, aber auch damit, daß der Terror weitergehen und Formen eines Bürgerkriegs annehmen könnte. So wie Vietnam unabhängig von Verhandlungen nun seine Truppen zurückzieht, hat die Regierung in Phnom Penh ihren Handlungsspielraum und ihr Vertrauen in der Bevölkerung mit großem Erfolg auszubauen gewußt (1), um sich von den Bemühungen anderer unabhängig zu machen.

Die Forderung nach ihrer Auflösung, an der letztlich Paris scheiterte, kann hier kaum auf Verständnis stoßen. Die Regierung hat manchmal sogar Mühe, die Zugeständnisse, die sie ihren Verhandlungspartnern bei den Friedensbemühungen macht, der eigenen Bevölkerung als sinnvoll und nötig darzustellen.

Im Umfeld von JIM 1 und 2, über die Hun Sen jeweils selbst in stundenlangen Radiosendungen direkt berichtete, wurde zu diesem Zwecke eine große Mobilisierungskampagne zur Propagierung der „nationalen Versöhnung“ durchgeführt. „Die Form der künftigen Regierung hängt von den Verhandlungen ab“, wurde offen dargestellt.

Vor allem Sihanouks Image, sollte er je in die Hauptstadt in politischer Funktion zurückkehren, bedarf der Aufbesserung. In Kambodscha wird er jetzt nicht mehr öffentlich wegen seiner Komplizenschaft mit den Roten Khmer angegriffen, sondern als wichtiger Verhandlungspartner bezeichnet. In der Vorbereitungszeit auf die Pariser Konferenz gab es keine aggressive Propaganda mehr, nicht einmal gegen die Roten Khmer.

Solche Souveränität beruht auf international anerkannten Erfolgen, die auf lange Sicht Verhandlungen, wenn sie noch lange erfolglos bleiben, gegenstandslos machen könnten. Sicher wäre eine Einigung über eine Übergangslösung, einen Waffenstillstand, freie Wahlen unter internationaler Kontrolle und anschließende großzügige, internationale Hilfe sowie freier Handel mit den Nachbarländern die wesentlich bessere Lösung. Aber wie sich erwiesen hat, kann man darauf nicht bauen. In Kambodscha nutzte man deshalb die Zeit.

Als im Januar 1989 der zehnte Jahrestag der Befreiung von der Herrschaft Pol Pots unter großer Anteilnahme der Bevölkerung gefeiert wurde (2), spürte man deutlich eine neue Aufbruchsstimmung

und ein neues Gemeinschaftsgefühl. „Unter der bedrängenden, aber unverzichtbaren Protektion der vietnamesischen Armee“ (3) hatte sich längst eine eigene, zentrale Verwaltung herausgebildet, die zunehmend von den vietnamesischen Beratern unabhängig arbeitete und im gleichen Maß das Vertrauen der Bevölkerung gewann. „Die Leute an der Spitze (. . .) arbeiten hart und weitgehend ohne Korruption.“ (4)

Und doch sind die Schwierigkeiten noch sehr groß. Für die Planung stehen keine Zahlen, keine Statistiken zur Verfügung. So können etwa Steuern nicht eingetrieben werden, was dazu führt, daß nur das an den Staat fließt, was freiwillig bezahlt wird. Auf der unteren Ebene gab und gibt es noch viele unqualifizierte Kader. Sie werden ebenso schlecht bezahlt wie die höheren Beamten und Regierungsmitglieder.

Diese erhalten, ebenso wie Lehrer, Ärzte usw., keinen Lohn, sondern „Aufwandsentschädigungen“ und haben das Recht, Reis und andere Grundnahrungsmittel billig zu kaufen (Reis 2,5 Riels gegenüber dem vier- bis zehnfachen Preis auf dem schwarzen Markt). Sie müssen trotzdem auf Nebenverdienste ausweichen (Kleinhandel, private Sprachschulen, Restaurants).

Viel Idealismus ist also nötig und wird angewandt, damit bescheidene Erfolge, etwa im Ausbildungswesen, erzielt werden konnten: 50 000 Volksschulen gibt es wieder – 10 mal so viele wie 1970, 1,4 Mio Schüler, mehr als zur Zeit Sihanouks, gab es zum Jahresbeginn 1989, in den Klassen – oft im Freien – sitzen immer noch 60–80 Schüler. Daneben arbeiten viele Privatschulen, aber es gibt wenig Lehrmittel. Die UNICEF hat eine Druckmaschine für Schulbücher gespendet.

Einem ihrer wichtigsten Ziele ist die Regierung schon sehr nahe gekommen: der Selbstversorgung mit Reis. Die Ernährungslage hat sich so günstig entwickelt, daß in der deutschen Presse sogar von einem „erstaunlichen Wirtschaftswunder“ (5) die Rede war. Der Eigenbedarf an Reis, etwa 2,5 Mio t, war schon 1988 fast ganz selbst produziert worden (2,4 Mio t). Für 1989 sieht der Plan eine Gesamtproduktion von 2,9 Mio t vor, und die Chancen, dieses Ziel zu erreichen, stehen gut. Die Erträge in der Holzgewinnung (mit Kautschuk und Fischereierzeugnissen eines der wenigen Exportprodukte) lagen um 25 % über dem Plan, und 700 Mio Riels (6) wurden in den Ausbau kleiner Industriebetriebe investiert.

Die Vereinbarung mit Vietnam, daß dessen Truppen statt 1990 schon im September 1989 das Land verlassen sollten, hat diese Entwicklung noch weiter beschleunigt, vor allem, da der Abzug der Truppen sofort begann. Beobachter berichten, daß in der Öffentlichkeit und im Alltagsleben sichtbar die „Besatzungszeit“ schon jetzt vorbei ist.

Große Kasernenkomplexe und Büros in allen staatlichen Dienststellen, in denen die vietnamesischen Soldaten und Berater untergebracht waren, wurden geräumt und anderen Verwendungen zugeführt. Auch Bilder von Ho Chi Minh sind in der Öffentlichkeit kaum mehr zu sehen. Die Lautsprecherpropaganda wurde eingestellt.

Aber nicht nur im Erscheinungsbild wird deutlich, daß Kambodscha nunmehr sehr bewußt seinen eigenen Weg zu gehen gedenkt. Die Nationalversammlung beschloß im April d.J. wichtige Verfassungsänderungen: Flagge und Nationalhymne wurden durch neue ersetzt, aus dem offiziellen Namen der Begriff „Volksrepublik“ gestrichen und, um die Rückkehr von Kämpfern der Widerstandsgruppen zu erleichtern, die Todesstrafe abgeschafft. Schließlich wurde der Buddhismus wieder zur offiziellen Staatsreligion erklärt.

Die wichtigsten Neuerungen bezogen sich auf die Landwirtschaft und die Industrie. Persönliche Verantwortung, Leistungslohn, Gewinnstreben der Betriebe und teilweise Privatisierung sind die wichtigsten Tendenzen dieser Reform. In der Landwirtschaft bewirkte dies eine Umstrukturierung der nach 1979 eingerichteten „Krom Samaki“ (Solidaritätsgruppen, eine Art Kooperativen auf dem Prinzip der Nachbarschaftshilfe).

In ihnen wird nun das Land wieder auf die Einzelfamilien festgelegt, weil diese „Renaissance der traditionellen Landwirtschaft“ (7) dem niedrigen Stand der Produktionsmittel (Fehlen jeglicher Mechanisierung) am besten entspricht. Die Bauern können nun auch öffentliche Märkte beliefern, was eine gewisse Geld-Umverteilung in Richtung Land bewirkt. Außerdem zahlt der Staat höhere Preise für die abgabepflichtigen Kontingente und versorgt die Bauern inzwischen in ausreichender Menge mit Saatgut.

Es bleiben allerdings die „klassischen“ Probleme: Mangel an Straßen und Transportmitteln, Mangel an überregionalen Bewässerungssystemen, sodaß bei lokalen oder regionalen Dürreperioden kein Ausgleich geschaffen werden kann. Denn bezogen auf die Provinzen, muß man in Kambodscha seit altersher damit rechnen, daß in einem Zeitraum von zehn Jahren durchschnittlich nur in zwei Jahren normale Ernten möglich sind. In vier von zehn Jahren werden die Ernten durch Überschwemmungen, in drei von Dürre beeinträchtigt oder zerstört.

Die Konsolidierung, zu der hier nur die wichtigsten Fakten zusammengestellt werden konnten, hat zur allgemeinen Zuversicht geführt (die auch von ausländischen Beobachtern geteilt wird), daß

Zuversicht bei dreschenden Bauern in der Provinz Takeo



in freien Wahlen die jetzige Administration als Sieger hervorgehen wird. Deshalb versucht sie nicht, die Bevölkerung mit Parolen und Propaganda zu beeinflussen, sondern bereitet sie auf veränderte politische Verhältnisse vor: Die Gründung von Vereinigungen wird frei zugelassen, nichtoffizielle Zeitungen dürfen erscheinen.

Hun Sen: „Das Regime und die Ideologie haben wenig Bedeutung für uns. Nennen Sie das wie Sie wollen. Es kann sein, daß das in Richtung Kapitalismus geht, aber unsere Angst vor dem Kapitalismus ist nicht so groß wie die vor der Armut.“ (8)

Sollte, wie es jetzt aussieht, bis zum endgültigen Abzug der vietnamesischen Truppen keine Friedensregelung zustandekommen, ist für die Zeit danach mit Rückschlägen zu rechnen. Denn niemand zweifelt daran, daß die Roten Khmer sofort ihre Terrorakte eskalieren werden mit dem Ziel, einen gewissen Teil des Landes unter ihre Kontrolle zu bekommen. Dessen ist man sich sehr wohl bewußt, und die kambodschanische Armee bereitet sich auf diese Auseinandersetzungen vor.

Wie weitgehend sie dieser Aufgabe gewachsen sein wird, hängt im wesentlichen von äußeren Faktoren ab, vor allem von der Frage, ob Thailand es weiterhin dulden wird, daß die Roten Khmer dort ih-

UNTER DER REGIERUNG HUN SEN SIND EINE NEUE
AUFBRUCHSSTIMMUNG UND EIN NEUES
GEMEINSCHAFTSGEFÜHL IM VOLK DEUTLICH
SPÜRBAR, TROTZ ALLER GROßEN SCHWIERIGKEITEN

re Stützpunkte behalten, die Flüchtlinge als Zwangsrekrutierungsreservoir benutzen können und ob die Waffenlieferungen aus China weiterhin über Thailand laufen können.

Da die beiden „nichtkommunistischen“ Gruppen militärisch kaum noch von Bedeutung sind (9) stellen die Roten Khmer die einzige Kraft dar, die eine zukünftige friedliche Entwicklung ernsthaft gefährden können. Sie haben immer noch einen funktionierenden Militärapparat, aber ihre Rekrutierungsprobleme im Lande selber sind groß.

Desertionen häufen sich: 700 Rote Khmer sind in den letzten vier Monaten des Jahres 1988 zu Sihanouk übergelaufen. Auch das Regime in Phnom Penh hat zahlreiche Deserteure aufgenommen. (10) Östlich des Mekong – in der Region, die von Son Sen kommandiert wird, einem der wichtigsten Roten-Khmer-Führer – und im Nordwesten, wo ihr Chef der gefürchtete Ta Mok ist, hat ihre militärische Schlagkraft erheblich gelitten.

Pol Pots Hauptquartier an der thailändischen Grenze in der Höhe der Provinz Trat ist mit modernsten Kommunikationsmitteln ausgestattet. Er selbst, der über einen Teil der Roten-Khmer-Truppen immer noch das Kommando innehat, läßt sich bei seinen geheimen Reisen von einer Garde der thailändischen Armee schützen. (11) „Aber“, so ein Experte, „die Moral der Roten Khmer ist gebrochen. Wenn sie auch in den letzten zwei Monaten aktiver waren, so gibt es eine große Diskrepanz zwischen ihren Ambitionen, den Schlachtplänen und den wirklichen Resultaten. Immer öfter mißlingen ihre Aktionen.“ (12)

Auch wenn ihre Aktivitäten im Vorfeld der Pariser Konferenz genommen haben, so können sie nach allgemeiner Einschätzung der Regierung Hun Sen nicht ernsthaft gefährlich werden. Aber es ist möglich, daß sie Gebiete an der thailändischen Grenze unter ihre Kontrolle bringen können und von dort aus Überfälle auf Lastwagen, Eisenbahnzüge und Straßen unternehmen, sowie Raubüberfälle verüben können.

Nach der Ansicht von General Man, dem Herausgeber der vietnamesischen Armeezeitung, könnten sie etwa 10 % des Gebiets in ihre Gewalt bringen (andere Schätzungen gehen bis 20 %). Von dort aus könnte die Guerillatätigkeit auf Jahre hinaus wachgehalten werden, selbst wenn die Roten Khmer dabei nur auf die Waffen angewiesen wären, die sie in den letzten Monaten erhalten und gelagert haben. Sie wären allerdings nach der Einschätzung aller Beobach-

ter nicht in der Lage, eine größere Stadt zu erobern und sich dort zu halten.

Deshalb sind wohl auch Spekulationen wenig glaubwürdig, die vermuten, daß die militärischen Aktionen im Juni d.J., bei denen die Roten Khmer erstmals Artillerie eingesetzt haben, darauf schließen ließen, Battambang, die zweitgrößte Stadt des Landes, sei das eigentliche (spätere?) Ziel gewesen. Vietnamesische und kambodschanische Truppen schlugen zurück und zerstörten ein großes Waffenlager im Grenzgebiet.

In der Erwartung weiterer verstärkter Kämpfe ist die kambodschanische Armee durch Einberufung von sehr jungen Soldaten auf 50 000–60 000 Mann angewachsen. (13) Sie „ist jetzt viel stärker, als die meisten Außenstehenden vermuten“. (14) Dazu kommen die Bauernmilizen (Schätzungen gehen bis 100 000 Mann) – in den westlichen Provinzen sind jetzt zusätzlich die Bauern fast flächendeckend bewaffnet worden.

Ungeachtet dieser Vorbereitungen wird neben dem Reformkurs im Innern vor allem die Öffnung nach außen betrieben. Japanische Politiker besuchten Phnom Penh schon im Juni 1988. (15) Japan, Singapur, Thailand und Hongkong zeigen neuerdings ein starkes Investitionsinteresse in Kambodscha. (16) Die Regierung macht vielfältige Vorschläge und Pläne für Investitionen und erleichtert Handel und Kapitalanlagemöglichkeiten.

Auch europäische Länder sind schon jetzt bereit, diese Angebote anzunehmen: Schweden, Frankreich. In einigen ASEAN-Staaten haben solche Interessen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereits politische Bedenken und ideologische Schranken zu erschüttern begonnen. Auch unter den rund 1 Mio Auslandskambodschanern (von denen 1/4 in den USA leben) wächst das Interesse an der sich langsam stabilisierenden Heimat.

Vor dem Hintergrund solcher Fakten wirkt die Forderung Siha-

nouks nach Auflösung der gesamten Administration in Phnom Penh vor den Wahlen schon jetzt anachronistisch. „Die augenblickliche Regierung bietet die beste Basis, auch wenn sie noch unsicher ist, für eine Koalitionsregierung des Kompromisses.“ (17) Daß an diesem verblendeten Mißachten der realen Verhältnisse die Pariser Konferenz gescheitert ist, wird in Kambodscha noch viele Menschenleben kosten.

Anmerkungen

- 1) „Westliche Besucher Kampuchéas können sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die Regierung des 37jährigen, dynamischen Premierministers Hun Sen, der eine pragmatische Wirtschaftspolitik betreibt und durch ein angekündigtes Reformgesetz den Bauern das Agrarland wieder als Privatbesitz übertragen will, zunehmend Vertrauen in der Bevölkerung findet.“ So etwa schreibt die Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 20.2.1988
- 2) Für diesen Tag befürchtete Anschläge der Roten Khmer blieben aus
- 3) J. Cl. Pomonti in: Le Monde (LM), Paris, 2.12.1987
- 4) E. Haubold in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 13.2.1988
- 5) Der Spiegel, Hamburg, 26.6.1989
- 6) Dies entspricht etwa 7,6 Mio DM oder 16 % des Nationalhaushalts
- 7) Le Monde Diplomatique, Paris, Nr. 4, 1989
- 8) Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 29.6.1989
- 9) Die Soldaten Son Sanns waren zu Jahresbeginn „praktisch in Auflösung begriffen“ (vgl. SZ, 7.12.1987), haben sich dann wieder gesammelt und großzügige Unterstützung aus den USA und Thailand erhalten. Sie sind aber, ebenso wie die Sihanouk-Anhänger, zeitweise in verlustreiche Kämpfe mit den Roten Khmer verwickelt. Sihanouk hat im Juni 1989 mitgeteilt, daß seine Verbände den bewaffneten Kampf nicht weiterführen würden
- 10) Darunter den General Im Tam, Premierminister unter Lon Nol bis 1975, sowie einige weitere enge Berater Pol Pots. Vgl. LM, 8./9.1.1989
- 11) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 6.6.1989
- 12) LM, 14.3.1989
- 13) FEER, 10.8.1989 und 29.6.1989
- 14) Ben Kiernan in: IHT, 6.6.1989
- 15) LM, 25.6.1988
- 16) Frankfurter Rundschau, 21.10.1988
- 17) Elizabeth Becker in New York Times, zit. nach: IHT, 13.4.1989

VIETNAM

GÜNTER GIESENFELD

Vietnam in der „nachkambodschanischen“ Ära

Die Erneuerung und ihr Preis

Vor drei Jahren schlug Vietnam einen Erneuerungskurs mit einschneidenden Wirtschaftsreformen ein. Nun, da die Bürde des Kambodscha-Engagements entfällt, gilt es, Zwischenbilanz zu ziehen und einen Ausblick auf die Nachkriegsära zu wagen.

Die Intervention Vietnams in Kambodscha, bei der im Januar 1979 das Pol-Pot-Regime vertrieben worden war und seither von einer erneuten Machtübernahme abgehalten werden konnte, ist sowohl ein Akt der Befreiung für das kambodschanische als auch einer der Notwehr für das eigene Volk gewesen. Die vietnamesische Regierung hat seither immer klargestellt, daß man ihn, wäre er nur das erste gewesen, kaum vollzogen hätte.

Niemand darf es deshalb verwundern, daß nun auch der Rückzug (als unabdingbarer Teil dieser Maßnahme) von existenzieller Bedeutung für das Überleben des Landes ist. Mit anderen Worten: Mit der „nachkambodschanischen“ Ära wird in Vietnam nun endlich die eigentliche Nachkriegsära beginnen können.

Wer das Land besucht, der merkt, daß sie sogar schon begonnen hat: „Die ‚Abwartenden‘ (attentistes) sind noch Legion, aber sie spitzen schon die Ohren.“ Mit den „Abwartenden“ sind diejenigen Menschen gemeint, die kein Vertrauen mehr in die Fähigkeit der Regierung haben, daß sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes in den Griff bekommen könnte, und deshalb passiv bleiben und vielleicht bei der nächsten Gelegenheit das Land verlassen wollen.

Abzug vietnamesischer Truppen aus Kambodscha; PCV-Vorsitzender Nguyen Van Linh; Reisanbau im Landessüden



Ihre Zahl ist hoch: „Sagen wir, es gibt etwa 70 % Abwartende. Aber die Leute beginnen, Vertrauen zu haben. 11 Jahre lang trat man praktisch auf der Stelle. Jetzt wird ein Wechsel spürbar, selbst auf der Ebene der persönlichen Arbeitssituation, die leichter geworden ist. Sicher wird es noch Rückschläge geben. Es ist eine täglich zu führende Schlacht.“ (1)

Ernsthaft hatte der Wechsel mit dem Erneuerungs-Parteitag Nr. 6 der regierenden Kommunistischen Partei Vietnams (PCV) im Dezember 1986 begonnen, dessen Beschlüsse zwar noch heute mehr Programm als Realität, aber als solches, vielfach bestätigtes auch Quelle einer neuen Hoffnung für die Zukunft sind. Die Erneuerung („Doi Moi“) bedeutete vor allem einen Neuanfang im Vertrauensverhältnis zwischen Partei, Regierung und Volk.

Die damit verbundenen ökonomischen und politischen Aufgaben formulierte der neue PCV-Vorsitzende Nguyen Van Linh ein Jahr später so: „Wir konzentrieren uns jetzt auf die Verwirklichung der drei großen Wirtschaftsprogramme: die Nahrungsmittelproduktion, die Produktion von Konsumartikeln und den Export. In der Sozialpolitik haben wir Maßnahmen ergriffen, die die soziale Demokratie erweitern, die Partei säubern, die Effektivität der Staatsorgane steigern, sowie die Gesundung der sozialen Beziehungen bewirken sollen.“

Die Voraussetzungen für die Realisierung dieser politischen Absichten wurden im Laufe des Jahres 1988 in den wichtigsten wirtschaftlichen Sektoren geschaffen: Kontraktbauern können nun Land, das sie selbst neu erschließen (im Süden ein Hauptproblem), für drei Jahre steuerfrei bewirtschaften, und die Ernte darf in dieser Zeit ganz frei verkauft werden. Private Kleinunternehmer erhalten Kredite und ein Jahr Steuerbefreiung.

Staatliche Betriebe dürfen Produktionsziele selbst festsetzen und das Lohn-/Kostensystem selbst bestimmen, erhalten dafür keine staatlichen Zuschüsse mehr und müssen bei mangelnder Rentabilität mit Schließung rechnen. Andererseits müssen Profite nicht mehr ganz an den Staat abgeführt werden. Sie können Rohstoffe und Materialien auch auf dem freien Markt kaufen. Die Provinzverwaltungen dürfen eigene Exportbüros einrichten und erwirtschaftete Devisen für Exporte selbst verbrauchen. (2)

Natürlich ist von solchen Umstrukturierungen nicht eine schlagartige Verbesserung der Situation zu erwarten. So kam es Mitte des Jahres zu einer ernsten Lebensmittelknappheit, die durch die altbekannten Faktoren ausgelöst worden war: klimatische Einbrüche, mangelnde Infrastruktur, so daß ein Ausgleich, etwa zwischen Nord und Süd, nicht möglich ist, aber auch mangelnde Qualifikation in den staatlichen Institutionen ebenso wie in den Kooperativen, Mangel an Düngemitteln und Insektiziden, für deren Import keine Devisen vorhanden sind. Zudem ist das Bevölkerungswachstum kaum gesunken: Die Zuwachsraten liegen immer noch über 2 %, das heißt, daß jährlich 1 Mio mehr Menschen ernährt werden müssen.

Die Preise waren ganz außer Kontrolle geraten, die Inflationsrate erreichte vierstellige Ziffern. Hauptleidtragende waren, wie im-

mer, die Staatsangestellten (ca. 5 Mio inklusive Soldaten), von denen gleichzeitig eine besondere Loyalität und Ehrlichkeit verlangt wird. Kein Wunder, daß die einzelnen diese auseinanderklaffende Schere nicht aushielten und sich Korruption breit machte. Das Zugeständnis, daß sie nun offiziell eine zweite Erwerbstätigkeit ausüben dürfen, war auch ein Beitrag zu Doi Moi, denn es wurde ein Stück bitterer Realität eingestanden und die Schuld daran nicht mehr länger auf die Betroffenen geschoben.

Partei und Regierung haben ohne Rücksicht immer wieder den Anteil eigener Schuld selbstkritisch analysiert: Voluntarismus, Nichtbeachtung objektiver Gesetzmäßigkeiten, mangelnde Leitungsqualifikation, mangelndes Vertrauen in die Bevölkerung. Man sei, so Außenminister Nguyen Co Thach, „zu romantisch ge-

JETZT WIRD EIN WECHSEL BEI DER BEWÄLTIGUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN SCHWIERIGKEITEN SPÜRBAR, ABER NOCH HERRSCHT „EINE GUERILLA-ART DES DENKENS UND HANDELNS“ VOR

wesen, was den Sozialismus angeht“.

Für den Wirtschaftsexperten und Regierungsberater Xuan Oanh ist „eine Guerilla-Art des Denkens und Handelns in Partei, Regierung und Bevölkerung“ (3) noch zu sehr vorherrschend. In den öffentlichen Diskussionen wird aber auch immer öfter die Frage erörtert, wieviel private Initiative und letztlich kapitalistische Strukturen erlaubt werden können, ohne die sozialistischen Ziele zu verraten.

Seitdem das Herannahen der nachkambodschanischen Ära die Perspektive einer totalen Öffnung des Landes vor allem in Richtung Westen und die Schaffung von intensiven Handelsbeziehungen ins Blickfeld gerückt hat, erfuhr die Doi-Moi-Politik einen intensiven Aufschwung und eine Erweiterung ihrer Möglichkeiten. Es zeigte sich nämlich, daß vor allem westliche Industrieunternehmen nicht erst die vollzogene Lösung des Kambodscha-Konflikts abwarteten, um in Verhandlungen (und miteinander in Konkurrenz) um den Zugang zum vietnamesischen Markt zu treten. Firmen aus Indien, Frankreich, Australien, Singapur, Kanada, Hongkong, Japan und Indonesien haben bereits Büros in Hanoi eröffnet. (4)

Auch die USA zeigen sich interessiert, und schon im Januar 1989 waren amerikanische Geschäftsleute in Hanoi. Es zeichnet sich ab, daß man in Vietnam die bilateralen Probleme noch vor einer allgemeinen Normalisierung abzubauen beginnt: Amerasia-Kinder wurden in die USA entlassen, die „MIA“-Suche (5) wird wieder intensiviert usw.

Spätestens Anfang 1989 wurde auch öffentlich deutlich, daß Vietnam trotz aller Risiken, die damit verbunden sind, sich erneut

um eine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank bemühen will – wenn es die Vorteile der Handelsbeziehungen mit dem Westen ausnutzen will, bleibt ihm auch keine andere Wahl. Schon im November 1987 war eine Delegation des IWF in Hanoi gewesen, und Fachleute der Weltbank sind, getarnt als Mitglieder verschiedener Missionen der UNO, schon seit längerer Zeit im Land, um entsprechende Gutachten zu erarbeiten.

Der IWF hatte seine Hilfe 1985 eingestellt, offiziell weil Vietnam die Abtragung seiner 130 Mio \$ Schulden eingestellt hatte. (6) Heute sind die Verhandlungen über eine Tilgungsvereinbarung schon wieder sehr weit fortgeschritten: Eine internationale Kommission von westlichen Regierungen (7) arbeitet an einem Plan für die Abtragung der Schulden, mit der Vietnam bereits begonnen hat. Es ist vorgesehen, daß Frankreich einen Überbrückungskredit zur Verfügung stellen soll, der dann teilweise durch eine neue, in Aussicht gestellte IWF-Anleihe von 250 Mio \$ abgelöst werden soll.

Im Februar d.J. stimmte Vietnam dem Plan im Prinzip zu, und damit einer Reihe sehr einschneidender wirtschaftlicher Maßnahmen, die im März auf einem Zentralkomitee-Plenum der PCV beschlossen wurden. Dazu zählt vor allem die Eindämmung der Inflation durch eine radikale Abwertung des Dong und die Vereinheitlichung der verschiedenen Wechselkurse. Der offizielle Kurs von 900 Dong/\$ wurde abgewertet auf den Schwarzmarktkurs von 4500 Dong/\$.

Dieser Einheitskurs wird in Zukunft flexibel den Inflationsraten angepaßt werden. Weiterhin wurden auf Druck des IWF Subventionen im Import-Export-Handel und für wichtige Verbrauchsgüter gestrichen, sowie eine Erhöhung der Steuern für Luxusgüter und niedrigere Steuern für Ausrüstungen zur Erhöhung der Produktion beschlossen. (8)

In der Landwirtschaft wurde das Kontraktsystem weiter ausgebaut: Nicht nur Kooperativen, sondern auch einzelne Familien können jetzt direkt langfristige Verträge mit dem Staat abschließen, in denen die gegenseitigen Verpflichtungen festgelegt sind.

Unmittelbare Folgen dieser Maßnahmen zeigten sich schnell: Die Inflation sank tatsächlich (auf 3,5 % pro Monat (9)), der Kurs des Dong stabilisierte sich (bei etwa 4000/\$), die Schwarzmarktpreise vor allem für Lebensmittel, sanken, und die Versorgung wurde allgemein etwas besser. Die Regierung konnte den bislang vorwiegend als Inflationsausgleich praktizierten Druck von neuen Geldscheinen stoppen.

Im Süden wurde ein regelrechter Bauboom ausgelöst. Banken werden eröffnet, darunter auch private. Die Hotels in Ho-Chi-Minh-Stadt werden, z.T. mit ausländischem Kapital, renoviert. Im Jahre 1988 belief sich die Summe der Auslandsinvestitionen im Süden schon auf 300 Mio \$.

Unübersehbar sind aber auch die Gefahren der aufgezwungenen Reformen: „Eine Minderheit von Vietnamesen mit Unternehmerrgeist und die wenigen, die für ausländische Unternehmen und Botschaften arbeiten, haben etwas davon. Aber viele Leute, die ich kenne, verkaufen weiterhin Familienerbstücke, um über die Runden zu kommen.“ (10)

Denn die Folgen der „IWF-Medizin“ waren in bestimmten Berei-

chen verheerend. Zehntausende von „Bürokraten“ wurden entlassen, viele staatliche und private Betriebe sind Bankrott gegangen, weil sie keine Subventionen mehr erhielten. Man schätzt, daß es jetzt im Industriebereich 30 % und im Angestelltenbereich 20 % Arbeitslose gibt. „Für die Erneuerung haben sie einen hohen sozialen Preis bezahlen müssen“ (11), räumen Beobachter ein, aber in Vietnam hält man diese Opfer für notwendig: „Die Marktkräfte sind wirklich brutal für Vietnam. Aber das ist der Preis, den wir für die Erneuerung zu bezahlen haben.“ (12)

Xuan Oanh sieht die Gefahr, daß sich das ökonomische Gefälle zwischen Nord und Süd durch diese Maßnahmen weiter verschärfen könnte. (13) Oder daß, unabhängig von der Region, solche neuen Anstöße eine Gesellschaft der sehr Reichen und der sehr Armen schaffen könnte, und neuerdings Ausbeutung und Profitstreben überhand nehmen und soziale Unruhe auslösen könnten. Im letzten ZK-Plenum der PCV soll es hitzige Debatten gegeben haben über die Ermutigung des privaten Kapitalismus auf Kosten des staatlichen Sektors und den Grad der Öffnung dem Westen und westlichen Einflüssen gegenüber. (14)

Während hierzulande schon hier und da die Rückkehr des verlorenen Sohns Vietnam in die Arme des Kapitalismus gefeiert wird, macht man sich in Vietnam ernsthafte Gedanken, inwieweit man angesichts des Druckes und der Auflagen von außen überhaupt noch unabhängige Entscheidungen treffen kann, oder wann die Reformen umzuschlagen drohen und tatsächlich unter der Hand das sozialistische Ziel aus dem Blick geraten könnte. „Es ist ein Kampf im Gang um die Seele des vietnamesischen Sozialismus. Er findet statt zwischen den bürokratischen konservativen Mechanismen und den neuen Mechanismen des Marktes, zwischen den Theoretikern und den Pragmatikern, und es ist auch ein Kampf, der sich im Innern von uns allen abspielt.“ (15)

In diesen Kampf haben die westlichen Institutionen schon längst eingegriffen, und ihre Ziele sind allseits bekannt. Wir wissen aber auch aus der Geschichte, daß die vietnamesische Partei oft gezwungen gewesen ist, ideologische Zugeständnisse zu machen, ohne daß sie deshalb das unumstrittene Ziel des Sozialismus aufgegeben hätte. Eine Gratwanderung ist dies immer gewesen und ist es heute wieder.

Die Grenze, die zu überschreiten man nicht bereit ist, hat Nguyen Van Linh bezeichnet: „Wir sind gegen das Mehrparteiensystem, das heißt die Existenz von reaktionären Parteien, die dem Sozialismus feindlich gesinnt sind.“ (16) Schon zuvor gab es indirekte Andeutungen. Was im Frühjahr 1989 in China passiert ist, wurde in Hanoi aufmerksam verfolgt. Zehn Jahre der „Reform“ haben dort, so wurde eingeschätzt, eine Bewegung ermutigt, die klar auf Umsturz aus war. Vietnam hat zwar nicht die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung in Peking gerechtfertigt, sich aber auch nicht auf die Seite der Studentenbewegung geschlagen.

Im Falle Polens ist man dann wesentlich deutlicher geworden: Die Bildung einer Regierung unter faktischer Führung der „Solidarität“ wurde als „konterrevolutionärer Staatsstreich“ bezeichnet. (17)

Anmerkungen

- 1) Interview in Ho-Chi-Minh-Stadt, Le Monde (LM), Paris, 26.12.1987
- 2) Süddeutsche Zeitung, München, 16.1.1988
- 3) Frontline, Oakland, 14.3.1988 (beide Zitate)
- 4) Vgl. South, London, Mai 1989
- 5) „Missing in Action“. Es geht um die sterblichen Überreste von gefallenen US-Soldaten, die gesucht und in die USA überführt werden sollen. In dieser Frage arbeitet die vietnamesische Regierung schon seit längerem mit verschiedenen US-Dienststellen und Organisationen mit Erfolg zusammen.
- 6) Ebenso wichtig dürfte aber die Absicht der politischen Isolierung wegen Kambodscha gewesen sein.
- 7) Frankreich, Japan, Schweden und die Niederlande sind vertreten.
- 8) Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 6.7.1989
- 9) 1988: 300 % pro Monat. Vgl. Newsweek, New York, 17.7.1989
- 10) Ein westlicher Diplomat in Hanoi, zit. nach: ebenda. Vgl. auch LM, 1.1.1989
- 11) Newsweek, 17.7.1989
- 12) Tran Ngoc Chau, Herausgeber der Zeitung Tuoi Tre (Jugend) in Ho-Chi-Minh-Stadt. Zit. nach: ebenda
- 13) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15.4.1989
- 14) IHT, 25.4.1989
- 15) Vu Tuat Viet, Mitherausgeber von Saigon Giai Phong, zit. nach: ebenda
- 16) Interview Anfang August 1989 in Trud, sowjetische Gewerkschaftszeitung, zit. nach: LM, 31.8.1989
- 17) In Nhan Dan vom 26.8.1989, zit. nach: ebenda

Privathändlerin mit Angestellten in Ho-Chi-Minh-Stadt, ehemals Saigon



Präsidentin Aquino in Bonn

Menschenrechte angemahnt

Am 9. Juli d.J. traf die philippinische Präsidentin Corazon Aquino im Rahmen einer Westeuropareise zu einem dreitägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik ein. Dank der regen Aktivitäten der Solidaritätsbewegung mußte sie sich auch bei den offiziellen Anlässen Mahnungen nach Einhaltung der Menschenrechte anhören.

Die Präsidentin hatte es sich nicht nehmen lassen, zunächst mit einem Besuch in West-Berlin ihre Treue zum westlichen Bündnis zu bekunden. Hatte sie mit Diepgen vermutlich noch ein trauertes Einverständnis herstellen können, mußte sie sich von dessen Nachfolger im West-Berliner Bürgermeisteramt, Momper, nach dem Blick über die Mauer sogleich drastisch auf die katastrophale Menschenrechtsbilanz ihrer gut dreijährigen Amtszeit hinweisen lassen.

Mompers Koalitionspartner, die Alternative Liste (AL), hatte in Kooperation mit der Soliszone zwei Tage zuvor bereits eine Pressekonzferenz mit Vertretern der legalen, aber schwerster Verfolgung ausgesetzten Bauernbewegung KMP durchgeführt. Wie die Bauern werden auf den Philippinen die GewerkschafterInnen, die MenschenrechtsanwältInnen, engagierte ChristInnen, Frauenaktivistinnen, Slumselbstorganisationen usw. in einem noch stärkeren Maße vom Aquino-Militär und paramilitärischen „Vigilantes“ (Todesschwadronen) verfolgt als während der Marcos-Diktatur.

Just als Aquino in der BRD eintraf, erreichte ein Hilferuf von der philippinischen Zuckerinsel Negros unser Land. Dort hatte das Militär im Rahmen einer großangelegten Guerillajagd über 30 000 LandbewohnerInnen zwangsevakuert, sich um ihr weiteres Schicksal aber nicht mehr gekümmert. Etwa 300 von ihnen sind bereits an mangelnder Lebensmittel- und medizinischer Versorgung umgekommen. Und Anfang Juli terrorisierten in Negros' Hauptstadt Bacolod verschiedene Vigilante-Gruppen BewohnerInnen eines von der katholischen Kirche improvisierten Lagers für „interne Flüchtlinge“, deren Zahl landesweit schnell zunimmt. Die Regierung Aquino weigerte sich schlichtweg, einzugreifen. Das philippinische Militär hat freie Hand bei dem Versuch, die legale wie die illegale Opposition auszuschalten.

Über all diese Ereignisse hatten die bundesrepublikanische Soliszone und Menschenrechtsgruppen Aquinos Gesprächspartner ausführlich vorab informiert, was die Präsidentin verschiedentlich zu spüren bekam. Äußerst kritisch war auch die Be-

richterstattung hiesiger Medien vor dem Aquino-Besuch. Als es dann der Soliszone in Aachen an Aquinos zweitem Besuchstag gelang, den Versuch einer Jubelfeier mit hier lebenden Landsleuten effektiv kritisch zu begleiten, nahm die Präsidentin nicht nur von dem geplanten „Bad in der Menge“ Abstand, sondern fanden die Proteste und Kritiken an Aquino auch einen breiten Widerhall in der philippinischen Presse.

Einige wenige Zeitungen in Manila wollten die kommunistische Propaganda am Werk sehen. Die Mehrzahl aber nahm es zum Anlaß, die traurige Bilanz der Regierung Aquino bei den Menschenrechten, der gegenüber Marcos noch gesteigerten Korruption sowie der nur auf die Interessen der schmalen Elite orientierten Sozial- und Wirtschaftspolitik Revue passieren zu lassen.

„Die Präsidentin und ihre Berater haben offensichtlich das Wohlwollen überschätzt, das Frau Aquino als Person im Ausland erfährt. Nach drei Jahren an der Macht ist ihre internationale Popularität weitgehend aufgebraucht. Und das könnte ein ernsthaftes Hemmnis für sie sein, ausländische Gelder zu bekommen, die ihre Regierung so verzweifelt braucht. Die vielzitierte Cory-Magie ist ‚passé‘.“ So hieß es etwa im Kommentar des „Philippine Daily Globe“ vom 12. Juli d.J.

Das Image ist dahin, aber die Gelder werden vorerst noch reichlich auf die Philippinen fließen. Zu bedeutsam ist die strategi-

sche Lage (US-Basen) des Landes. Zu interessiert ist die BRD, deren Banken im übrigen 21 % der internationalen Schuldtitel des südostasiatischen Landes halten, daran, über die Philippinen einen Fuß in die asiatisch-pazifische Wachstumsregion zu bekommen. Bei ihrem Treffen mit Vertretern der bundesdeutschen Industrie hat Aquino auch eindeutige Offerten an deren Investitionsbereitschaft gemacht, die über Verfassungsgrundsätze des Landes bezüglich der Beschränkungen für ausländisches Kapital klar hinausgehen.

Staatlicherseits ist Aquino eine Verdoppelung der „Entwicklungshilfe“ auf 110 Mio DM zugesagt worden. Bezweifelt werden muß allerdings, inwieweit diese und weitere im „Mini-Marshall-Plan“ für die Philippinen von anderen Nationen vorgesehenen Milliardenkredite das Land aus seinem wirtschaftlichen Dilemma bringen können.

„Unsere Wirtschaftsplaner ignorieren, daß unser allergrößtes ökonomisches Problem nicht ein niedriger Stand an Entwicklungshilfe, sondern unsere skandalösen Auslandsschulden (von ca. 30 Mrd \$) sind“, woran sich die Regierung aber nicht wagt und das Land mit dem „Mini-Marshall-Plan“ stattdessen noch weiter in die Schuldenfalle dränge, kritisierte selbst das als Aquino-freundlich geltende jesuitische „Institute on Church and Social Issues“. (1)

Neue Erkenntnisse über den Stand des am meisten umstrittenen und größten BRD-Entwicklungsprojekts auf den Philippinen

Demonstration vor dem Aachener Rathaus am 9. Juli beim Besuch Aquinos (Foto: Uwe Blockhaus)



brachte der Aquino-Besuch – zumindest der Öffentlichkeit – nicht. Mit 25 Mio DM will das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) ein „integriertes Entwicklungsprojekt“ auf der südlich Manilas gelegenen Bondoc-Halbinsel fördern. Die Basisorganisationen vor Ort lehnen das Projekt in seiner jetzigen Form ab, daß 84 % der Gelder für Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen sind, die der verarmten Bevölkerung nichts nützen, wohl aber den wenigen Großgrundbesitzern – und insbesondere dem Militär. Bei besseren Straßen wäre

es ihm leichter möglich, die NPA-Guerilla, die die ländlichen Gebiete Bondocs praktisch kontrolliert, zu bekämpfen.

Die NPA hat ihren Widerstand der Bundesregierung mitgeteilt, aber auch Gesprächsbereitschaft bezüglich einer anderen Prioritätensetzung des Projekts signalisiert. Doch es scheint, als wolle BMZ-Chef Warnke das Bondoc-Projekt in seiner jetzigen Form um jeden Preis.

Demgegenüber rumort es in der ausführenden Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) beträchtlich. Die freie

GTZ-Gutachterin, Martha Mamozai, die im Sommer vor Ort war, hat ein vernichtendes Fazit gezogen: „Die Einfluß- und Besitzverhältnisse (auf Bondoc; F.B.) sind so beschaffen, daß eine konsequente Arbeit mit der armen Bevölkerung unmöglich ist. Ich habe der GTZ deshalb nachdrücklich empfohlen, sich aus dem Vorhaben zurückzuziehen.“ (2)

Anmerkungen

- 1) Manila Chronicle, Manila, 10.7.1989
2) die tageszeitung, West-Berlin, 12.7.1989

Aquino bläst zur Kopffjagd

Einige Monate zuvor stieß der Aufruf Khomeinis, den Schriftsteller Salman Rushdie umzubringen, in welchem Land auch immer er sich befinden möge, weltweit auf Empörung. Ein jüngst von der philippinischen Präsidentin Aquino erlassener Aufruf von ähnlicher Qualität hat hingegen kaum den ihm gebührenden Widerhall gefunden.

Präsidentin Aquino, die von interessierten Kreisen und ihren Medien als Verkörperung der philippinischen Demokratie gehandelt wird, befahl am 24. Juli 1989 ihrer Armee, auf die Ergreifung – tot oder lebendig – von 35 Führern der demokratischen und revolutionären Volksbewegung – angeblichen Führungsmitgliedern der Nationaldemokratischen Front (NDF), der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) und der Neuen Volksarmee (NPA) – je 1 Mio Pesos, das sind 50 000 \$, auszusetzen. Für 19 weitere angebliche CPP-Mitglieder sind etwas geringere Kopfgehalte ausgesetzt.

Entsprechende Plakate wurden bereits in den Philippinen verbreitet. Zu den Gesuchten gehören z.B. Allan Jaminas, Generalsekretär der legalen Volkspartei, und Vicente Ladlad, Funktionär einer Bauernorganisation in Süd-Luzon. Zu ihnen gehören aber auch vier Revolutionäre, die in den Niederlanden leben: der Wissenschaftler, Dichter und Gründer der CPP, José Maria Sison, seine Frau Julieta de Lima, Sixto Carlos Jr. und der internationale NDF-Vertreter, Luis Jalandoni. Die ersten drei sind Asylanter, Jalandoni sogar seit 1985 niederländischer Staatsbürger. Der Aufruf zur Kopffjagd überschreitet damit völkerrechtswidrig sogar die Grenzen der Philippinischen Republik.

Darüber hinaus sind durch diesen Aufruf Menschen bedroht, die selbst nach philippinischem Recht nie ordentlich verurteilt wurden. So weist José Maria Sison in einer Stellungnahme vom 28. Juli d.J. darauf hin, daß die Regierung während seiner seit 1986 währenden Abwesenheit von den Philippinen am 16. September 1988 ohne einen Prozeß angestrengt zu haben, seinen Reisepaß für ungültig erklärt habe.

In einem Offenen Brief seiner Frau an Frau Aquino vom 7. August heißt es u.a.: „Darf ich Sie darauf hinweisen, daß Ihr Büro und die Armee, die Sie vom Marcos-Regime geerbt haben, indem sie einen Preis von 1 Mio Pesos auf meinen Kopf aussetzen, eine willkürliche, gesetzeswidrige und ungerechte Kampagne durchführen, in der ich u.a. als gesuchte Kriminelle verleumdet werde und Ihre zivilen und militärischen Behörden sowie die Bevölkerung insgesamt zu Gewalttätigkeiten gegen uns angestiftet werden.“

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß ich niemals durch irgendein Gericht in den Philippinen

verurteilt wurde. Das Ad-Hoc-Urteil, das 1984 gegen mich von einer Militärkommission ausgesprochen worden war, sollte von einem Armeerevisionsgericht (das nie zusammengetreten ist) neu verhandelt und dem Diktator Marcos zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden. Ihr Vorgänger war niemals in der Lage, das Urteil selbst im Rahmen der despotischen Gesetze von damals abzusagen. Bekräftigen Sie jetzt die Gültigkeit der von Marcos geschaffenen Militärkommissionen? Wenn dem so ist, dann bekräftigen Sie auch die Rechtmäßigkeit der Militärkommission, die es sich angemaßt hat, Ihren verstorbenen Ehemann Ninoy Aquino vor Gericht zu bringen und zu verurteilen.“

Inzwischen hat die philippinische Regierung dementiert, daß sie eine Prämie für die Ergreifung – tot oder lebendig – der Gesuchten ausgesetzt habe, und behauptet, die Prämie sei für Informationen vorgesehen, die zur Ergreifung führten. Die zuvor bekanntgewordene Version sei das Ergebnis einer Fälschung durch die Zeitung „Philippine Daily Inquirer“. Oberst Manuel Oxales, stellvertretender Kommandeur des „National Capital Region Defense Command“, hat auch geäußert, dem niederländischen Journalisten Henk Ruigrok während eines Interviews für die Wochenzeitung „Nieuwe Revu“ je 200 000 \$ angeboten zu haben, wenn er J.M. Sison und L. Jalandoni in die philippinische Botschaft in Den Haag schaffen könne.

Demgegenüber wies das NDF-Büro in Utrecht am 3. August darauf hin, daß nicht dementiert worden sei, daß die Armee Plakate gedruckt und verteilt habe, auf denen das Kopfgehalt für die „Ergreifung“ der Gesuchten ausgesetzt werde, daß

Tot oder lebendig (v.l.n.r.): J.M. Sison, J. de Lima und L. Jalandoni



z.B. auch der „Philippine Daily Globe“ am 24. Juli im gleichen Sinn berichtet habe, und daß Henk Ruigrok und sein Photograph, Gerard Wessel, ihre Version aufrechterhalten und überdies darum gebeten hätten, daß sie aus Sicherheitsgründen nicht vor dem 30. Juli nach 19.15 Uhr – d.h. nach ihrer Abreise aus Manila – veröffentlicht werde.

Zusammenfassend wird in der Erklärung festgestellt, daß es sehr wohl im Interesse des Regimes gelegen habe, die Angelegenheit in der ursprünglichen Version veröffentlicht zu sehen und so die Gesuchten als angebliche Führer der Untergrundbewegung herauszustellen und zum Abschluß freizugeben, was durch das formale spätere Dementi nicht mehr aufgehoben werde.

Schon zuvor hatten – wie u.a. auch amnesty international feststellen mußte – die Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen das unter dem Marcos-Regime erreichte Ausmaß erreicht, wenn nicht überholt. Das Aquino-Regime hat inzwischen die Zahl der Vigilanten-Gruppen und Todesschwadronen auf über 200 erhöht. Rund eine halbe Million Philippinos sind als Ergebnis des von diesen in Zusammenarbeit mit der Armee verbreiteten weißen Terrors, der Bombardierung ganzer Dörfer und der Verschleppung der Bevölkerung in KZ-ähnliche „strategische Dörfer“ zu „internen Flüchtlingen“ geworden.

Der Aufruf zur Kopffjagd – auch außerhalb der Grenzen des Landes – stellt einen neuen Höhepunkt im „totalen Krieg“ dar, den das Regime der bewaffneten und der unbewaffneten Volksbewegung erklärt hat. Die NDF hat dazu aufgerufen, bei Präsidentin Aquino gegen die jüngste Maßnahme zu protestieren und ihr von entsprechenden Initiativen Kenntnis zu geben. Protestschreiben in die Philippinen sind zu richten an: Mrs. C.C. Aquino, President of the Republic of Philippines, Malacanang Palace, Manila, REP. OF PHILIPPINES. Kopien der Protestschreiben an: NDF International Office, P.O. Box 19195, 3501 DD Utrecht, Niederlande.

Lothar A. Heinrich

Türkei

DIETER FALK

Proteste gegen Haftbedingungen

Erfolg nach 50 Tagen Hungerstreik

Nach über 50 Tagen ging am 20. August d.J. ein weiterer Hungerstreik von über 2000 politischen Gefangenen in 16 Gefängnissen der Türkei und Türkei-Kurdistan zu Ende.

Seit dem 29. Juni d.J. verweigerten die Häftlinge die Nahrungsaufnahme, um gegen die, durch das Dekret vom 1.8.1987 bedingten, verschlechterten Haftbedingungen zu protestieren. Der unmittelbare Anlaß für die massive Ausweitung des Hungerstreiks, an dem sich zunächst 280 Personen beteiligt hatten, war die Zwangsverlegung von 269 politischen Gefangenen aus dem Gefängnis von Eskişehir in andere Gefängnisse und die Verschärfung der Repression nach der Entdeckung von zwei Fluchttunnels.

Trotz der öffentlichen Proteste in der Türkei haben die Behörden am 3. August – also am 35. Tag des Hungerstreiks – das E-Typ-Sondergefängnis von Eskişehir gewaltsam evakuiert. Etwa 350 politische Gefangene wurden in die Gefängnisse von Aydın und Nazilli verlegt.

Bei der Ankunft einer der Gefangenen-Gruppen in Aydın entstanden laut amnesty international Streitigkeiten mit den Gefängnisbeamten über die Notwendigkeit ärztlicher Behandlung für einige der ohnehin schon durch den Hungerstreik geschwächten und durch die Art des Transportes zusätzlich gesundheitlich geschädigten Gefangenen und über den Versuch des Personals, in dieser Situation auch noch Leibesvisitationen durchzuführen.

Die Wärter prügeln wahllos auf die Gefangenen ein. Dabei starben die beiden Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Mehmet Yalçinkaya und Hüseyin Hüsnü Eroğlu. Weitere 20 Gefangene wurden verletzt, vier von ihnen schwer. Mitte August befanden sich rund 100 der Hungerstreikenden in einem kritischen Zustand.

Auf Beschluß des Justizministers, M. Oltan Sungurlu, der schon die Meinung vertreten hatte, daß die am Todesfasten teilnehmenden Gefangenen an ihrem Tod selbst schuld seien, wurde ihnen die Aufnahme von Salz- und Zuckerwasser verwehrt. Bereits Anfang August waren so vier der Gefangenen ins Koma gefallen.

Das „1. August-Dekret“, gegen das sich der Hungerstreik richtete, hob die Erleichterungen auf, die in einem vorhergegan-

nen Hungerstreik, der dem PKK-Mitglied M. Emin Yavuz das Leben gekostet hatte, erreicht worden waren. Die Hungerstreikenden hatten neben der Abschaffung des „1. August-Dekrets“ zehn weitere konkrete Forderungen erhoben, darunter die Beendigung der Politik der Deportation in andere Gefängnisse, die Erweiterung von Briefkontakten und die Zulassung von Büchern, Zeitschriften, Radio und TV, kalorienhaltigere und ausreichende Nahrung, Beendigung der Beschlagnahme von Essen und Kleidung, die von den Angehörigen gebracht werden, die Abschaffung der brutalen Disziplinarstrafen, darunter der Isolationshaft, und die Aufhebung des Zwangs zu einheitlicher Gefängniskleidung.

Die Forderungen der Streikenden nach Aufhebung des „1. August-Dekrets“ werden auch von einem Teil der türkischen Presse sowie der Sozialdemokratisch-Populistischen Partei (SHP), der stärksten Oppositionspartei des Landes, unterstützt. In vielen Städten der Türkei und Kurdistan fanden überdies Demonstrationen der Angehörigen der Gefangenen und weiterer UnterstützerInnen statt. Dabei wurden über 200 Menschen festgenommen.

Die SHP und die Anwaltskammer von Ankara haben den Rücktritt des Justizministers gefordert. Zu den Solidaritätsaktionen gehörte auch der 48-stündige Hungerstreik, in den am 15. August vier bekannte Intellektuelle – unter ihnen Aziz Nesin – traten.

Der Hungerstreik wurde schließlich durch Vermittlung des stellvertretenden Generalsekretärs der SHP, Tufan Doğu, und des Aydiner SHP-Abgeordneten Ziya Postacı beendet. Gegenüber dem Justizminister und dem Gouverneur von Aydın, Yazicioğlu, die behaupteten, die Gefangenen hätten den Streik ergebnislos abgebrochen, stellte Doğu fest, daß die Justizverwaltung 58 der 61 Einzelforderungen der Gefangenen akzeptiert hätte. Dazu gehöre das Recht auf uneingeschränkten Briefverkehr, freier Hofgang, Verwandtenbesuch in den Zellen, freier Zugang zu allen legalen Publikationen, Entgegennahme von Essenspaketen sowie die Beendigung der nach der Entdek-



Solidaritätsdemonstration in Bonn

kung des erwähnten Fluchttunnels verfügbaren Haftverschärfungen.

Die Hungerstreiks, die Mitglieder verschiedener linker türkischer und kurdischer Organisationen (auch solcher, die sich wie z.B. die PKK und die TDKP bzw. die TKP-ML in der Vergangenheit feindlich gegenüberstanden hatten) gemeinsam in mehreren Städten Europas – so in Bonn, Duisburg, Wien und Genf – seit Anfang August durchgeführt hatten, richteten sich gleichermaßen gegen die Vernichtungspolitik des türkischen Staates gegen die politischen Gefangenen wie gegen die Unterdrückungspolitik in Kurdistan, insbesondere gegen die Deportationen und Giftgaseinsätze.

JOACHIM BECKER

Signal des V. Frelimo-Kongresses

Den Kriegszustand beenden!

Vom 24.–31. Juli d.J. beriet der V. Kongreß der regierenden Front zur Befreiung Mosambiks (Frelimo) in der Landeshauptstadt Maputo. Im Mittelpunkt standen Initiativen zur Beendigung des Krieges und Wirtschaftsreformen.

Über 100 000 ZivilistInnen sind bis 1987 durch die bewaffneten Banden der Resistência Nacional Moçambicana (Renamo) ermordet worden. Über 700 000 MosambikanerInnen flohen vor dem Krieg ins benachbarte Ausland, 1,7 Mio leben als Flüchtlinge im eigenen Land.

Da durch Angriffe der Renamo Landwirtschaft, Transportwesen und Gesundheitseinrichtungen zerstört wurden, breiteten sich Hunger und Krankheit aus. An diesen indirekten Kriegsfolgen starben vermutlich 600 000–700 000 MosambikanerInnen. Dieses dramatische Bild zeichnete der Bericht des Zentralkomitees für den V. Frelimo-Parteitag.

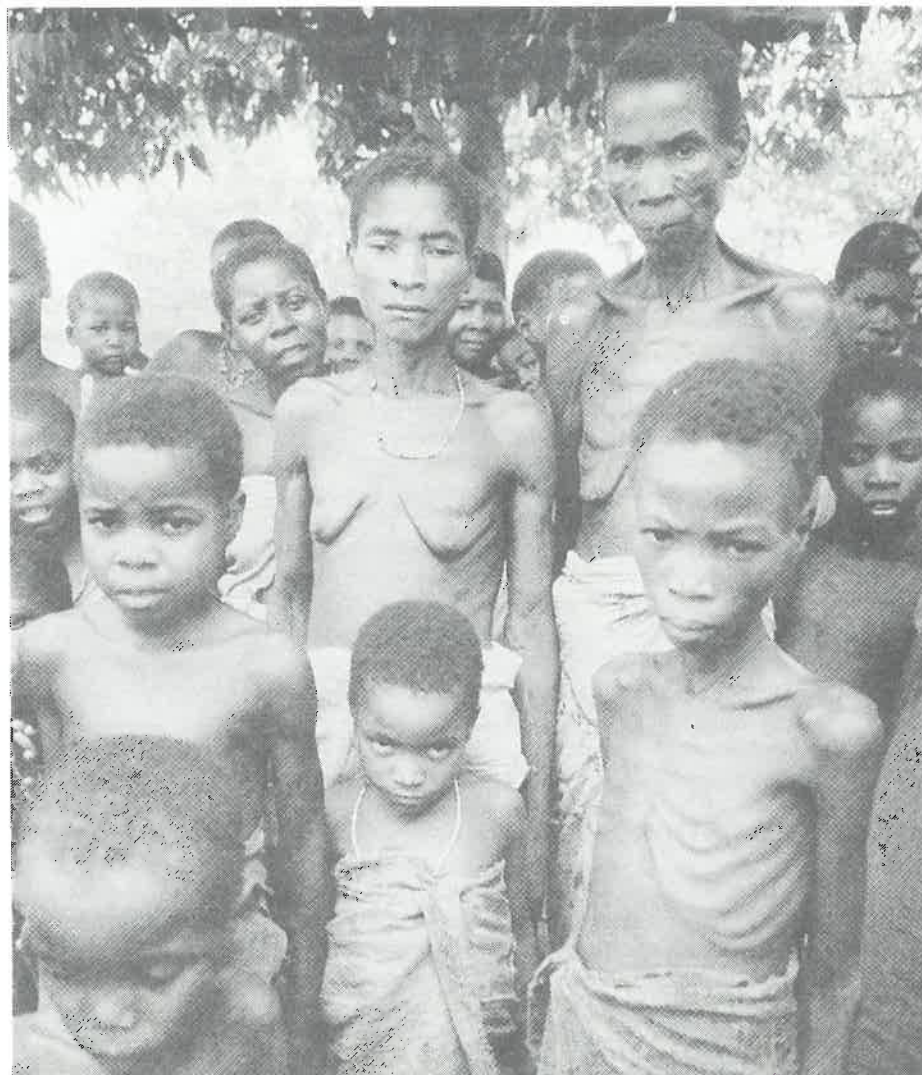
Es sei richtig gewesen, 1984 einen Nichtangriffsvertrag mit Südafrika zu schließen, um der Destabilisierung entgegenzuwirken, bekräftigte der ZK-Bericht. Trotz dieser positiven Wertung des Nkomati-Vertrages kam das ZK zu einer ernüchternden Einschätzung der Umsetzung des Vertrages. Das erhoffte Klima der Koexistenz „wurde nicht erreicht“, heißt es. „Es wurde durch die Aktivitäten feindlicher Kräfte verhindert, die trotz der gemachten Versprechungen Wege fanden, mit der alten Politik fortzufahren... Daß die Bemühungen Mosambiks und der Frontstaaten für Frieden und Koexistenz durchkreuzt wurden, war das Ergebnis einer politischen Option, die von Führern des südafrikanischen Regimes ergriffen wurde.“

Auf dem Parteitag wurden auch die derzeitigen Friedensinitiativen der Frelimo-Regierung diskutiert. Im Frühjahr d.J. hatte die Frelimo einen Friedensplan entwickelt, den Präsident Joaquim Chissano am 17. Juli der Öffentlichkeit vorstellte. Darin wurde als erster Schritt „die Beendigung aller Akte des Banditentums und Terrorismus“ gefordert. Danach könne ein „Dialog“ beginnen, an dem auch jene „Individuen“ teilnehmen könnten, „die in gewaltsame Destabilisierungsaktionen verwickelt waren“.

Die Regierung unterstrich, daß die Durchsetzung von Verfassungsänderungen „nicht akzeptabel“ sei. Renamo-Mitgliedern, die der Gewalt entsagen, wurde eine volle Reintegration in die mosambikanische Gesellschaft in Aussicht gestellt. Mit diesem Friedensplan ging die Frelimo-Regie-



Oben: Die Präsidenten Mosambiks Chissano und Südafrikas de Klerk bei ihrer ersten Begegnung im Juli d.J. Unten: Vom Hunger gezeichnete Inlandsflüchtlinge



rung über ihre bisherige Amnestiepolitik hinaus. Sie schließt jedoch nach wie vor eine Machtbeteiligung der Contra aus.

In Absprache mit der Regierung versuchte eine mosambikanische Kirchendelegation erstmals am 19.7.1989, der Renamo den Friedensplan vorzulegen. Das Treffen kam damals jedoch nicht zustande, da die mosambikanische Luftabwehr versehentlich das Flugzeug abschoß, das den Renamo-Chef Afonso Dhlakama vom Renamo-Hauptquartier in Zentralmosambik zum Tagungs-ort Nairobi/Kenia abholen sollte. Am 8. August kam ein solches Treffen dann doch noch zustande.

Die Renamo legte einen Gegenvorschlag vor, in dem sie den Rückzug ausländischer, vor allem simbabwischer, Truppen forderte, welche die Frelimo-Regierung unterstützen. Die Forderung nach einem Mehrparteiensystem ließ die Contra hingegen fallen. Weitere Details über die Gespräche sind nicht bekannt.

Ob dieser Initiative größerer Erfolg beschieden sein wird als indirekten Gesprächen mit der Renamo unter südafrikanischer „Vermittlung“ im Jahr 1984 und den andauernden Kontakten mit Südafrika, muß als äußerst fraglich gelten. Über verbale Bekundungen hinaus läßt Südafrika keine Bereitschaft erkennen, die Unterstützung der Renamo vertragsgemäß einzustellen.

Allerdings ist die internationale Lage derzeit für Mosambik etwas günstiger als 1984. Im Mai d.J. erklärte beispielsweise der neue US-Unterstaatssekretär für afrikanische Angelegenheiten, Hermann Cohen, die Regierung Bush werde weiterhin „auf die südafrikanische Regierung Druck aus-

DIE NICHTUMSETZUNG DES NKOMATI-VERTRAGES VON 1984 GEHT AUF DAS KONTO PRETORIAS

üben“, damit die Contra-Hilfe aus Südafrika ein Ende finde. Und auch der stellvertretende sowjetische Außenminister, Anatoli Adamischin, forderte bei einem Treffen mit dem südafrikanischen Außenminister Rieff Botha ein Ende der südafrikanischen Renamo-Hilfe.

Auf Vorbereitungstreffen für den Frelimo-Kongreß wurde die Frage von Verhandlungen mit der Renamo teilweise sehr kontrovers diskutiert. In Niassa erklärte beispielsweise ein Delegierter der Frelimo-Provinzkonferenz: „Wir sind so kriegsmüde, daß, wenn uns erlaubt würde, mit den Banditen zu reden, wir genau dies tun würden.“ Andere Delegierte bezeichneten Verhandlungen mit der Renamo als „Verrat“ und sprachen sich sogar gegen eine Verlängerung der Amnestie aus.

In seiner Abschlusserklärung stellte sich der Frelimo-Parteitag hinter die Friedensini-

tiative. Gleichzeitig unterstrichen die Delegierten, daß „die politische und diplomatische Aktion“ vom „Kampf gegen den Terrorismus“ begleitet sein müsse.

Damit war die Reorganisation der Armee erneut ein wichtiger Diskussionspunkt. Der ZK-Bericht listete zahlreiche Mängel im militärischen Bereich auf. Die Liste reichte von Zwangsrekrutierungen zur Armee über eine mangelnde Ausrüstung der Soldaten mit Uniformen, Stiefeln und Nahrungsmitteln bis hin zu unregelmäßigen Soldauszahlungen. Dies, so das ZK, führe zu einer „Erosion der Truppenmoral“. In einer Parteitage resolution wurde eine ordnungsgemäße Rekrutierung gefordert. Außerdem soll die Ausbildung der Armee weiter verbessert werden.

Vor dem Hintergrund der Destabilisierungspolitik und der jüngsten Friedensinitiativen ist die starke Betonung der „nationalen Einheit“ in den Parteitage dokumenten zu sehen. Alle gesellschaftlichen Kräfte sollen für die Abwehr der Destabilisierung mobilisiert werden. Dementsprechend definiert sich die Frelimo in ihrem neuen Programm als „Avantgardepartei des mosambikanischen Volkes“ und nicht mehr als „Avantgarde des Arbeiter-Bauern-Bündnisses“.

Die Anforderungen an Parteimitglieder werden nicht mehr so strikt wie in den Jahren seit 1977 sein, so daß auch (Klein-)Kapitalisten die Parteimitgliedschaft offenstehen wird. Die Frelimo bekennt sich weiterhin zum Sozialismus, hat jedoch alle Verweise auf den Marxismus-Leninismus aus ihrem Programm getilgt.

Die Frelimo-Regierung hatte sich ohnehin in den letzten Jahren in ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Praxis von klassischen Sozialismuskonzepten entfernen müssen. Bereits Ende der 70er Jahre war deutlich geworden, daß die Voraussetzungen für einen forcierten Ausbau der Staatsfarmen, eine umfassende Verstaatlichung und eine rasche Industrialisierung nicht gegeben waren. Daher legte die Frelimo-Regierung ab Anfang der 80er Jahre stärkeres Gewicht auf die Familienlandwirtschaft, teilprivatisierte den Handel und korrigierte die Planziele nach unten.

Der seit 1981 durch Südafrika enorm eskalierte Krieg führte zu einer tiefen Wirtschaftskrise. Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion ging stark zurück, der Austausch Stadt-Land, schon zuvor ein großes Problem, wurde fast völlig gelähmt. Die Folge waren enorme Versorgungsengpässe und die Ausbreitung einer Parallelwirtschaft, die mit der staatlich kontrollierten Wirtschaft zwar verzahnt, aber jeder staatlichen Kontrolle entzogen ist. Auf den Parallelmärkten konnte eine kleine Zahl von Zwischenhändlern enorme Gewinne machen. Auch Partei- und Staatsfunktionäre versorgten sich z.T. mit Nahrungsmitteln und Konsumgütern über diese Kanäle.

In der mosambikanischen Gesellschaft erhielten prokapitalistische Kräfte verstärkt Gewicht. Südafrikas militärische und

titanic reisen

Flüge nach/von Lateinamerika

zu unglaublich günstigen Preisen!

Große Auswahl ab BRD, Berlin, Amsterdam, Brüssel, z. B. mit IBERIA, CUBANA, AEROFLOT, KLM, AIR FRANCE, PAN AM, VIASA, LAP, VARIG, AEROL. ARGENTINAS, AVIANCA, CANAD. AIRLINES, BRITISH AIRWAYS, ALITALIA, SWISSAIR u. TAP. Auch Studententarife, Flüge umgekehrt u. One Way. Gruppenpreise u. Rabatte f. Latinos, Projektmitarbeiter o. ä. auf Anfrage. Telefonische Buchung möglich, z. T. mit Sofortbestätigung!

CUBA Winter 89/90

ob pauschal oder individual – verdoppeltes Angebot – skandalöse Preise – z. B. 2 Wochen Flug, Transf., Frühst. ab Köln ab 989,- DM

Wir haben alle Veranstalter im Angebot und vergleichen für Sie und stellen individuelle Reisen zusammen. Angebot anfordern!

Oppelner Straße 7 · 1000 Berlin 36
(030) 618 50 48 / 49
selbstverwaltetes Reisebürokollektiv

blätter des iz3w

Informationszentrum dritte welt - iz3w

China Reform und Krise

außerdem: Länderberichte zu
Birma, Argentinien,
El Salvador, Ghana

weitere Themen:

Gewerkschaften
Flüchtlinge
IGFM

Kultur
Nachrichten
Rezensionen

August 1989
Nr. 159

Bezug:
blätter
des iz3w
Postf. 5328
7800 Freiburg
Buchhandel:
Prolit, Pf. 63 Gießen

8 mal im Jahr für 40/30 Mark
Einzelheft 5 DM + 1,80 DM Porto

„Die Hypothese, daß das realsozialistische ‚Imperium‘ sich in Auflösung, wenn nicht im Zusammenbruch befindet, scheint heute jedenfalls plausibler als die umgekehrte Annahme gutmeinender Linker, es handele sich um eine vielversprechende Erneuerung des Sozialismus. Es scheint, daß diese erste experimentelle Form des Sozialismus nicht mehr zu retten ist, so daß es am zweckmäßigsten wäre, wenn sie sich ohne große Konflikte und Massaker transformieren und damit die relativ günstigsten Bedingungen für einen neuen Anfang offenlassen würde.“

Schwerpunktthema ist noch einmal, wie schon im AK 308, die Entwicklung in den „realsozialistischen“ Ländern.

Wir berichten über:

● **China:** nach der Zerschlagung der Demokratie-Bewegung: Berichte, Chronik, Kommentar, Originaltexte.

● **Die Streiks der sowjetischen Bergarbeiter,** die katastrophale Wirtschaftslage der UdSSR und die Probleme des Reformprojekts.

● Die Tapeten wollten sie nicht wechseln; steht jetzt statt dessen Abbruch des Hauses bevor? **Thesen zu Lage und Aussichten der DDR.**

● **Stalin = Hitler?** In der UdSSR wird über die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939 diskutiert. Im SPIEGEL feiert Noltes Geschichtsauffassung einen späten Sieg. Und in den baltischen Sowjetrepubliken ist der Trend zur Loslösung aus dem Unionsverband nicht mehr zu übersehen.

● Auch anderswo soll hintenherum der Zweite Weltkrieg gewonnen werden: das BRD-Kapital greift nach Polen.

Außerdem in diesem AK:

● Beiträge aus kommunistischer und autonomer Sicht zur Neudiskussion Antonio Gramscis. Und ein Rückblick auf den heißen Herbst von Fiat/Turin 1969.

● Schamirs „Friedensplan“ und verschärfte Versuche, die Intifada gewaltsam zu zerschlagen, sind zwei sich ergänzende Seiten der israelischen Regierungspolitik. Erfolg ist bisher aber nicht in Sicht.

Der **ARBEITERKAMPF** erscheint vierwöchentlich als Zeitschrift des **KOMMUNISTISCHEN BUNDES** mit 40 Seiten im Zeitungsformat zu einem Preis von DM 5 pro Ausgabe. Er ist zu erhalten in allen linken Buchläden sowie in gut sortierten Zeitungsläden oder direkt bei der

Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20
Tel. 040 / 43 53 20

Der **ARBEITERKAMPF** kostet im Abonnement jährlich DM 60; halbjährlich DM 33 (Einzelbestellungen DM 5 plus DM 1 Porto).

Kostenloses Probeexemplar bestellen!

wirtschaftliche Destabilisierung zog jedoch auch einen starken Anstieg der Auslandsverschuldung nach sich – von 750 Mio US-Dollar (\$) im Jahr 1982 auf 3,2 Mrd \$ im Jahr 1986. Mosambik mußte mehrfach umschulden. Eine Umschuldung machten seine westlichen Gläubiger jedoch von Wirtschaftsreformen abhängig, die das Gütesiegel des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank hätten.

Seit 1987 läuft in Mosambik ein Wirtschaftsreformprogramm in Abstimmung mit IWF und Weltbank. Es zielt einerseits auf eine Ankurbelung der Produktion für Binnenmarkt und Export, und andererseits auf eine Austrocknung der Parallelwirtschaft. Wichtige Elemente des Programms sind Privatisierungen, eine Reorganisation der Staatsbetriebe, eine stärkere Förderung der privatkapitalistischen und Familienlandwirtschaft, eine Dezentralisierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen, eine umfassende Preis-, Lohn- und Steuerreform sowie eine starke Abwertung der mosambikanischen Währung.

Im Abschlußdokument des Kongresses werden die Maßnahmen des Reformprogramms als „notwendig“ angesehen und ihnen „positive Wirkungen“ bescheinigt. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts betrug 1986 1,5 %, 1987 und 1988 jeweils 4 %. Die vermarktete Agrarproduktion stieg 1987 um 6,9 % und 1988 um 5,7 %, die industrielle Produktion lag um 12 % höher als 1986. Das Ausgangsniveau lag jedoch jeweils extrem niedrig. Die Ernährung von 5 Mio MosambikanerInnen, etwa einem Drittel der Bevölkerung, hängt von ausländischer Nahrungsmittelhilfe ab. Die Frelimo

**TROTZ DES KRIEGES UND DER
DRAMATISCHEN
VERSCHLECHTERUNG DER
LEBENSVERHÄLTNISSE KONNTE
SICH DIE FRELIMO
BETRÄCHTLICHES VERTRAUEN
IN DER BEVÖLKERUNG
BEWAHREN**

sieht die Landwirtschaftspolitik als Kernstück ihrer Wirtschaftspolitik. Insbesondere sollen die Familienlandwirtschaft und Genossenschaften gefördert werden. Obwohl die Frelimo bereits auf dem vergangenen Parteitag den Genossenschaften Förderung zugesagt hatte, mußten Genossenschaftsbauern auf dem diesjährigen Kongreß sogar zur Sprache bringen, daß „Opportunisten“ im Staatsapparat ihnen ihr Land wegnehmen wollen. Konflikte um Landrechte gibt es vor allem in landwirtschaftlichen Gebieten direkt um Maputo. Staatsfarmen und Privatfarmen sollen primär für den Export produzieren.

Die Verschlechterung der sozialen Lage für beträchtliche Teile der städtischen Be-

völkerung durch die Wirtschaftsreformen wurde durch eine Reihe von Delegierten angesprochen. Für fast alle Nahrungsmittel wurden die Preiskontrollen aufgehoben, so daß die Preise stark stiegen. Auch die Preise für soziale Dienstleistungen, Mieten u.ä. wurden stark angehoben. Die Lohnerhöhungen fielen deutlich geringer aus. Und wie RednerInnen auf dem Parteitag betonten, drückten sich einige Firmen selbst um diese staatlich verfügten Lohnerhöhungen.

Der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes Organização dos Trabalhadores de Moçambique, Augusto Macamo, verwies zudem auf die umfangreichen Entlassungen. Nur wenige der Entlassenen hätten neue Arbeitsplätze gefunden. Daher müßten auf diesem Gebiet zusätzliche Anstrengungen unternommen werden. Als Konsequenz soll es in Zukunft spezielle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geben.

Durch den Krieg haben sich Bildung und Gesundheitsversorgung seit Anfang der 80er Jahre stark verschlechtert. Von 1975 bis 1980 hatte die Analphabetenquote von über 90 % auf 72 % gesenkt werden können. Seitdem sind 45 % der Schulen bei Angriffen der Contra zerstört worden oder mußten wegen der Sicherheitslage schließen. In manchen Provinzen, wie Zambézia und Tete, sind es sogar 80 %. Dennoch konnte die Zahl der Grundschüler fast gehalten werden. Die Erwachsenenalphabetisierung ist jedoch wegen des Krieges praktisch eingestellt worden. Ähnlich ist das Bild im Gesundheitswesen.

Die Frelimo räumt Bildung und Gesundheit einen hohen Stellenwert ein. Um eine Versorgung der gesamten Bevölkerung – und nicht nur einer privilegierten Minderheit – mit diesen Dienstleistungen sicherzustellen, verstaatlichte sie kurz nach der Unabhängigkeit das Bildungs- und Gesundheitswesen. Der Gesundheitssektor soll staatlich bleiben. Allerdings soll der Staat die Einrichtung von speziellen Diensten zu höheren Gebühren in einigen staatlichen Hospitälern prüfen, so daß gewisse Privilegien wieder eingeführt würden.

Im Bildungswesen stehen noch weitergehende Änderungen an. Hier soll in Kürze ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der die Einrichtung von Schulen ermöglichen würde, welche von privaten und lokalen Gemeinschaften getragen werden. „Diese Veränderung ist durch die Tatsache gerechtfertigt“, so der ZK-Bericht, „daß im Rahmen des nationalen Erziehungswesens nur 40 % der Kinder zwischen 7 und 11 Jahren zur Schule gehen und es für die Einschulung eines höheren Prozentsatzes im nächsten Jahrzehnt keine Aussicht gibt.“

An der von 110 323 im Jahr 1983 auf 201 440 im Jahr 1989 gestiegenen Mitgliederzahl wird deutlich, daß sich die Frelimo trotz des Krieges und der dramatischen Verschlechterung der Lebensverhältnisse noch beträchtliches Vertrauen in der Bevölkerung bewahrt hat.

Joachim Becker, Bonn, ist Redakteur der *Anti-Apartheid-Nachrichten*

NAMIBIA

Wahlmanifest der SWAPO

Im Juli d.J. präsentierte die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) in Windhuk ihre programmatischen Vorstellungen für ein unabhängiges demokratisches Namibia nach den bevorstehenden Wahlen. Bei dem zum 6. November 1989 angesetzten Wahlgang hofft die Befreiungsbewegung, trotz andauernder Wahlmanipulationen der südafrikanischen Besatzungsmacht, eine 2/3-Mehrheit erringen zu können. Sie bedarf dringend internationaler Spendengelder, und zwar auf das Sonderkonto: I. Wick, Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, Konto-Nr. 1 206 021 800, BLZ 380 101 11, Stichwort „Wahlkampffonds SWAPO“. Der gesamte Text des hier in Ausschnitten vorgestellten SWAPO-Wahlmanifests ist in englischer Sprache zum Preis von 2,- DM erhältlich bei der SWAPO-Vertretung, Postfach 30 08 68, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 - 69 17 83.

Als eine Bewegung der Arbeiter, der Bauern, der progressiven Intellektuellen, der kleinen Händler und der Befreiungskämpfer besitzt die SWAPO nicht nur die notwendige Erfahrung, sondern auch das Selbstvertrauen, eine grundlegende demokratische Wende der namibischen Gesellschaft herbeizuführen.

Die Form der politischen Organisation der Gesellschaft, die aus dem von der SWAPO geführten nationalen Befreiungskampf hervorgehen wird, wird ein Staat der nationalen Demokratie sein.

Die Organisation, Ziele und Funktionen des namibischen Staates werden folglich die Interessen und den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen. Ihre Grundzüge werden sein: umfangreiche demokratische Rechte und Freiheiten; Beteiligung des Volkes an der Bestimmung der Regierungspolitik; revolutionäre soziale Veränderungen, einschließlich einer Landreform; konsequenter Kampf für wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie gegen Neokolonialismus und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Neben den traditionellen Aufgaben des Staates wie Polizeischutz, Verteidigung usw. wird der künftige demokratische Staat von Namibia notwendigerweise in das wirtschaftliche und soziale Leben des Landes eingreifen durch: Erwerb von Eigentumsrechten in einigen Zweigen der Wirtschaft; Bildung von gemischten, staatlichen und privaten Unternehmen; Verordnungen für Privatunternehmen; Schaffung von neuen Arbeitsplätzen; Verminderung von Konflikten zwischen Arbeit und Privatkapital; entsprechende Verwendung von Mitteln für Sozialleistungen (Erziehung, Kultur, Gesundheit, Wohnung usw.) und Unterstützung der Forschung für eine umfassende sozialökonomische Entwicklung durch öffentliche Mittel.

Als eine Bewegung, die sich den Werten der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität und des öffentlichen Interesses verpflichtet fühlt, verschweigt die SWAPO nicht ihr Wissen um die moralische Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus. Die Lehre von der Gleichheit aller bildet die Grundlage ihrer Vorstellung von einer gerechten sozialen Ordnung. Eine von der SWAPO geführte Regierung des unabhängigen Namibia wird in erster Linie die Hälfte des eigenen namibischen Aktienkapitals übernehmen, welches seit Jahren öffentlicher oder staatlicher Vermögensanteil ist. Dies schließt Eisenbahnen und Häfen ein sowie den damit verbundenen Verkehrsdienst, Post- und Fernmeldewesen, Wasser, Elektrizität, ferner eine Minderheit von Aktiengesellschaften, drei Bergbaugesellschaften.

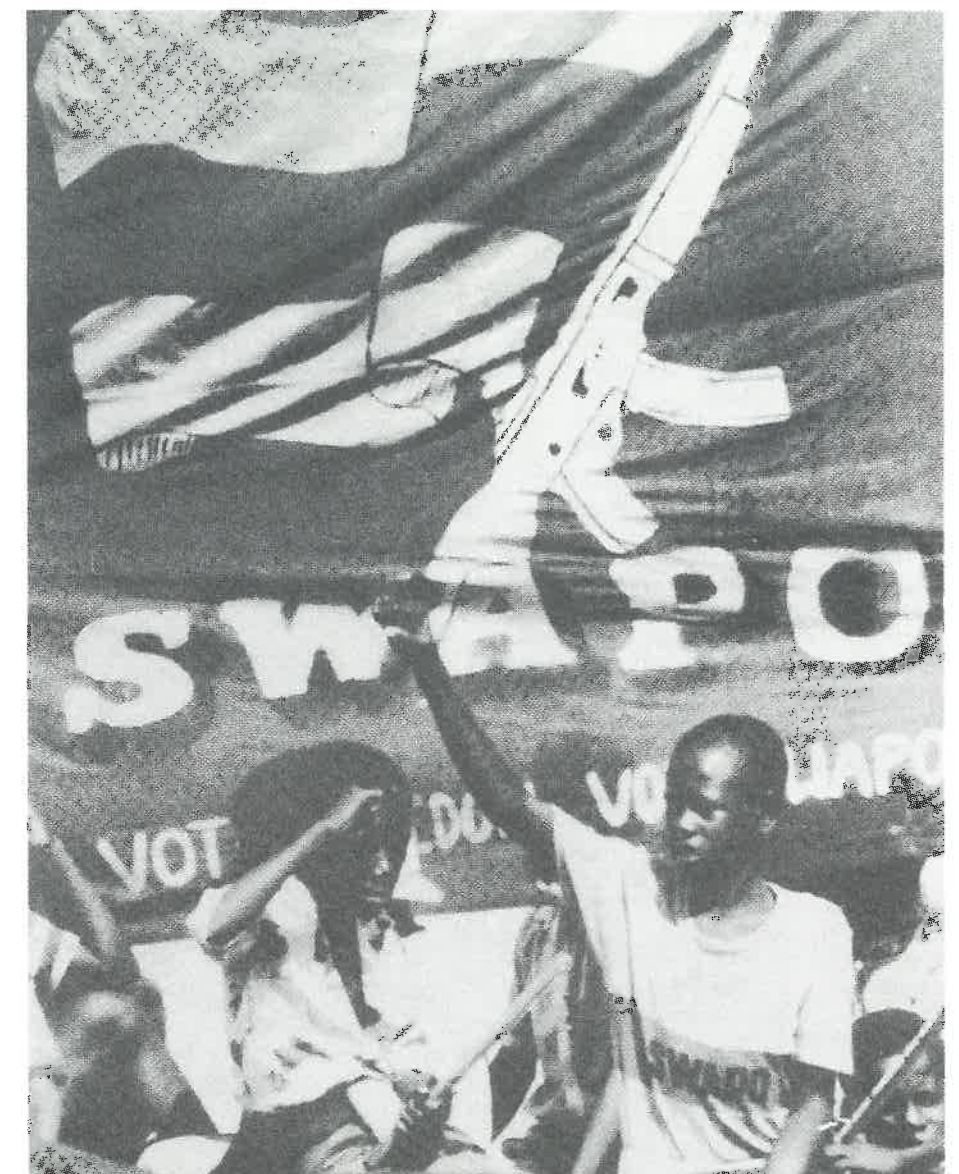
Unter einer SWAPO-Regierung wird Namibia jedoch nicht gestatten, den Status quo fortzusetzen, in dem die Struktur der Wirtschaft den Notwendigkeiten und Forderungen des ausländischen und einheimischen Privatkapitals entspricht. Dazu wird es Änderungen geben müssen. Der gegenwärtige ungerechte Zustand – einerseits durch eine komplette Vorherrschaft des Auslandskapitals und andererseits durch die völlige Unterordnung des nationalen Kapitals gekennzeichnet – muß beseitigt werden.

Die Wirtschaftspolitik der SWAPO schließt be-

züglich der Besitzverhältnisse staatliches, genossenschaftliches, gemischtes Privatkapital ein. Der Staat wird über einen bedeutenderen Teil der wirtschaftlichen Ressourcen des Landes verfügen als dies jetzt der Fall ist. Eine vollständige Nationalisierung der Bergwerke, des Bodens oder anderer produktiver Sektoren ist jedoch für die vor-ausschbare Zukunft nicht ins Auge gefaßt.

Das unabhängige Namibia wird bereit sein, neue und angemessene Vereinbarungen sowohl mit den bestehenden ausländischen Gesellschaften als auch mit neuen Investoren auszuhandeln, die interessiert sind, an der Entwicklung der Ressourcen Namibias auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils teilzunehmen. Der zentrale Programmpunkt in der Wirtschaftspolitik der SWAPO, die dem Aufbau und der Entwicklung dienen soll, ist der, ein notwendiges Maß an nationaler Kontrolle über die Landesressourcen zu erreichen und ein Gleichgewicht zwischen den einerseits gerechten wirtschaftlichen Leistungen für das namibische Volk sowie andererseits angemessenen Gewinnen für die ausländischen und einheimischen privaten Investoren zu erlangen. Dies ist entscheidend, um die bestehenden großen Ungleichgewichte in der Verteilung der Landeseinnahmen zu beseitigen.

Wahlkundgebung der SWAPO in Windhuk



JÜRGEN OSTROWSKY

Friedensgespräche zwischen Regierung und Rebellen vereinbart

Sachzwänge zur Dialoglösung

Einem Alarmsignal für Präsident Mengistu Haile Mariam kam der gescheiterte Armeeputsch vom Mai d.J. gleich. Der Krieg im Landesnorden gegen die eritreanische und tigräische Guerilla hatte sich als nicht gewinnbar und als zu große Last erwiesen. Ein politischer Dialog war für das Revolutionsregime noch dringender geworden. Unter Vermittlung des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter wurde im August d.J. die baldige Aufnahme von Friedensgesprächen zwischen der äthiopischen Regierung einerseits und der Eritreanischen Volksbefreiungsfront (EPLF) sowie der Volksbefreiungsfront Tigres (TPLF) andererseits vereinbart. Auch die bereits im April 1988 auf sudanesischem Boden aufgenommenen Gespräche mit vier Fraktionen der Befreiungsfront Eritreas (ELF) sollen wiederbelebt werden.

Erstmals seit 1985 ist seit der Jahresmitte 1989 die Konfliktsituation in den äthiopischen Provinzen Tigre und Eritrea wieder politisch in Bewegung gekommen: Sowohl die eritreische Sezessionsbewegung EPLF als auch die tigräische TPLF, die den Sturz der Regierung in Addis Abeba zum Ziel hat, erklärten schließlich ihre Bereitschaft zu den vorbedingungslosen Verhandlungen, die das äthiopische Parlament, der Shengo, am 5. Juni d.J. in einem Sechsstufigen-Vorschlag offeriert hatte.

Damit keimt erstmals Hoffnung auf, die blutigen Konflikte endlich beizulegen. Zunächst hatte die EPLF das Angebot mit dem Hinweis auf Zusatzklärungen von Staatspräsident Mengistu abgelehnt, daß die Loslösung irgendeines Territoriums weiterhin ausgeschlossen bleibe. Nun nahm die EPLF auf diesen Punkt anscheinend keinen Bezug mehr, als ihr Generalsekretär Isaias Aferwerki Ende Juni d.J. in London dann doch die Zusage bekanntgab.

Beides spricht dafür, daß sich für alle Seiten die Bedingungen offenbar so weit verändert haben, daß ein verhandlungshinderliches Beharren auf Maximalforderungen zu

mindest vorübergehend der Bereitschaft zu politischen Lösungen gewichen ist.

Was die äthiopische Regierung betrifft, so ist eine Einsicht keineswegs neu: „Da die Störung des Friedens enorme Vernichtungen von Leben, Arbeitskraft und Gütern zur Folge hat“, erklärte Shewandagne Belepe, ein Führungsmitglied der Arbeiterpartei, auf dem außerordentlichen Kongreß am 5. Juni d.J., „stellt sie offenkundig ein Hindernis für Fortschritt und Entwicklung dar. Äthiopiens revolutionäre Generation hat diese bittere Tatsache recht frühzeitig erkannt.“ In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Präsident Mengistu in seiner Rede.

Augenfällig ist jedoch die zeitliche Nähe des Verhandlungsangebots zu dem Putschversuch Mitte Mai d.J. Dieser, ausgebrochen in der Hauptstadt Addis Abeba – genauer: innerhalb des Verteidigungsministeriums – sowie in der eritreischen Verwaltungshauptstadt Asmara, war großenteils bereits niedergeschlagen, als die Zeitungen im Ausland zu berichten begannen.

So bildete in Addis Abeba den Kern der Putschisten eine 1987 entstandene „Bewegung freier Soldaten“, der Verbindungen zu

illegal operierenden Parteien wie der Demokratischen Union (EDU) nachgesagt werden. Im Augenblick des Umsturzversuchs – klassisches Szenario: Staatschef Mengistu war gerade zu einem offiziellen Besuch in die DDR abgeflogen – waren die Putschisten indessen offenkundig isoliert.

Anders verhielt es sich in Eritrea. Nach dem alten Grundsatz „Je unzugänglicher die Gegend, desto wüster die Meldungen“ schwafelte zwar der „Spiegel“, „die Hauptmacht der 150 000 Mann starken 2. Armee (sei) zu den Putschisten über(gelaufen)“ – eine Behauptung, die durch den raschen Zusammenbruch der Revolte der Lächerlichkeit preisgegeben wurde. Doch überdies war von Kontakten der den Putsch anführenden Generäle zur EPLF die Rede, gegen die es im Frühjahr ebenso wie gegen die TPLF empfindliche militärische Niederlagen gegeben hatte (siehe **DRITTE WELT** 7/1989, S. 42). Wie auch immer – in Eritrea schien kurzzeitig der Zusammenbruch der Nordfront zu drohen, mit allen unabsehbaren Folgen für die territoriale Integrität Äthiopiens und für die Stabilisierungsversuche der sozialökonomischen Entwicklung.

Drei politische Schlußfolgerungen ergaben sich zumal aus dem Putschversuch im Norden. Zum einen, resümierte „Le Monde“, ist „die Position Oberstleutnant Mengistus und seiner Getreuen weitaus stärker als man dies vor der Rebellion angenommen hatte“. (Putschgerüchte kursierten in Addis Abeba angeblich schon lange vor Mengistus Aufbruch nach Berlin-Schönefeld.) Zum zweiten beschränkten sich die Ereignisse auf die Streitkräfte selber – von einer Teilnahme der Bevölkerung konnte keine Rede sein. Das bezog sich freilich auch auf die Niederschlagung des Putsches: Diese besorgten loyale Offiziere und ihre Truppen, während von einer Mobilisierung der Arbeiterpartei offenbar ebenfalls nichts zu sehen war.

Schließlich sind sich alle Beobachter einig, daß der Putsch in Asmara initiiert worden ist von sog. „traditionalistischen“ Offizieren, d.h. solchen in hohen Rängen, deren Karrieren als Berufsmilitärs zum Teil weit in die Zeit des kaiserlichen Regimes vor der Revolution von 1974 zurückreichen. Dieser Revolution standen viele von ihnen nach wie vor passiv oder ablehnend gegenüber – nicht zuletzt wegen der dabei führenden Rolle rangniedriger Offiziere; an der raschen Reaktion dieser jüngeren „politischen“ Hauptleute usw. scheiterte die Revolte denn auch.

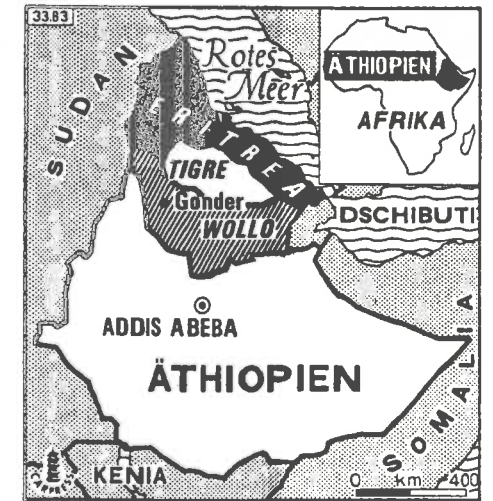
Auslöser des Generalaufstands war jedoch unmittelbar die jüngste Entwicklung der militärischen Lage, für deren Verschlechterung Mengistu die Befehlshaber verantwortlich gemacht hatte. Angst um die eigene Position mochte daher, wie manche Beobachter meinen, die Bereitschaft zum Putsch gefördert haben. Entscheidend blieb indessen die Erkenntnis, daß der Krieg im Norden nicht zu gewinnen ist – freilich für beide Seiten. Offensiven und Gegenoffensiven zeitigen seit Jahren die gleichen Resultate: Geländegewinne mal hier, mal da, wechselnde Herrschaft über Ortschaften, hohe Verluste, immense materielle Kosten (nach manchen Schätzungen verschlingt der Militäretat inzwischen 66 % des äthiopischen Staatshaushalts), endloses Leid für die Zivilbevölkerung der umkämpften Gebiete.

Für die äthiopische Revolution, die in nicht umkämpften Regionen namentlich in der Landwirtschaft beachtliche Erfolge vorzuweisen vermag, stellt die Kriegssituation im Norden letztlich eine Existenzbedrohung dar, da sie jegliche entscheidende Verbesserung der Lebensbedingungen untergräbt.

Insofern stellt der Putschversuch ein Metatekel dar. So leicht er niederzuschlagen war, so wenig ist – trotz „Säuberung“ in den Generalsrängen – eine Wiederholung auszuschließen, solange die militärische Lage in ihrer deprimierenden Perspektivlosigkeit nicht durch politische Lösungen durchbrochen und die Konflikte auf eine qualitativ andere Ebene gehoben werden.

In dieser Richtung argumentiert seit einiger Zeit offenbar auch die sowjetische Regierung – und dies anscheinend mit dem Hinweis darauf, gegebenenfalls das 1990 auslaufende Militärhilfsabkommen nicht zu erneuern. Unruhe im Militär, eine neuerliche Revolte gar, könnten jedoch überdies zu Katalysatoren für allgemeine soziale Proteste, zumal in den unterversorgten Städten, und für politische Aufstände der freilich zersplitterten Fronde der Revolutionsgegner werden.

Die tragische Ironie des Putsches in Asmara könnte folglich darin bestehen, daß



die möglicherweise zu Verhandlungen mit der EPLF bereiten, revoltierenden Generäle – wiewohl selber entschiedene Gegner einer Sezession – die Dinge wieder in Bewegung gebracht hätten. Dem kommt objektiv entgegen, daß auch die Perspektiven der EPLF und TPLF, ungeachtet der von beider PR-Büros maßlos aufgebauchten militärischen Gewinne, keineswegs auf „Endsieg“ hinweisen.

Hatte die TPLF anfänglich den Verhandlungsvorschlag zurückgewiesen, so besann

Zeitschriftenschau

Lateinamerika Nachrichten, Nr. 183–184/Juli–August 1989

Themenblock Nicaragua: 10 Jahre Nicaragua Libre – Die Revolution entläßt unsere Träume: Frieden, Wahlen, Opposition ● Die Contras im „Krieg um die Köpfe“ ● Jugendbanden in Nicaragua ● Gesundheit für alle ● Interview mit Tomás Borge ● Gespaltene Soli-Bewegung ● Außerdem: Brasilien – „Retter des Vaterlandes“ gesucht ● Argentinien: Menem tritt an ● El Salvador unter Arena
Einzelpreis 5 DM; Abo 55 DM
Bezug: LN, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

epd-Entwicklungspolitik, Nr. 13/1989

Analyse: 10 Jahre Strukturanpassungsprogramme (Schwerpunkt) – Beiträge von Yves Fortin (IWF/Weltbank), Jürgen Zattler (BMZ), Wolfgang Zehender (vormals DIE) ● Rupert Neudeck: Bonner Medienversagen bei Sudan-Hearing ● Walter Michler: Interview mit SPLA-Chef John Garang ● Sudafrikas Erbe in Namibia ● Zwölfter Weltentwicklungsbericht ● Information: Weltkongreß über Kommunikation ● Erika Styger/Al Imfeld über den Kakaokrieg ● Strategiediskussion der IWF/Weltbank-Kritiker ● Dokumentation: Evaluierung der Strukturanpassungsprogramme ● Dritte Welt Journalisten Netz diskutiert „Eine Welt-Woche“ ● Entwicklungsstrategie in den 90er Jahren ● Die Philippika des Journalistenpreis-Trägers Karl Rössel
Einzelpreis 3,30 DM; Abo 55 DM
Bezug: epd, Friedrichstr. 2–6, 6000 Frankfurt 17

ila, Nr. 127/Juli–August 1989

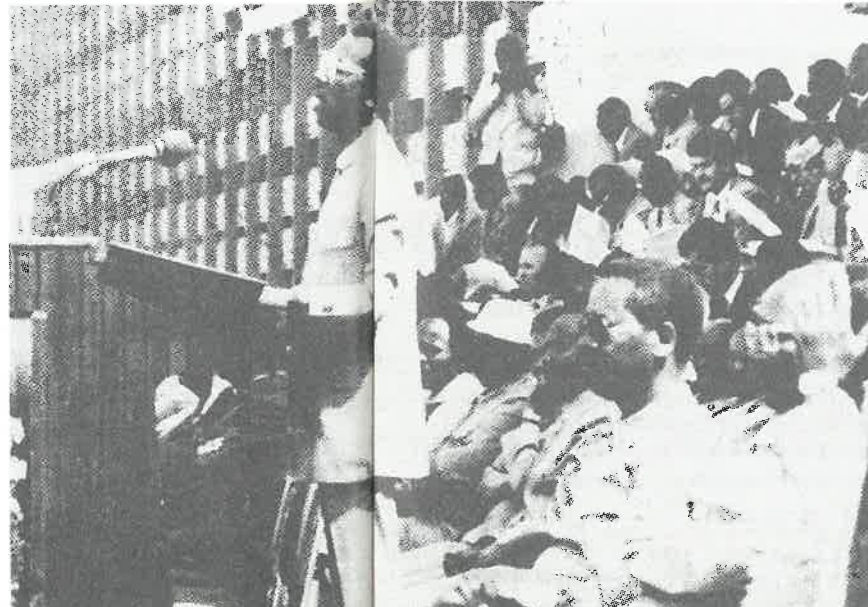
Schwerpunktthema: Los Hijos/os de Sandino – Nicaragua-Solidarität international ● Beiträge zur Nicaragua-Solidarität in Guatemala, Japan, Katalonien, Mexiko, den USA und der BRD, sowie zu den Erfahrungen in Nicaragua ● 200. Jahrestag der Französischen Revolution (Sklavenaufstand in Haiti und franz. Kolonialismus heute) ● Hungerrevolten in Argentinien ● Druck der Rechten in der BRD-Kirche auf die brasilianische Landarbeiterpastoral ● Internationale Gesellschaft für Menschenrechte auf dem Kirchentag ● Interview zu den Folgen des Balbina-Staueses in Brasilien ● Tagungsberichte ● Ländernachrichten zu Argentinien, Brasilien, Guatemala und Peru
Einzelpreis 4 DM; Abo 40 DM
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 159/August 1989

Schwerpunkt: China – Reform und Krise ● Hintergründe der jüngsten Ereignisse ● Radio und Fernsehen in der VR China – Die Ereignisse aus der Sicht eines Beteiligten ● Berichte zu Birma, Argentinien, Aquino-Besuch, El Salvador, Bildungssystem in Ghana, GEPA, Gewerkschaftlicher Internationalismus, Abschiebung, IGFM und Kirchentag, Geschichte der IGFM
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Bolivia, Nr. 78/Juli–August 1989

Wahlen in Bolivien – Farce oder Durchbruch zur Demokratie? ● Wechselbad der Koalitionen ● Die Wahl von Jaime Paz Zamora zum neuen Präsidenten Boliviens ● Yankes und Narcotráfico ● Kanzler und Condor – Skandal um eine Ordensverleihung ● Gespräch mit Evilio Arambiza, Indianerführer aus dem Tiefland Boliviens
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15 DM
Bezug: Bolivia, Wittenbergplatz 3 a, 1000 Berlin 30





erscheint 10x im Jahr, DM 4

Im Schwerpunkt der Nr. 127 zwanzig Seiten zur zehnjährigen internationalen Solidarität mit Nicaragua in den USA, Katalonien/Spanischer Staat, Japan, Mexico, Guatemala und in der BRD sowie über die praktische Solidarität vor Ort und die Einschätzung durch die NicaraguenerInnen.

Außerdem Beiträge über die französische Revolution und Frankreichs Kolonien in der Karibik, den „Hundertjährigen“ in Argentinien, den Superbarrio – einem neuen Volkshelden in Mexico, die sozialen und ökologischen Folgen des Balbina-Staudamms in Amazonien, die Auseinandersetzung um die IGFM auf dem Kirchentag, Nicaragua Solidaritätskongreß in Wuppertal, die Seminare zu „500 Jahre Kolonialismus“ in Dietzenbach und „die psychosozialen Folgen von Folter“ in Hamburg, das Guatemala-Bundestreffen in Bonn u. a. m.

Der Schwerpunkt unseres Septemberhefts (128) wird dem Kokain gewidmet sein, mit Beiträgen zu den wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen und nicht zuletzt ökologischen Auswirkungen an den Beispielen Bolivien, Kolumbien und Peru (u. a. Sendero Luminoso und die Koka).

Zusätzlich ein Hintergrundbericht zur „Stabilisierung“ Boliviens, zu den Alternativen in Panama, Interviews mit Bernardo Jaramillo, dem Vorsitzenden der UP Kolumbiens, der argentinischen Sängerin Mercedes Sosa, dem peruanischen Abgeordneten Yehude Simon und eine Nachlese zur Berichterstattung zu 10 Jahre Revolution in Nicaragua in der linken Presse u. v. m.

Wir möchten auch auf unsere vergangenen Schwerpunkte hinweisen: im Januar /Februar Kuba – 30 Jahre Revolution, im März Kolumbien – lucha por la vida, im April Rechte Strategien gegen Lateinamerika, im Mai 1992 – Kein Grund zum Feiern und im Juni Argentinien – Gelegenheit verpaßt.

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

ila

Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

sie sich keine 10 Tage später eines anderen. Die Erklärung, so der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Nairobi, Stefan Klein, dürfte in dem Dilemma zu suchen sein, das die militärischen Geländegewinne für die Organisation schufen: Die Provinz Tigre, seit langem durch Dürren und Boden-erosion verelendet und durch den Krieg verwüstet, ist Notstandsgebiet. Mit der militärischen Beherrschung fällt der TPLF jedoch nun die Aufgabe zu, die Bevölkerung zu versorgen: „Die Regierung ist mit den (Ernährungs-)Krisen nicht fertig geworden, die TPLF dürfte dazu noch weniger in der Lage sein.“

Aber auch politisch steht die TPLF kaum besser da. Das Hauptziel der Organisation (der die „Financial Times“ in schöner Regelmäßigkeit attestiert, sie werde von einem „stalinistischen“ Zirkel dominiert), nämlich den Sturz Mengistus, dürfte sie kaum erreichen, ebenso wenig eine Regierungs-beteiligung. Verhandeltbar erscheinen eher Forderungen wie die nach Wiederzulassung politischer Parteien und nach Neuformulierung der Nationalitätenpolitik, die jedoch bereits weitgehende Autonomiestatute enthält.

Mit dem Einschwenken auf Verhandlungen könnte auch die Gemeinsamkeit mit der EPLF auf militärischem Gebiet ihr Ende finden. Denn politisch verbindet die TPLF, die sich zu einem äthiopischen Nationalitätenstaat bekennt, nicht viel mit der EPLF, die bislang die Sezession Eritreas beanspruchte.

Wie die TPLF strapazieren aber auch die EPLF die erzielten Terraingewinne militärisch und organisatorisch; sie benötigt ebenfalls eine „Ruhepause“. Fraglich ist für sie – über die Aussichtslosigkeit, einen mili-

**AUGENFÄLLIG IST DIE
ZEITLICHE NÄHE DES
VERHANDLUNGSANGEBOTS
DER ÄTHIOPISCHEN
REGIERUNG ZUM PUTSCH-
VERSUCH VOM MAI D.J.**

tärischen Sieg zu erringen, hinaus – auch, ob sie im unter Regierungskontrolle befindlichen Teil Eritreas, immerhin rund zwei Dritteln der Provinz, bei der ethnisch und religiös stark gemischten Bevölkerung auf die behauptete Gegenliebe stoßen würde. Die Reformprogramme der Regierung in der autonomen Provinz führen inzwischen teilweise zu einer sozialen Stabilisierung und Akzeptanz des Status, der für die Abtrennungsforderung der EPLF weniger und weniger Resonanz verspricht. (Freilich besteht die Crux darin, daß eine Fortführung des Krieges auch diese Reformprogramme wieder bedrohen würde.)

Entgegen ihren Selbstdarstellungen ist aber auch die politisch-diplomatische Position der EPLF wenig verheißungsvoll. Eher

am Rande zu vermerken ist ein Treffen, das Anfang Mai d.J. zwischen hohen äthiopischen Regierungsvertretern und Sprechern von vier kleinen eritreischen Organisationen in Khartoum (Sudan) stattfand. Die EPLF, die letztmals 1985 eine Runde von ergebnislosen Verhandlungen mitgemacht hatte, blieb zwar fern, „Le Monde“ mutmaßte jedoch, sie sei vorab informiert worden und habe die Kontaktaufnahme begrüßt. Daneben jedoch hatte US-Ex-Präsident Carter im April d.J. in einer Art Pendeldiplomatie zunächst in Khartoum Gespräche mit EPLF-Generalsekretär Afewerki geführt, anschließend in Addis Abeba mit Mengistu und daraufhin wieder in Khartoum mit Afewerki.

Bedeutender noch ist die Gesamtsituation. Auf einer Reise durch mehrere europäische Hauptstädte und in die USA im Juni d.J. vermochte Afewerki, auch wenn er u. a. mit Regierungsbeamten Gespräche führen konnte, nach wie vor keine Unterstützung der Forderung nach Lostrennung Eritreas zu gewinnen. Aus naheliegenden Gründen bekennt sich keine Regierung offen dazu, durch eine Befürwortung der EPLF-Position gegen den von allen afrikanischen Staaten geheiligten, in der Charta der Organisation für Afrikanische Einheit festgelegten Grundsatz der Integrität der bei der jeweiligen Unabhängigkeit überkommenen Territorien zu verstoßen. Ähnliches gilt im Falle der TPLF; hier geht es um den Grundsatz der Nichteinmischung.

Eine weitere problematische Situation entstand für beide Organisationen durch den Putsch im benachbarten Sudan, der bislang als Refugium und Hinterland diente. Wie sich das neue Regime dort zu Äthiopien verhalten wird, ist noch nicht ausgemacht. Die Bereitschaft zur Beilegung des eigenen Nord-Süd-Konflikt jedoch könnte eine regionale Konfliktlage bereinigen, die sich wechselseitig Khartoum und Addis Abeba zunutze machten und von der die EPLF, zumal in Form sudanesischer Unterstützung, profitierte.

Fazit: Die scharfsinnige Folgerung der EPLF, daß Mengistus Einschränkung des Verhandlungsangebots (s.o.) doch wieder eine Vorbedingung konstituierte, dürfte ihr aufgrund der Gesamtbedingungen als nicht mehr so gewitzt erschienen sein. Dies gilt umso mehr, da ja auch die eigene Position, daß die Sezessionsforderung Bestandteil von Verhandlungen sein müsse, ihrerseits eine Vorbedingung darstellt – die allerdings im Hinblick auf die beiderseits einvernehmlich geforderten internationalen Beobachter aus den erwähnten Gründen wenig vertretbar erscheint.

An einer politischen Lösung, dieser Einsicht scheint man sich immer weniger zu verschließen, führt kein Weg vorbei. Für die Eritrea-Frage ist ein Vorschlag möglicherweise bestens geeignet: die Einbeziehung der UNO. Schließlich war es der UN-Sicherheitsrat, der, was die völkerrechtliche Seite betrifft, Anfang der 50er Jahre zur Entstehung des Konflikts beigetragen hat.

MITTELAMERIKA

GAIL BIGELOW

Präsidentengipfel in Honduras

Begräbnis der Contra

Es war eines der längsten Begräbnisse der Geschichte. Eine weitere Schicht Erde wurde am 7. August d.J. auf das Grab geschauvelt. Bei einem Treffen in Tela (Honduras) vereinbarten die fünf mittelamerikanischen Präsidenten einstimmig einen Zeitplan für die Demobilisierung der Contras in ihren Lagern in Honduras.

Dieses Abkommen ist ein Markstein des wechselhaften zweijährigen Friedensprozesses, der begann, als sich die Präsidenten erstmals im August 1987 in Esquipulas trafen. An jeder Wende haben die Präsidenten regionale Interessen gegen die Diktate der US-Außenpolitik abgewogen. Diesmal hat die Bush-Administration mit unzähligen Telefonanrufen in letzter Minute versucht, das Abkommen zu vereiteln. Aber, wie ein mittelamerikanischer Regierungsvertreter der „New York Times“ sagte: „Sie konnten selbst nicht erklären, worauf wir warten sollten.“

Die Vereinbarungen von Tela legten den 5. Dezember als spätesten Termin für die Auflösung der Söldnerarmee unter internationaler Überwachung fest. Die Präsidenten riefen zur Bildung einer Internationalen Unterstützungs- und Überwachungskommission aus Vertretern der Vereinten Nationen, der Organisation Amerikanischer Staaten und des Internationalen Roten Kreuzes auf, um die Repatriierung der 50 000 Konterrevolutionäre und ihrer Angehörigen nach Nicaragua, oder, wenn sie es ablehnen nach Hause zurückzukehren, in ein Drittland zu überwachen. Die nicaraguanische Regierung sagte Land, finanzielle Anreize und politische Freiheit für die Rückkehrer zu. Zusätzlich riefen die Präsidenten den UN-Sicherheitsrat dazu auf, bewaffnete Friedenstruppen an die Grenze zu entsenden, um zu verhindern, daß honduranisches Territorium weiterhin als Ausgangsbasis für terroristische Einfälle nach Nicaragua benutzt wird.

Washington wies schnell darauf hin, daß eine Erfüllung des Plans durch die Contras „freiwillig“ sei und daß die Söldner sehr wohl der Meinung sein könnten, daß Nicaragua weder „sicher“ noch „demokratisch“ genug für ihre Repatriierung sei. Das Weiße Haus hoffte, die Contras als Streitmacht mindestens bis zu den nicaraguanischen Wahlen vom 25. Februar 1990 am Leben erhalten zu können mit der Möglichkeit – oder zumindest der Drohung –, dann den Krieg wieder aufleben zu lassen.

Der Kongreß jedoch hat die Möglichkeit, dieses Manöver zu verhindern. Der Zwei-Parteien-Konsens, der im letzten April zwischen der Bush-Administration und den De-

mokraten im Kongreß geschmiedet wurde, erlaubt es dem Kongreß, die 50 Mio \$, mit denen die Contras in Honduras unterstützt werden, umzuleiten. Im November 1989 soll die Situation überprüft und festgelegt werden, ob und wie die Hilfe dann bis zum Februar 1990 fließen soll.

Mit dem Abschluß der neuen Vereinbarung haben die Demokraten eine gute Grundlage, den Einsatz der Hilfe auf die Repatriierung einzuschränken. Das wäre ein anderer Schritt und vielleicht der letzte für die Opposition im Kongreß, die Ronald Reagans Contra-Krieg bis zum Ende zögernd begleitete.

Die Contras prahlen, daß sie die US-Finanzierung nicht bräuchten und auf sich gestellt in Nicaragua weiter kämpfen könnten. Aber jeder weiß, daß sie ohne Washingtons Geldbeutel nicht einen Monat überleben würden. Angesichts dieser Wirklich-

keit haben Israel Galeano, der Stabschef der Contra-Armee, und acht weitere Kommandanten kurz nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen von Tela um Asyl in den USA nachgesucht.

Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega und das sandinistische Verhandlungsteam dürften in der Woche vom 1.–8. August nicht allzuviel Schlaf bekommen haben. Am Vorabend der Gespräche in Tela trafen sie spät in der Nacht mit den 20 inter-nen Oppositionsparteien Nicaraguas zusammen und erarbeiteten ein 40-Punkte-Abkommen, das die volle Teilnahme aller am kommenden Wahlprozeß sichert.

In einem multilateralen Verhandlungsprozeß, der großteils live im Fernsehen und im Radio übertragen wurde, beseitigten die FSLN und die Opposition alle Streitpunkte des Wahlprozesses, die der Bush-Administration als Vorwand dienten, den Sandini-

Über 300 000 feierten am 19. Juli den 10. Jahrestag der sandinistischen Revolution





Gipfelteilnehmer (v.l.n.r.): V. Cerezo, O. Arias, J. Azcona, A. Cristiani, D. Ortega

sten falsches Spiel vorzuwerfen. Die Sandinisten willigten ein, die Einberufungen zur Armee während der Wahlkampagne aussetzen, 1500 gefangene Contras freizulassen und freien Zugang zur Presse zu garantieren. Die Opposition stellte sich voll hinter den Vorschlag Ortegas, den er für den Präsidentengipfel vorbereitet hatte.

Im Ergebnis ging Ortega zum Treffen in Honduras, gefeit gegen Forderungen nach weiteren Zugeständnissen im internen politischen Prozeß seines Landes und mit der einmütigen Forderung aller internen Parteien nach Auflösung der Contra-Armee.

Nachdem er sich die US-Verbündeten innerhalb Nicaraguas verpflichtet hatte, stürzte sich Ortega in den Kampf mit dem nächsten Haufen, den Präsidenten von Honduras, El Salvador, Guatemala und Costa Rica.

Unterstützt den Wahlkampffonds der Sandinisten

In Nicaragua wird am 25. Februar 1990 ein neuer Präsident und ein neues Parlament gewählt.

Im Interesse der wesentlichen Errungenschaften der nicaraguanischen Revolution halten wir es für wichtig, daß die Sandinisten (FSLN) diese Wahlen gewinnen und weiterhin die Regierung stellen. Es geht bei diesen Wahlen um die Agrarreform Nicaraguas, um die Alphabetisierung und um Gesundheit für alle. In Nicaragua konnten sich eine nationale Kultur und Identität entwickeln, die Menschen sich organisieren, um ihre eigenen Interessen zu vertreten.

Die Sandinisten haben in den vergangenen 10 Jahren durchaus Fehler begangen. Sie haben aber die Fähigkeit bewiesen, im Bereich der Menschenrechte, der Rechte der ethnischen Minderheiten, der Wirtschaft und Außenpolitik, aus diesen Fehlern zu lernen und sie zu korrigieren.

Im mittelamerikanischen Friedensprozeß haben die Sandinisten die größten Vorleistungen erbracht. Die Auflösung der Contra, die mit diesem Friedensprozeß eingeleitet wurde, ist der erste Baustein für den Wiederaufbau. Diesen Wiederaufbau in sozialer Gerechtigkeit und unter Beteiligung aller gewährleistet nur die FSLN.

Die Opposition dagegen will alte Strukturen wiederherstellen; unter dem Vorwand der „vollen Garantie für das Privateigentum“ soll enteignetes Land den alten Besitzern zurückgegeben werden. Auch in anderen Bereichen, z.B. Gesundheitsversorgung und Schulwesen sollen die Reichen wieder Privilegien erhalten.

Durch die Politik der FSLN hat die Opposition in Nicaragua wie in keinem anderen Land in La-

Der US-Wahlhelfer Joseph G. Sullivan, Leiter des Büros des Außenministeriums für mittelamerikanische Angelegenheiten, hatte ihnen deutlich gemacht, daß die Bush-Administration kein Abkommen wolle. Außenminister Baker und George Bush selbst riefen die Präsidenten am 6. August persönlich an, um sie zu beeinflussen. Jeder Präsident hatte die Kosten, sich der imperialen Weisheit zu widersetzen, mit den Gefahren abzuwägen, die Contra-Streitmacht intakt zu halten.

Besonders Honduras bekam den Druck zu spüren. Seine wirtschaftliche Existenz ist stark von US-Hilfe abhängig. Und es sehnt sich dennoch nach internationaler Unterstützung, um die bewaffneten Banden von seinem Territorium zu vertreiben. Präsident José Azcona steht unter großem

teinamerika heute völlige Handlungsfreiheit, die Möglichkeit sich zu organisieren und ihre Meinung über Fernsehen, Radio und Presse zu veröffentlichen.

Die Oppositionsparteien werden heute substantiell aus dem Ausland, vor allem aus den USA, aber auch über Kanäle der Bonner Regierungsparteien, finanziert. Die Contra konnte die Revolution nicht militärisch besiegen; jetzt sollen mit der finanziellen Unterstützung aus den USA die Wahlen gewonnen werden.

Damit die Errungenschaften der Revolution erhalten bleiben, fordern wir hiermit auf, die FSLN und ihren Wahlkampf zu unterstützen und auf das unten angegebene Konto zu spenden.

Es geht nicht nur um Projekte, es geht um das Projekt.

Sonderkonto Ludger Weckel 1 19 069 029 bei der Stadtsparkasse Münster BLZ 400 501 50 (Für diese Spenden gibt es keine steuerabzugsfähige Spendenquittung.)

Dieser Aufruf wird unterstützt von Erstunterzeichner: Helmut Frenz, Norbert Greinacher, Ernst Käsemann, Helmut Lippelt, Wolfgang Niedecken, Hennig und Luise Scherf, Dorothee Sölle, Heide Wiczorek-Zeul.

Dieser Aufruf wurde von der Christlichen Initiative Romero veröffentlicht. Alle Gruppen sind aufgefordert, die Initiative für den Wahlkampf der FSLN in der Bundesrepublik zu unterstützen. Christliche Initiative Romero e.V., Kardinal von Galen Ring 45, 4500 Münster, 02 51 / 8 95 03

Druck der honduranischen nationalistischen und Menschenrechtsbewegungen, die US-Söldner loszuwerden und damit aufzuhören, ein Fußabtreter für US-Interessen zu sein.

Die Bush-Administration drohte damit, 70 Mio \$ Wirtschaftshilfe zurückzubehalten, wenn Honduras das Abkommen unterzeichnen sollte. Jedoch kündigten Demokraten im Kongreß an, die Contra-Hilfe sofort zu stoppen, wenn Bush seine Erpressung fortsetze. Azcona lag zweifellos die Vorstellung einer Contra-Armee auf seinem Territorium ohne Geld aus den USA, um sie zu unterstützen, wenig am Herzen. Und er entschied, sich der regionalen Initiative anzuschließen. Um das Abkommen zu besiegeln, willigte Nicaragua ein, sein Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof, bei dem Honduras der Beherbergung der Contras angeklagt ist, zu beenden, sobald die Demobilisierung abgeschlossen und überprüft ist.

Ortega verhinderte auch mit Erfolg den Versuch des salvadorianischen Präsidenten Alfredo Cristiani, die (salvadorianische Befreiungsfront) FMLN mit den Contras gleichzusetzen. Cristiani versuchte die internationale Unterstützungs- und Prüfungskommission mit der Aufgabe zu betrauen, die salvadorianische Guerilla zu entwaffnen und aufzulösen. Jedoch konnte der entscheidende Unterschied nicht umgangen werden, nämlich der, daß die FMLN ihre Massenbasis im Inneren des Landes hat und ihr Überleben von keiner äußeren Macht abhängt. Die Vereinbarungen von Tela rufen schließlich zu Verhandlungen zwischen der ARENA-geführten Regierung und der Guerillabewegung auf. Und sie widerspiegeln den eigenen Vorschlag der FMLN, sich an den Verhandlungstisch zu setzen

und eine friedliche Lösung für den Bürgerkrieg zu suchen.

Zusätzlich bekräftigte das Friedensabkommen die vorherige Verpflichtung der Präsidenten, zusammen die gemeinsamen Probleme des Drogenhandels und der Umweltfragen anzugehen. Angesichts der wirtschaftlichen Bedürfnisse, die sie hauptsächlich beschäftigen, riefen sie die internationale Gemeinschaft, vor allem die europäischen Parlamente, auf, die Region finanziell zu unterstützen. Der nächste Präsidentengipfel ist für den 8. Dezember d.J., voraussichtlich in Nicaragua geplant.

Nachdem der Demobilisierungsplan für die Contra unter Dach und Fach ist, wird Nicaragua sich auf die Wahlkampagne konzentrieren. Mit Geldern der Nationalen Stiftung für Demokratie hoffen die USA, die zersplitterte Opposition zusammenkitten zu können, damit sie eine wirkliche politische Bedrohung für die Sandinisten darstellt. Wenn diese Strategie fehlschlägt und die FSLN die Wahlen gewinnt, wird die Bush-Administration versuchen, sie der Wahlfälschung zu bezichtigen.

Um die Wahl gegen Washingtons Manipulationen zu feien, haben die Sandinisten und die Opposition den früheren Präsidenten Jimmy Carter und den Rat der Freigewählten Staatsoberhäupter (eine Gruppe aus 15 amtierenden und früheren Präsidenten und Premierministern) gebeten, den Wahlprozeß ab sofort zu beobachten. Carter kündigte an, daß der Rat hauptamtliche Mitarbeiter nach Nicaragua schicken werde, die die Kampagne kontinuierlich überwachen sollen, und lobte die Nicaraguaner für ihre Ernsthaftigkeit, die sie mit dieser Maßnahme unter Beweis stellten. Auch eine UN-Gruppe wurde gebeten, den Prozeß zu kontrollieren.

Die Optionen Bushs, die Politik Reagans zum Sturz der Sandinisten fortzusetzen, werden ihm nach und nach genommen. Der rechte Flügel der Republikaner geht ihm an die Gurgel, kann ihm aber nicht die Macht geben, die Toten wiederzubeleben. Wenn der Kongreß die Repatriierung im November unterstützt, könnte er in seinem Inneren dankbar sein. Er kann seine Hände in Unschuld waschen, während die Ideologen auf seiner Rechten den Kongreß beschuldigen, den Saft abgedreht zu haben.

(QUELLE: Frontline, Oakland, 28.8.1989)



Komitees trafen sich in Nicaragua

Aktionsplan der Solidarität

Vom 20.-23. Juli d.J. trafen sich in Managua über 200 VertreterInnen von 126 Komitees und nationalen Koordinationen aus 40 Ländern, um über die Perspektiven der Nicaragua-Solidarität zu beraten. Sie verabschiedeten einen Aktionsplan, den wir in Auszügen wiedergeben.

Aktionsschwerpunkte der Solidaritätsbewegung

1. Materielle und politische Unterstützung des Wahlkampfes: das Volk und die Regierung Nicaraguas haben sich verpflichtet, am 25. Februar 1990 freie und unabhängige Wahlen durchzuführen unter der Beteiligung von Beobachtern der UNO, der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und des Europäischen Parlaments.
2. Bildung einer internationalen Bewegung mit dem Ziel, über den nicaraguanischen Wahlkampf zu informieren, um dadurch der Delegitimierungskampagne entgegenzutreten.
3. Weitere und verstärkte materielle Unterstützung der Kampagne „Nicaragua muß überleben“, die dazu beiträgt, die vordringlichsten durch den Krieg verursachten Bedürfnisse des nicaraguanischen Volkes zu befriedigen.
4. Weitere Unterstützung aller Aktionen, die darauf ausgerichtet sind, daß sich die Vereinigten Staaten dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag beugen, die Beziehungen mit Nicaragua normalisieren und das Wirtschaftsembargo aufheben.
5. Ein weiterer Aufruf an unsere Völker und Regierungen, daß sie den mittelamerikanischen Regierungen gegenüber ihre Besorgnis bezüglich der Erfüllung der Esquipulas-Vereinbarungen zum Ausdruck bringen als die einzig gangbare Alternative, den Frieden in der Region zu erreichen.
6. Weitere und energischere Forderungen zur Auflösung der Contra-Lager in Honduras.
7. Information über die heutige politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und militärische Situation Nicaraguas und über das Vertrauen des Volkes in die FSLN hinsichtlich des Aufbaus einer besseren Zukunft.
8. Verstärkte Unterstützung der Bemühungen der sandinistischen Revolution zur Erreichung des Friedens und Vertiefung der Demokratie. (. . .)

Aktionsplan

(. . .) Bezüglich des Wahlprozesses sind wir uns einig, daß es notwendig ist, gegen die Kampagne anzukämpfen, die auf internationaler Ebene und besonders von den Vereinigten Staaten aufgezogen wird mit dem Ziel, die Weiterführung des Krieges und der Aggression gegen das nicaraguanische Volk zu rechtfertigen.

Diesbezüglich haben wir folgendes beschlossen:

- Kontakt aufzunehmen mit einflußreichen Persönlichkeiten in unseren Ländern, mit politischen Parteien, Journalisten und Diplomaten, um materielle und politische Unterstützung für einen unabhängigen Verlauf des Wahlprozesses zu ersuchen.
- Nach einer Diskussion in jedem einzelnen Land, über unsere Komitees den Wahlkampf und die FSLN zu unterstützen.
- Die Regierungen dazu aufzufordern, daß sie Stellung beziehen und den Wahlprozeß unterstützen.

● Die Entsendung von Beobachtern zu fördern, damit diese die Wahlen vom Februar 1990 in den Regionen und im ganzen Land begleiten.

● Zwischen Dezember 1989 und Februar 1990 Einladungen an Persönlichkeiten der Revolution, nicaraguanische Künstler und Vertreter von Massenorganisationen zu organisieren.

● Nationale und regionale Informationsnetze über die Wahlen aufzubauen, Gesprächsrunden zu organisieren, bei denen konstant der wirkliche Verlauf des Prozesses in Nicaragua bekanntgemacht wird und den Desinformationskampagnen der internationalen Agenturen und Medien entgegengewirkt wird. (. . .)

● Finanzielle Mittel und materielle Unterstützung für den kommenden Wahlkampf aufzutreiben. (. . .)

Angesichts der Kriegspolitik der USA gegenüber Nicaragua sind wir der Ansicht, daß der Krieg noch nicht zu Ende ist und daß wir die Einhaltung der in El Salvador beschlossenen Verpflichtungen fordern müssen, die die Demobilisierung und das Ende der Unterstützung an die Contra verlangen.

Wir kommen überein:

● Eine Kampagne über Telex, Fax, Briefe usw. zu starten, die die Regierungen von Honduras und der Vereinigten Staaten zum Abzug der Contras aus ihren Militärstützpunkten in Honduras auffordert. (. . .)

● Am 8. November, dem Tag, da der nordamerikanische Kongreß die Fortsetzung der Unterstützung an die Contras diskutieren wird, Demonstrationen unter dem Motto „Keine Unterstützung!“ und einen Versand von Briefen an den US-Kongreß zu organisieren. (. . .)

Wir vereinbaren, unsere Spenden im Rahmen der Kampagne „Nicaragua muß überleben“ weiterzuführen, die gegenwärtigen Prioritäten des nicaraguanischen Volkes stärker zu berücksichtigen und die Zusammenarbeit mit dem CNASP zu verbessern, um einen effizienteren Versand der Güter und der finanziellen Hilfe zu erreichen.

● Wir beabsichtigen: die Anzahl der Brigaden für Wiederaufforstung, Produktion und Bauwesen zu erhöhen.

● Das Projekt von Städtepartnerschaften zu unterstützen und in diesem Rahmen die Kampagne „Nicaragua muß überleben“ zu verstärken. Wir verstehen unsere materielle Unterstützung als etwas, das mit unserer politischen Arbeit zugunsten der Revolution eng verbunden ist.

Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Nicaraguas, verursacht durch den Aggressionskrieg und die weltweite langfristige Wirtschaftskrise, sowie durch die Folgen der Unterentwicklung und des ungerechten Welthandels, benötigt Nicaragua heute mehr denn je unsere Solidarität.

Wir werden versuchen, unsere Aktionen und Kampagnen für materielle und finanzielle Unterstützung auf Landes- und regionaler Ebene zu koordinieren.

(QUELLE: ANN-Wochenheft, Managua/Zürich, Nr. 116/27. Juli 1989)

Vier Offiziere hingerichtet

Drogenskandal erschüttert die Revolution

Am 13. Juli d.J. wurden General Arnaldo Ochoa und drei weitere Offiziere wegen Beteiligung am Drogenhandel und wegen Korruption hingerichtet. Aus Havanna berichtet Karen Wald über die Hintergründe und Folgen dieses Skandals.



Der Hauptangeklagte A. Ochoa Anfang Juli vor einem Militärgericht

Die Entdeckung, daß 14 hochrangige Angehörige der kubanischen Revolutionären Streitkräfte (FAR) und des Geheimdienstes des Innenministeriums (MININT) an einer Reihe illegaler und korrupter Aktivitäten beteiligt waren, einschließlich der Zusammenarbeit mit internationalen Drogenhändlern, hat diese Inselnation schwer erschüttert. Und die verhängten harten Urteile – Erschießungskommandos für den früheren General und Kriegshelden Arnaldo Ochoa, den MININT-Oberst Tony de la Guardia und ihre zwei wichtigsten Helfer, und 10 bis 30 Jahre für den Rest – sind keineswegs das Ende der Geschichte. (...)

Ochoa, der dritthöchste Militär des Landes und der General, der die kubanische Militärmission in Angola leitete, war ein enger Vertrauter Präsident Fidel Castros und seines Bruders Raul, dem Minister für die Streitkräfte. Als einer der beiden Männer, die den Titel „Helden der Republik“ trugen, war Ochoa in jeder Beziehung in Kuba ein leuchtendes Beispiel. Er hatte am Kampf zum Sturz der Diktatur Batistas 1959 teilgenommen und bis heute eine ununterbrochene und makellose militärische Karriere vorzuweisen. (...)

Tony de la Guardia und sein Zwillingsbruder Patricio kämpften in den 50er Jahren ebenfalls mit den „Fidelistas“. Sie erreichten dann die höchsten Ebenen des Innenministeriums, jener Institution, die die Polizei und alle anderen Sicherheitskräfte des Landes kontrolliert. Wie Ochoa, wurden auch sie zu den „besten und hervorragendsten“ der kubanischen Revolution gezählt. Alle betrachteten sich selbst als Revolutionäre und bestanden in ihren Verfahren darauf, dies noch immer zu tun. Alle gestanden und kritisierten ihre Handlungen. (...)

Einige Leute haben noch immer gemischte Gefühle, wieviel Schuld Ochoa und einigen anderen zugewiesen werden kann. Wenige wiederholen die aus Miami kommenden Anschuldigungen von politischen Intrigen, Unruhen in den Streitkräften und einem drohenden Staatsstreich. Es gibt eini-

ge, die der Idee anhängen, Ochoa und seine Freunde würden als Sündenböcke gebraucht für ein Verbrechen, dem Fidel Castro zugestimmt hätte. Aber dies ist eine verschwindende Minderheit.

Nach der Zeugenanhörung drückten selbst westliche Diplomaten aus Ländern, die traditionell feindlich zu Kuba stehen, ihre Zweifel aus, daß der kubanische Präsident gewußt hätte, was diese Männer taten. (In der Tat ist dies einer der wichtigen Kritikpunkte, die innerhalb des Landes geäußert werden: Es gab so wenig Kontrolle, daß hohe Funktionäre entscheiden konnten, über dem Gesetz zu stehen und es zu mißachten. Ochoa leugnete vehement Beschuldigungen, daß es politische Intrigen gegen die Führung Castros gegeben hätte. (...)

Obwohl viele, wenn nicht die meisten Kubaner nach der Todesstrafe riefen, als sie erstmals von den Anschuldigungen gegen die Angeklagten hörten, hatte doch eine große Anzahl Bedenken, nachdem sie die Fernsehübertragungen der Gerichtsverhandlungen gesehen hatten. Als er seine

Aussage machte, erschien Ochoa als ernsthaft bereuender und mutiger Mensch, der bescheiden gelebt hatte und all seine Taten in dem falschen Glauben begangen hatte, er könnte das Geld nutzen, um der von ihm kommandierten Armee sowie der Revolution im allgemeinen zu helfen. (...)

Niemand fand, er sollte freigesprochen werden, aber viele hatten Bedenken wegen des Todesurteils. Erst nachdem alle Mitglieder des Staatsrates, einschließlich des Präsidenten Fidel, ihre Gründe erläutert hatten, warum sie sich weigerten, die Todesstrafen umzuwandeln, waren die meisten Menschen des Landes von der Notwendigkeit (was allerdings nicht unbedingt wünschenswert heißt) dieser Aktion überzeugt. (...)

Das Militärgerichtsverfahren war weniger eine Verhandlung als eine öffentliche Demonstration, daß solche Verbrechen nicht toleriert werden, daß es – so das offizielle Organ „Granma“ in einem Leitartikel – keine Straffreiheit für irgendwen, gleich auf welcher Ebene, gebe. Der Staatsanwalt

Interview mit Salvador Samayoa (FMLN)

Die Gleichsetzung von FMLN und Contra mißlang

Der salvadorianische Präsident Alfredo Cristiani war beim Gipfel der mittelamerikanischen Präsidenten mit der Absicht angetreten, der Demobilisierung der Contra nur zuzustimmen, wenn ein ähnlicher Demobilisierungsplan auch für die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) beschlossen würde. „Cristiani unterschrieb den Tod der Contra“, erklärte die FMLN am 8. August d.J. zum Ergebnis des Gipfels. Er habe die FMLN weltweit als Kriegspartei anerkannt, „mit der er verpflichtet ist, den Dialog zu führen und zu verhandeln“. Salvador Samayoa von der politisch-diplomatischen Kommission der FMLN erläutert die Ergebnisse des Gipfels aus der Sicht der salvadorianischen Befreiungsbewegung.

FRAGE: Präsident Cristiani und die FMLN haben die Ergebnisse des Gipfels als „Erfolg“ bezeichnet. Welche Elemente machen den Unterschied zwischen der einen und der anderen Version aus?

S. SAMAYOA: Die Vereinbarungen sind nützlich für den Friedensprozeß insgesamt und für die politischen Lösungen der bewaffneten Konflikte. Natürlich verweisen wir auf das ursprüngliche Abkommen von Guatemala (Esquipulas-Abkommen vom August 1987; d. Red.), in dem alle Maßnahmen der Demokratisierung, des internen Dialogs, der nationalen Versöhnung und der politischen Lösung der Konflikte festgehalten sind.

Cristiani hat wahrscheinlich nicht die Tiefe und die Dimension dieses Prozesses erkannt. Deshalb glaubt er den wirklichen Inhalt und die Interpretation, die alle internationalen Kräfte diesem Abkommen geben, manipulieren und entstellen zu können.

FRAGE: Im Abkommen wird ausdrücklich von einer „freiwilligen Demobilisierung“ der FMLN gesprochen. Wie beurteilen sie die Übernahme dieses Begriffes in das Abkommen?

S. SAMAYOA: In Tela wurde festgestellt, daß die Prozesse in El Salvador und Nicaragua nicht symmetrisch sind. Die Demobilisierung der Contra wurde geregelt und ein Zeitplan festgehalten, da sie eine Angelegenheit ist, die ausschließlich von der honduranischen Regierung abhängt. Im Falle El Salvadors muß die „Demobilisierung“ das Ergebnis eines Prozesses von Dialog, politischen

Verhandlungen und Vereinbarungen sein, der ja in Nicaragua bereits stattgefunden, aber in El Salvador noch nicht einmal begonnen hat.

FRAGE: Welche Bedeutung hat für die FMLN die Tatsache, daß die Symmetrie nicht angewendet wurde?

S. SAMAYOA: Es ist eine klare Anerkennung der FMLN als kriegführender Partei und politischer Kraft sowie ihres absolut unterschiedlichen Charakters zu dem, was die Contra war. Dies zumal es sich (bei der FMLN) um eine Kraft handelt, die auf nationalem salvadorianischem Gebiet verwurzelt ist, im Gegensatz zur Contra, die auf ausländischem Territorium ihre Basis hatte.

FRAGE: Welche Bedeutung könnte aus der Sicht der US-amerikanischen Politik das Erscheinen eines Dialogs in der salvadorianischen Szenerie haben?

S. SAMAYOA: Die Vereinbarungen der Präsidenten markieren das Ende eines Zyklus der US-Strategie in Mittelamerika. Sie hatten sich anfangs vorgenommen, die revolutionären Prozesse in El Salvador und Nicaragua zu zerstören. Und die Tatsache, daß die Forderung nach einem Dialog und einer politischen Lösung des Konfliktes aufgetaucht ist, erzwingt einen Wechsel der US-Politik in El Salvador.

FRAGE: Wie könnte die Zukunft der nationalen Befreiungsbewegungen in Mittelamerika nach den Vereinbarungen sein?

S. SAMAYOA: Viel besser als sie vorher ausgesehen hat. Nachdem die Auflösung der Contra



vereinbart und zeitlich festgelegt wurde, ist das salvadorianische Problem weniger den Forderungen nach „Symmetrie“ und irrigen Parametern und Definitionen unterworfen. Nachdem das Problem Nicaragua gelöst ist, muß das Problem El Salvador in seiner ganzen tatsächlichen Dimension angegangen werden.

Andere revolutionäre Prozesse können in dem Maße profitieren, wie sie ihre Kräfte dynamisieren, um alle Forderungen nach wirklicher Demokratisierung auszunutzen, die es in diesem Friedensprozeß gibt. In diesem Maße können sie politische Spielräume gewinnen.

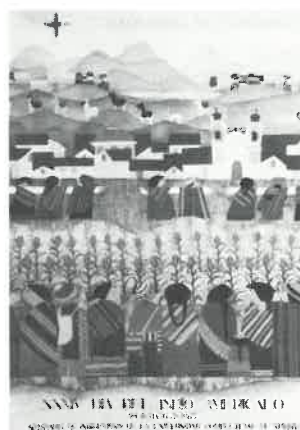
FRAGE: Ist die Logik der militärischen Offensive, die die FMLN momentan praktiziert, ernsthaft?

S. SAMAYOA: Wir behalten die militärische Offensive bei, da wir davon ausgehen, daß jegliche politische Verhandlungen immer ein Problem des Kräfteverhältnisses sind. Nicaragua hat sein Problem auf der Grundlage der politischen, militärischen und diplomatischen Niederlage der Konterrevolution praktisch lösen können. In unserem Fall glauben wir, abgesehen von den Unterschieden, daß eine Veränderung im Verhältnis der politischen und militärischen Kräfte uns einer Verhandlungslösung des Konfliktes näherbringen wird. In dieser Logik erklärt sich die kontinuierliche militärische Offensive, die wir vorantreiben.

(QUELLE: Barricada Internacional, Managua, 19.8.1989)

500 Jahre Entdeckung Amerikas

1492 stieß Columbus versehentlich auf den amerikanischen Kontinent. Was damit ausgelöst wurde, konnte sich damals niemand vorstellen. Daran und an die Aktualität antiimperialistischer Politik erinnert jetzt eine Postkartenserie lateinamerikanischer Künstler



Vier farbige Motive im Set für DM 6.— plus Versandkostenanteil

Wiederverkäufer bekommen ab 10 Sets 30% ab 100 Sets 40% Rabatt

Bestellung beim:

Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt/Main 90
Tel. 069/77 88 63

SOLIDARITÄTSSHOP
Dritte Welt

— Kubas Justizminister Juan Escalona, hier in seiner Funktion als Brigadegeneral der Reserve — warf diese und andere politische Fragen in seinen wiederholten Ausführungen gegen die Angeklagten während des viertägigen Kriegsgerichts auf.

Der Staatsanwalt betonte, daß die Taten der Angeklagten mehr waren als Verbrechen der Gier und Korruption. Sie seien ein Verrat an Kuba, da sie nicht nur das Ansehen der Regierung, sondern auch der Kräfte des Landes, die für die Verteidigung verantwortlich seien, untergraben hätten. Zusätzlich war die Regierung durch das Verfahren gezwungen, viele der Aktivitäten und Mechanismen dieser Behörden offenzulegen, einschließlich sehr sensibler, die darauf zielen, die Wirtschaftsblockade der USA gegen Kuba zu brechen, indem sie medizini-

den, unter der sie litten, als Kuba als Spielwiese der US-Mafia für Glücksspiel, Drogen und Prostitution angesehen wurde.

Escalona, der als Justizminister an einer Reihe von UN-Treffen teilnahm, die sich mit dem Drogenhandel befaßten, erklärte Ochoa während dessen Befragung, daß er dadurch „die Folgen des Drogenkonsums“ gesehen hätte. „Haben Sie sich jemals vorgestellt“, so fragte er den früheren General, „was die Öffnung eines Weges für Drogen hinsichtlich des Todes und des Verfalls hunderter oder tausender Bürger, junger Menschen, sogar von Kindern in den USA, was es für das Volk der USA bedeutet?“ (. . .) Noch mehr empörte die Revolutionäre die Tatsache, daß diese hohen Funktionäre sowohl gegenüber ihren Untergebenen als auch den Drogenhändlern den Eindruck er-

noch. Haben die Anstrengungen, harte Währungen durch „gemischte Unternehmen“ und den Tourismus in die Wirtschaft zu bringen, einen Teil der Bevölkerung so nachhaltig korruptiert, daß sogar die tapfersten, heldenhaftesten Verteidiger der Revolution einer Versuchung dieser Art erliegen? Was sonst haben diejenigen, die in diese „Geschäfte“ verwickelt waren, getan? Ist nicht die Tatsache, daß hohe Funktionäre — Wirtschafts- oder Regierungsführer, insbesondere jene, deren Geschichte bis in die Zeiten der Kämpfe mit Fidel in den Bergen zurückreicht — oft verschwenderisch leben, eine Versuchung für andere, ihrem Vorbild zu folgen?

Die optimistischeren in der Regierung und unter den auf der Straße Interviewten sagen, daß das Land gestärkt aus diesem „Hausputz“ herauskommen werde, wenn er abgeschlossen sei. Aber das hängt selbstverständlich davon ab, daß die Regierung nicht bei diesen 14 aufhört.

Um seine Absicht, „reinen Tisch“ zu machen, zu verdeutlichen, entließ das Zentralkomitee der Kubanischen Kommunistischen Partei den Minister des Innern, José Abrantes, der nicht in den Skandal verwickelt war, aber es versäumt hatte zu entlarven, was vorging. (Er wurde Anfang September d.J. zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt; d. Red.) Auf seinen Platz wurde FAR-General Abelardo Colome berufen, ein Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees und Raul Castros erster Stellvertreter in den Streitkräften. (Es waren die Abwehreinheiten der FAR, nicht von MININT, die letztlich Ochoa und die Gruppe de la Guardia entlarvten und verfolgten.)

Colomes neue Aufgabe ist es jetzt, die Ursachen des Skandals sorgfältig zu untersuchen und alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um sicherzustellen, daß so etwas nie wieder geschieht. Obwohl Dissidenten hier bemerken, daß so mehr Macht in die Hände der Castro-Brüder gelegt werde, wird es von anderen beifällig als Zeichen begrüßt, daß die Regierung es ernst meint. Interessanterweise wurde diese Ansicht auch von einigen Mitgliedern der Bush-Administration vertreten.

Rücktritte und Entlassungen von vielen anderen Funktionären, zivilen und militärischen, folgten dem von Abrantes. Die Botschaft ist klar: Korruptionspraktiken und eine ungerechtfertigte, protzige Lebensweise werden von niemandem akzeptiert. Trotz all ihrer negativen Rückwirkungen im Land und des Makels auf dem Ansehen Kubas, könnte die Angelegenheit auf lange Sicht tatsächlich positive Folgen haben, die weit über die Verfolgung und Bestrafung einer Handvoll korrupter Offiziere hinausgehen. Eine davon besteht darin, die Ernsthaftigkeit Kubas zu zeigen, wenn es sagt, daß es jede notwendige Maßnahme gegen den internationalen Drogenhandel ergreifen werde. Zusätzlich zu den Gerichtsverfahren hat die kubanische Regierung gewarnt, jedes kleine Flugzeug abzuschießen, das sich weigert, sich auszuweisen, während es die ku-

banischen Luftkorridore benutzt — eine bekannte Route für die Drogenschmuggler zwischen Kolumbien und Miami. Das könnte jedoch leichter anzukündigen als durchzuführen sein angesichts des kubanischen Mangels an ausgereifter Radarausrüstung zur Entdeckung solcher kleinen Flugzeuge. (. . .)

Der Skandal hat außerdem einer möglichen Kooperation zwischen den USA und Kuba für ein von beiden verfolgtes, vorrangiges Ziel die Tür geöffnet: für den Stopp des Drogenhandels. Während viele Funktionäre der Bush-Administration eine abwartende und beobachtende Haltung einnehmen, sagen andere, daß sie eine Anfrage an die kubanische Regierung in Betracht ziehen, zu kooperieren, indem sie die Zeugenaussagen im Prozeß Ochoa — de la Guardia einem Bundesgericht in Miami, vor dem gegenwärtig zwei der kolumbianischen Drogenhändler angeklagt sind, zur Verfügung stellt.

Diese zwei Männer wurden von den Angeklagten im Ochoa-Verfahren beschuldigt. Diejenigen, die mit dem Fall in Miami zu tun haben, sagen, es habe den Anschein, als ob die Zeugenaussagen in Havanna sehr hilfreich für die Verfolgung sein könnten. Wenn solch eine Zusammenarbeit wirklich zustandekäme, könnte dies ein wichtiger erster Schritt zur Verbesserung der immer noch frostigen Beziehungen zwischen Havanna und Washington sein.

(QUELLE: Frontline, Oakland, 28.8.1989)

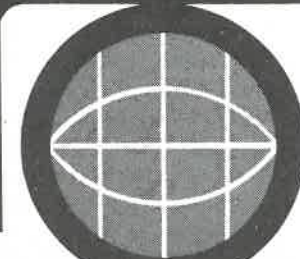
Die Stimme Nicaraguas

jede Woche
ein Heft voller

**News
Analysen
Dokumente**
aus Zentralamerika

**direkt
unabhängig
authentisch**

ANN durchbricht das
Nachrichtenmonopol



Probenummern bei:
ANN-Europa
Agencia Nueva Nicaragua
Postfach 236, 8042 Zürich

UDSSR UND DRITTE WELT

NODARI SIMONIA

Zur vormaligen sowjetischen Dritte-Welt-Politik

Realistischer denken

Die Auswirkungen der Perestroika auf die sowjetische Außen- und Dritte-Welt-Politik sind in der Diskussion (siehe Heft 8–9/1989, S. 24 ff.). Eine kritische Rückschau auf die vormalige Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik steht noch aus. Zu ihren profiliertesten Erneuerern gehört Professor Nodari Simonia, Direktor des Zentrums für Entwicklungsländer und Vizedirektor des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) in Moskau. Marjut Helminen, Chefredakteurin des „Peace Courier“ (Helsinki), befragte ihn über Fehl- und Neuorientierungen der sowjetischen Politik gegenüber den Entwicklungsländern.

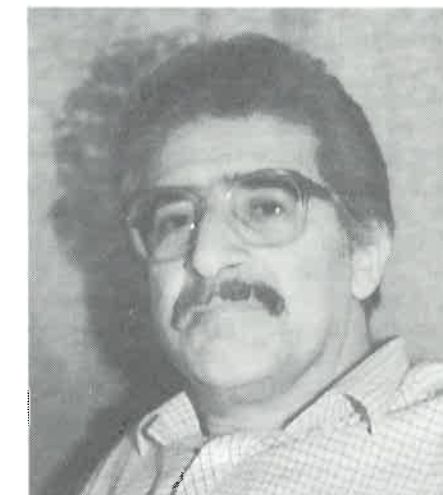
Zur Eindimensionalität der vormaligen sowjetischen Dritte-Welt-Politik:

Während der letzten zwei Jahre wurden Spekulationen laut, die Sowjetunion habe kein Interesse mehr an den Entwicklungsländern und konzentriere ihre Bemühungen ausschließlich auf westliche Länder. Das ist nicht der Fall.

Gorbatschow hat dies bereits am Beginn seiner Rede vor den Vereinten Nationen (im Dezember 1988) festgestellt. Und bereits bei seinem Amtsantritt hat er erklärt, daß unser neues Konzept darauf ausgerichtet ist, künftig die ganze Welt zu sehen und nicht nur einen Teil oder eine kleine Gruppe von Ländern in diesem Teil. Es ist wichtig, daß die Groß- oder Weltmächte mit mittleren und kleinen Staaten in Verbindung stehen, daß wir künftig mit allen möglichen Ländern, unabhängig vom Gesellschaftssystem des jeweiligen Landes, Verbindungen unterhalten.

Das haben wir zwar schon immer erklärt, aber jetzt fangen wir wirklich damit an. Denn zu Beginn war das Herangehen etwas einseitig nur auf die Annäherung an eine kleine Gruppe von sozialistisch orientierten Ländern abgestellt, wobei es nicht immer richtig war, sie so zu nennen.

Mitte der 70er Jahre setzte ich mich (als Leiter des Orient-Instituts; d. Red.) mit all diesen Problemen auseinander. Ich betonte, daß es notwendig sei, mit der Mehrzahl der Entwicklungsländer, — und nicht nur, wie es in den 50er und 60er Jahren der Fall war, mit einer ausgewählten Gruppe von Ländern —, gute Beziehungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit aufzubauen und gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln. Heute bemühen wir uns wirklich, all



diese Probleme zu lösen, und zwar nicht nur auf bilateraler Basis durch direkte Beziehungen zwischen zwei Staaten.

Dies ist natürlich die traditionelle Herangehensweise, und wir werden diese Herangehensweise nicht aufgeben. Gleichzeitig aber sehen wir, daß unsere Außenpolitik im Bereich der UNO selbst sowie der ihr angegliederten Organisationen aktiver gestaltet werden muß.

Zum neuen Denken als realistischem Denken:

Wir sprechen immer von Atomwaffen, doch die wirkliche Gefahr stellen heute diese Konflikte dar. Während der vergangenen 10, 15 Jahre gab es eine recht deutliche Tendenz zur Ausweitung dieser Konflikte auf allen Ebenen.

Doch kann man sagen, daß heute aufgrund des neuen Herangehens, des neuen



Der „Held der Republik“ Ochoa begrüßt wenige Tage vor seiner Verhaftung Rückkehrer aus Angola

sche Güter, Computer und andere Produkte, die von der Blockade berührt sind, hineinbringen. (. . .)

Escalonas erster Angriffspunkt war der nicht genehmigte Handel mit kubanischen Produkten gegen Diamanten, Gold, Elfenbein und Dollars, den General Ochoa und seine Untergebenen betrieben, als er Chef der kubanischen Militärmission in Angola war. Das Einstreichen von Kommissionen für Geschäfte mit Ländern, die Kubas Verbündete seien, und sich in Schwarzmarktverhandlungen um Nahrung oder Waffen mit ihnen einzulassen, so führte er aus, könnten Kubas Beziehungen mit befreundeten Ländern wie Angola und Nicaragua, wo diese Taten begangen wurden, ernsthaft schaden. (. . .)

Aber ganz offensichtlich war der Drogenhandel der wirklich wunde Punkt — eine Sache, auf deren Beseitigung nach der Überwindung der Diktatur Batistas die kubanische Regierung stolz war, und die sie immer hochgehalten hat als ein Zeichen ihrer revolutionären Reinheit. Fast alle ihre anderen Verbrechen hätten vielleicht keine weiteren Folgen als ihre Absetzung von ihren Posten gehabt. Aber Drogen sind für die KubanerInnen seit langem ein kritisches Thema, da sie mit ihnen ihre Herabwürdigung verbin-

deckt hatten, daß sie ihre Aktivitäten im Namen der kubanischen Regierung ausübten.

Obwohl Ochoa und andere während der Verhandlungen zugaben, sie hätten weder Vergeßzettel informiert noch selbst geglaubt, daß sie eine genehmigte Tätigkeit ausübten, als sie ihre Aktivitäten in den Bereich des Drogenhandels ausweiteten, war die Position der Regierung folgende: „Was, wenn nicht wir, sondern der Feind euch gefangen hätte? Wer hätte dann geglaubt, daß diese Handlungen nicht von den höchsten Rängen der kubanischen Regierung eingeleitet oder abgesegnet waren?“

Außerdem setzten die Drogenaktivitäten das Land einer wirklichen Gefahr aus. Angenommen, die CIA beobachtete die Vorgänge (wenn sie nicht gar die Kubaner geködert hatte, sich am kolumbianischen Drogengeschäft zu beteiligen, um ihnen eine Falle zu stellen), so argumentierte die Regierung, dann wäre der gesamte militärische Verteidigungs- und Sicherheitsapparat des Landes verwundbar geworden. Dies, wenn die CIA irgendwann führende Leute wie Ochoa und de la Guardia mit Hinweis auf ihre Drogengeschäfte erpreßt hätte. (. . .)

Die weitreichenden Aspekte dieses Skandals plagen die meisten KubanerInnen

Denkens, über das wir ständig sprechen, bereits einige erfreuliche Erfolge beim Konfliktabbau zu verzeichnen sind. Es ist wirklich ein neues Denken, weil es der Realität Rechnung trägt. Dieses neue Denken ist einfach realistisches Denken, nichts weiter.

Während der Breschnew-Ära und auch während der Chruschtschow-Ära handelte es sich nicht um ein klassenmäßiges Herangehen, sondern um ein quasi klassenmäßiges Herangehen. Tatsächlich wurde das Vorgehen bestimmt von einer nur in den Köpfen existierenden Realität, die es in Wirklichkeit gar nicht gab, so von einer nur ein- gebildeten Übereinstimmung von Kräften. Und aufgrund falscher Einschätzungen der realen Situation in der Welt, des revolutionären Prozesses und der Lage in konkreten Ländern wurde eine Unzahl von Fehlern gemacht.

Meiner Meinung nach sind wir ferner zu oft den Vereinigten Staaten gefolgt. Dafür gibt es Beispiele. Wir haben dies nie zugegeben, aber in Wirklichkeit war es so. Denn wenn die USA uns etwas aufdrängten, dann haben wir darauf reagiert. . . Wir waren abhängig. Wir versuchten so zu handeln, daß wir ihnen ebenbürtig waren. Aber ebenbürtig worin und wozu? Sicherheit war nicht wirkliche Sicherheit.

Zur Korrekturbedürftigkeit der UdSSR-Beziehungen zu den Entwicklungsländern:

Wir korrigieren unser Herangehen und unser Verständnis dessen, was Entwicklungsländer brauchen. Denn gelegentlich haben wir in großem Maßstab mit diesem oder jenem Land eine Zusammenarbeit entwickelt, die nicht unbedingt immer effektiv war. Ich möchte damit nicht die tatsächliche historische Bedeutung unserer Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern leugnen. Sie ist wirklich historisch bedeutsam und nicht nur Propaganda.

Daß die Sowjetunion während der Chruschtschow-Ära Mitte der 50er Jahre ihre Zusammenarbeit mit einigen Ländern in Asien und Afrika begonnen hat, war wirklich historisch bedeutsam. Warum? Nicht wegen des Umfangs der Hilfe oder der Zusammenarbeit, nicht, weil es etwas Ungewöhnliches war. Wir haben mit dieser Art von Politik sofort nach 1917 begonnen. Natürlich unterschieden sich unsere Möglichkeiten damals von später.

Es war historisch bedeutsam, weil wir es waren, die nach dem Ende des 2. Weltkriegs mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit begannen, und nicht die USA oder Westeuropa. Die USA verfolgten eine Politik der militärischen Zusammenarbeit und des Rüstungsexports in diese Länder. Für wirtschaftliche Zwecke stellten sie nur sehr geringe finanzielle Mittel zur Verfügung, und auch nur an Länder, die bereit waren, Militärhilfe anzunehmen.

Erst nachdem wir uns zu Wort gemeldet hatten, nachdem wir unsere Pläne zur Zusammenarbeit auf den Tisch gelegt und Abkommen mit Indien, Sri Lanka, Indonesien,

Ägypten usw. unterzeichnet hatten, erst da sahen sich die USA gezwungen, ihre Politik zu ändern. Und erst da begannen sie, immer mehr Geld für wirtschaftliche Zusammenarbeit bereitzustellen.

Wir haben sie also dazu gezwungen. Wir haben den Entwicklungsländern nicht nur in absoluten Zahlen geholfen, sondern auch indirekt. Gleichzeitig sehe ich aber sehr kritisch, wie wir dies zuweilen taten. Wir hatten ja keine Erfahrung, wir waren keine Kolonialmacht mit Kolonien in Afrika, Asien oder Lateinamerika, wir hatten keine Beziehungen zu diesen Ländern, kannten die soziale, ökonomische, politische Kultur in diesen Ländern nicht richtig, wußten über die jeweiligen Traditionen nicht Bescheid. . .

Wir fingen einfach an. Zwar wollten wir eine außerordentlich gute Politik machen, doch fehlten uns dafür die wissenschaftliche Grundlage oder die nötigen Kenntnisse. Da konnte es nicht ausbleiben, daß wir eine Menge Fehler machten. Z.B. in den 60er Jahren. Wir begannen mit dem Bau von Dämmen oder Straßen auf dem indonesischen Teil der Insel Borneo. Ich vermag hier in Moskau keine gute Straße zu sehen, und da begannen wir mit dem Straßenbau in Indonesien! Dann wollte Sukarno ein Stadion, und wir begannen ein riesiges Stadion, wie wir es hier in Moskau haben, zu bauen. Auch das war eine merkwürdige Angelegenheit. Im Land herrschte Hunger, es fehlte an Nahrungsmitteln und allem, und Sukarno verfolgte eine äußerst abenteuerliche Politik. Und wir bauten solche Sachen, gaben unser Geld und sein Geld aus. Das war ein großer Fehler.

Es war eine utopische Vorstellung, daß wir diesen Staaten durch eine Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit helfen könnten, in naher Zukunft sozialistische Länder zu werden. Diese Art utopischen Herangehens war in den 50er und den 60er Jahren vorherrschend, und es war töricht, weil man die sozialen Bedingungen in diesen Ländern nicht ignorieren kann. Man muß berücksichtigen, daß diese Länder nicht nur für den Sozialismus noch nicht reif waren, sondern vielfach noch nicht einmal für einen Übergang zu einer kapitalistischen Entwicklung.

Auch die USA scheiterten in den 50er und 60er Jahren, weil sie ein Konzept der klassischen Industrialisierung, der „Verwestlichung“ anstrebten – nicht nur eine Modernisierung, sondern eine bestimmte Art von Modernisierung. Auch das war ein törichtes, weil unmögliches Unterfangen. Sie ignorierten, daß alle diese Länder zumindest teilweise in ihren Traditionen verankert sind. Einige sind sogar sehr tief verankert, wie der Iran mit der Grünen Revolution oder Afghanistan der Sowjetunion gezeigt haben.

Man kann nicht die eigentliche soziale Grundlage dieser Länder außer acht lassen. Es war eine Illusion auf beiden Seiten – auf seiten der westlichen wie der sozialistischen Länder – zu glauben, sie könnten durch Kooperation diese Länder entspre-

chend ihren Regeln und Vorstellungen von gesellschaftlicher Entwicklung verändern.

Zur erhöhten Rolle von UNO, Nichtpaktgebundenen:

Meiner Meinung nach ist der globale Lösungsbedarf der Grund, warum Gorbatschow heute die Rolle der Vereinten Nationen und der mit ihnen verbundenen Organisationen so hervorhebt. Sie sind sehr wichtig, weil innerhalb dieser Organisationen die Entwicklungsländer die Mehrheit bilden und auch die sozialistischen Länder darin vertreten sind. Zudem gibt es dort auch einige kapitalistische Länder wie Schweden oder Finnland, die zwar nicht groß, aber dennoch einflußreich sind aufgrund der Errungenschaften in ihren jeweiligen Ländern und der besonderen Modelle, die sie vorschlagen, welche sich von denen Japans oder der USA unterscheiden.

In dieser Art von Organisation ist es – vielleicht noch nicht heute, aber nach einigen Kämpfen in einigen Jahren – möglich, zu einer neuen Ordnung zu gelangen, zu einer neuen Weltordnung, neuen zwischenstaatlichen Beziehungen zur Lösung der globalen Probleme. Wenn wir lediglich versuchen, eine Art künstliches Bündnis herzustellen – wir und die Entwicklungsländer gegen den Imperialismus, wie dies in früheren Jahren der Fall war –, so ist dies nicht effektiv oder nützlich.

Es führt schlicht zu Konflikten, spitzt diese Konflikte zu und macht ihre Lösung schwieriger. Setzen wir aber auf solche Organisationen und zeigen wir uns bei der Lösung dieser Probleme kompromißbereit, kann dies schon in naher Zukunft zu Ergebnissen führen.

Alle diese Organisationen spielen eine äußerst wichtige Rolle. Natürlich haben auch sie sich in ihrem Wesen verändert, insbesondere die Bewegung der Nichtpaktgebundenen, denn sie war ja ursprünglich eine antikolonialistische Bewegung. Heute indes, da die historische Aufgabe der Befreiung vom Kolonialismus nahezu vollendet ist, da es, insbesondere nach der in aller nächster Zeit bevorstehenden Lösung des Namibia-Problems, nur mehr winzige Überreste von Kolonialismus gibt, stehen neue Aufgaben an, und die Nichtpaktgebundenenbewegung ist bereits dabei, ihre Orientierung auf neue Aufgaben zu lenken, und zwar auf die Aufgabe, der auch wir uns verschrieben haben: der Durchsetzung von Frieden und Abrüstung.

Vielleicht ist es nicht der ganz richtige Begriff, wenn wir sie als „unsere natürlichen Verbündeten“ bezeichnen, aber im Kern kämpfen wir objektiv wirklich für das gleiche Ziel. Ich kann also sagen, die Nichtpaktgebundenen sind nicht neutral, von ihnen gehen sehr positive Impulse für äußerst wichtige globale Lösungen aus. Das bedeutet auch, daß sie eine sehr aktive Kraft sind, die nicht nur neutral abwartet. Sie sind aktiv, und wir sind ebenfalls aktiv. Es besteht also eine Art Bewegung von beiden Seiten hin zur Einheit.

WELTWIRTSCHAFT

MICHAEL VOREGGER

Pariser Gipfel der sieben Westmächte

Die Schuldenkrise wird verwaltet

Das diesjährige Treffen der Vertreter der sieben reichsten Nationen der Welt (BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA), das am 14./15. Juli d.J. in Paris stattfand, fiel zusammen mit dem 200. Jahrestag der Französischen Revolution. Das bedeutet allerdings nicht, daß in Anbetracht dieses Ereignisses mit umwälzenden Ergebnissen des Pariser Gipfels zu rechnen gewesen wäre.

Neben der ritualisierten Rhetorik – Bekenntnis zum freien Welthandel, Ablehnung protektionistischer Maßnahmen und Erklärungen zu Drogenhandel und Terrorismus – standen neue Anstöße zum verbesserten Umweltschutz und zum Abbau der Dritte-Welt-Schulden auf der Tagesordnung. (1) In Paris sollten der Öffentlichkeit erste Ergebnisse der auf der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank formulierten neuen Schuldenstrategie präsentiert werden.

Diese Konzeption, nach dem US-amerikanischen Finanzminister Brady-Plan genannt, richtet sich an die Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen, die sog. Schwellenländer. Ihnen soll ein Teil der Gesamtschuld bei den privaten Geschäftsbanken erlassen werden. Testfall für dieses Vorgehen ist Mexiko. Die Verhandlungen konnten jedoch nicht wie vorgesehen bis zum Pariser Gipfel abgeschlossen werden. Mexiko ist einer der lateinamerikanischen Großschuldner mit insgesamt 108 Mrd \$ Schulden (2).

Wie in der Vergangenheit war auch der diesjährige Weltwirtschaftsgipfel kein Forum für konkrete Beschlüsse. Die selbst gestellten drei großen politischen Herausforderungen – Sicherung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums, Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und die „Wahrung der Schöpfung“ (Helmut

Kohl) – blieben ohne Antworten. (3) Die Abschlusserklärung der sieben Industrienationen kommt über einen rein appellativen Charakter nicht hinaus.

Trotz der Dürftigkeit konkreter Ergebnisse sind Tendenzen erkennbar geworden, die Verschiebungen im Gefüge der Industrieländer verdeutlichen, und die die weitere internationale Entwicklung dominieren werden. Die USA haben ihren Widerstand gegen eine Erhöhung der japanischen Quote bei IWF und Weltbank aufgegeben, so daß die Bedeutung der japanischen Ökonomie, deren Geschäftsbanken den Großteil der Verbindlichkeiten gegenüber der Dritten Welt halten, nun auch in größeren Einfluß bei den internationalen Finanzagenturen mündet. (4) Hier manifestiert sich nicht nur die ökonomische Bedeutung Japans, sondern auch der zunehmende Machtverlust der Hegemonialmacht USA.

Die beschlossenen Hilfsprogramme für Polen und Ungarn folgen der Logik einer notwendigen Anbindung der sozialistischen Länder an den Westen und deren weiterer Integration in den Weltmarkt. Der demokratische Reformprozeß soll in beiden Ländern durch wirtschaftliche Hilfen unterstützt werden, und im Fall Polen wurden Nahrungsmittelhilfen als notwendig erachtet. Außerdem erklärten die Gipfelteilnehmer, daß sie im Pariser Club der westlichen Gläubiger für „eine zügige, flexible und ent-

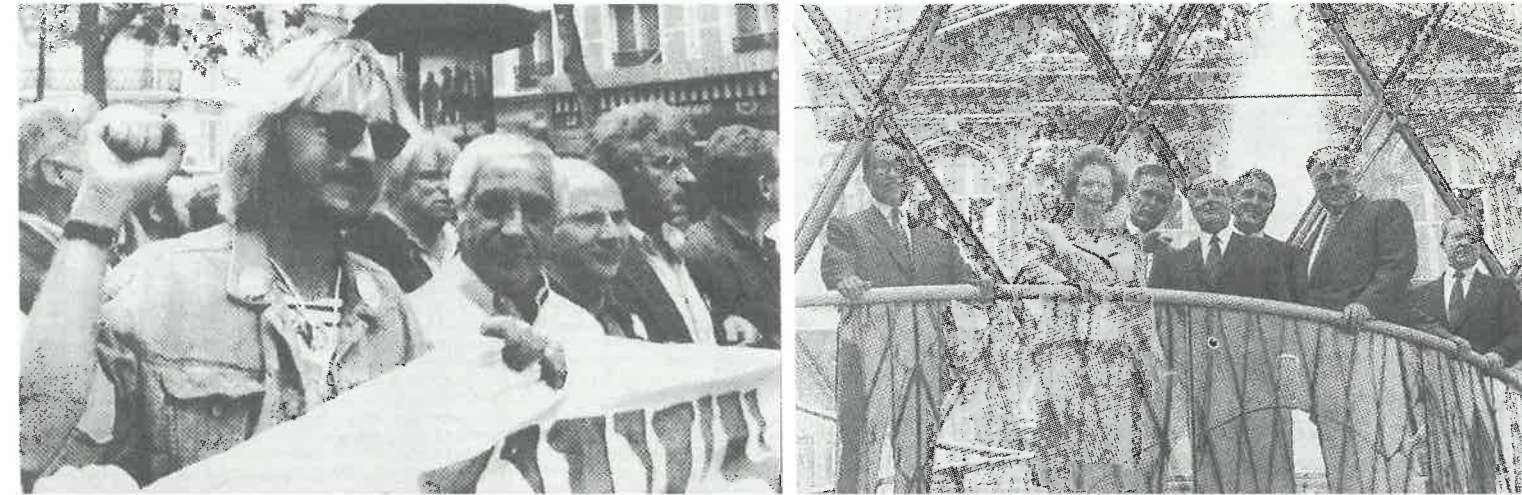
gegenkommende“ Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten in Höhe von 39 Mrd \$ eintreten. (5)

Interessant ist in diesem Kontext auch der Brief Michail Gorbatschows an die Gipfelteilnehmer, in dem er ihnen „eine ökonomische Partnerschaft auf einem qualitativ neuen Niveau und einen umfassenden Ausbau der weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ anbot. (6) Eine gemeinsame Verantwortung für die Weltwirtschaft – auch seitens der UdSSR – wurde besonders betont. Das Angebot zur Kooperation, was eine mögliche Teilnahme an einem Weltwirtschaftsgipfel miteinschließt, ist bedeutsam vor dem Hintergrund der Diskussion in der UdSSR über die Frage der Mitgliedschaft im IWF und der Weltbank.

Abschließend lassen sich folgende Punkte festhalten, die den Pariser Gipfel geprägt haben: die Interessen Frankreichs, die Initiative der UdSSR, die besondere Bedeutung der EG-Kommission und die offizielle Anerkennung des Brady-Plans.

Der Gastgeber des Gipfels, der diesen Anlaß nutzen wollte, um sich als Vertreter der Interessen der Dritten Welt zu präsentieren, konnte nur geringen publizistischen Erfolg verbuchen. Dazu war die Kritik an Mitterrand in Frankreich zu stark, und zu deutlich wurde die Initiative zu einem neuen Nord-Süd-Dialog von Indien, Venezuela, Ägypten und Senegal, die er mitgetragen

Die Demonstration vom 8. Juli gegen den Wirtschaftsgipfel wurde vom gesamten Spektrum links der Sozialisten unterstützt; Gipfelteilnehmer (v.l.n.r.): S. Uno, M. Thatcher, G. Bush, F. Mitterrand, M.B. Mulroney, H. Kohl, J. Delors



Der andere Wirtschaftsgipfel Neue Schritte zu einer Gegenbewegung



„Gegen das Europa der Polizei und der Reichen“

Aus Anlaß des Gipfels der sieben reichsten Nationen (G-7) und seiner Verknüpfung mit den pompösen Revolutionsfeierlichkeiten fanden in Paris eine Reihe von internationalen Gegenveranstaltungen mit großer Resonanz statt. Dazu zählte „The Other Economic Summit“ (der andere Wirtschaftsgipfel; TOES) mit über 3000 TeilnehmerInnen und der „Gipfel der sieben ärmsten Länder“. Alain Lipietz, einer der OrganisatorInnen, bilanziert die Aktivitäten.

Der fünfte andere Gipfel seit dem Londoner TOES stellt einen entscheidenden qualitativen Schritt nach vorne dar. Hunderte Menschen, die ihre ursprünglich dezentralen Initiativen mit Hilfe von Minitel (dem französischen Mail-box-System) koordinieren, hatten den Gipfel monatelang vorbereitet, und tausende Männer und Frauen beteiligten sich an den Debatten. Der andere Gipfel ist deshalb nicht länger das Reservat der SpezialistInnen, sondern zu einem Forum der gesamtgesellschaftlichen Debatte geworden.

Die Dynamik begann in Berlin, wo die Internationale Liga für die Rechte und die Befreiung der Völker anlässlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank (im letzten September) ein Tribunal organisierte, und führte zum alternativen Gipfel in Paris. Dort brachte der erstmals durchgeführte Gipfel der sieben ärmsten unter den armen Ländern einen spektakulären Fortschritt. Der andere Gipfel ist keine Eintagsfliege mehr, die den G-7-Gipfeltreffen von Land zu Land folgt: Er wurde zu einer dauerhaften internationalen Bewegung, die fähig ist, auf jede bedeutsame Entscheidung der „reichen Länder“ zu antworten.

Der offene Brief an die G-7, den Dutzende internationaler Persönlichkeiten unterzeichneten, und die Mobilisierung in Frankreich, die auf der Demonstration am 8. Juli (200.000 TeilnehmerInnen) einen Höhepunkt erreichte, haben die Gruppe der Sieben gezwungen, die Forderung nach Strei-

chung der Schulden der Dritten Welt und die ökologische Schuld des Nordens gegenüber dem Süden zur Kenntnis zu nehmen. Die Bewegungen, die im Gefolge der Demonstrationen von Berlin in TOES zusammengefloßen sind, üben nicht mehr nur heftige Kritik an der willkürlichen Arroganz der Mächtigen dieser Welt. Eine weltweite öffentliche Meinung bildet sich heraus, die heute schon in der Lage ist, Druck auf die Entscheidungen der reichen Länder auszuüben.

Diese dauerhafte öffentliche Weltmeinung, die Expertise und Engagement miteinander verknüpft und deshalb fähig ist, diejenigen, die als „mächtig“ betrachtet werden, zu beeinflussen, kann und muß jetzt einen weiteren Schritt nach vorne machen. Sie kann dies nach dem Erfolg dieses Gipfels. Sie muß dies tun, um der Institutionalisierung der internationalen Koordination der reichen Länder Widerstand entgegenzusetzen.

Konfrontiert mit dem Establishment einer internationalen Aristokratie, muß sich der dritte Stand der Welt von heute in dauerhaften Formen organisieren und sich selbst ein Beobachtungszentrum schaffen, das die Konsequenzen der G-7-Treffen, des IWF und der internationalen Technokratie insgesamt auswertet und überwacht. Doch was ist der internationale dritte Stand heute? Nichts. Was muß er werden? Alles! (QUELLE: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Frankfurt/M., 31.7.1989)

hat, von Margaret Thatcher und George Bush abgeblockt. (7)

Die EG-Kommission kann mit dem Verlauf des Gipfels mehr als zufrieden sein, denn sie war nicht nur durch ihren Präsidenten Jacques Delors auf den Fototerminen präsent, sondern sie hat auch an politischem Einfluß gewonnen. Dies äußert sich darin, daß die Kommission vom Gipfel mit der Koordination der Hilfsmaßnahmen für Ungarn und Polen beauftragt wurde. Aus dem Gipfel der Sieben ist ein Gipfel der Acht geworden.

Der Brady-Plan stellt sicherlich eine Wende in der Verwaltung der Schuldenkrise dar, denn hier wird die Notwendigkeit einer Verminderung der Schulden erstmals offiziell anerkannt. Allerdings hält er an den Kernelementen der bisherigen Konzeption, wie Einzelfallbehandlung, Konditionalität und Weltmarktorientierung, fest. Zu einer umfassenden Lösung der Krise trägt er nicht bei, da zum einen nur ausgewählte Schuldner – in erster Linie Schwellenländer – in den Genuß der Schuldenerleichterung kommen, und zum anderen die Finanzierung und Umsetzung nach wie vor unklar sind.

Die grundsätzliche Einigung der 500 Gläubigerbanken mit Mexiko, die kurz nach dem Gipfel erfolgte, scheint dies mehr als zu bestätigen. Die im Brady-Plan enthaltene Option, 35 % der erhaltenen Kredite zu erlassen, stand in diesem Fall nicht zur Debatte. Es geht hier vielmehr um Verfahren der Zinsreduktion, d.h. Umwandlung alter Kredite in solche mit 30 Jahren Laufzeit und reduzierten Zinsen oder Vergabe neuer Kredite von jährlich 3 Mrd \$ über vier Jahre zu niedrigen Zinssätzen.

In Mexiko wurden die vom IWF verordneten Anpassungsmaßnahmen konsequent durchgeführt, was bedeutet: Abbau der Importschranken, Abwertung des Peso, zwei Drittel der Staatsbetriebe wurden verkauft oder geschlossen und ausländische Investitionen stark erleichtert. Die Anpassung ist verbunden mit sinkendem Lebensstandard und weitgehender Verelendung der Bevölkerung – von 82 Mio MexikanerInnen leben 30 Mio in absoluter Armut. Die internationalen Finanzagenturen spre-

chen hier auch von den sozialen Kosten der Anpassung.

Für die beteiligten Geschäftsbanken ist die Angelegenheit von Vorteil. Denn die Zinszahlungen werden durch einen Garantiefonds von 7 Mrd \$ gesichert, an dem sich vor allem die USA und Japan beteiligen. Die Sicherheit ist gewährleistet, so daß die Gefahr eines Zahlungsstopps gebannt und die Notwendigkeit der Kreditabschreibung nicht gegeben ist.

Die positiven Auswirkungen für Mexiko sind weitaus geringer, da allein die Zinssteigerungen für das Jahr 1988 finanzielle Probleme schufen, welche über den Umfang des Brady-Plans weit hinausgehen. Die zusätzliche Mehrbelastung von 70 Mrd \$ für die kommenden fünf Jahre wird durch das

Abkommen lediglich reduziert. Bei den weiter steigenden Zinsen werden zwei Klassen von Schuldnern geschaffen: diejenigen, die in den Genuß der Erleichterung kommen – vorgesehen sind Brasilien und Venezuela – und andere, die mit steigendem Schuldendienst konfrontiert werden. (8)

Die Möglichkeit des Schuldenerlasses wird zwar erwähnt, findet aber keine Anwendung. Was eine zukünftige Realisierung ermöglichen könnte, ist auf dem Gipfel bereits angesprochen worden, eine Änderung der Steuergesetzgebung nach bundesdeutschem Vorbild. Das bedeutet, es soll den Banken ermöglicht werden, unsichere Kredite steuerlich abzuschreiben. Von Sozialisierung der Verluste kann bei den Gewinnen, die die Banken mit der Verschul-

dung machen, hier wohl nicht gesprochen werden.

Es scheint durchaus legitim, von einer konzeptionellen Wende in der Verwaltung der Schuldenkrise zu sprechen. Von einer Wende in der Bewältigung der Schuldenproblematik der Dritten Welt kann nicht die Rede sein.

Michel Voregger, Gelsenkirchen, ist Mitarbeiter von DRITTE WELT

Anmerkungen

- 1) Vgl. Handelsblatt, Düsseldorf, 13.7.1989
- 2) Vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 17.7.1989
- 3) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 18.7.1989
- 4) Vgl. die tageszeitung (taz), West-Berlin, 17.7.1989
- 5) Frankfurter Rundschau (FR), 17.7.1989,
- 6) FR, 17.7.1989,
- 7) Vgl. SZ, 17.7.1989
- 8) Vgl. taz, 9.8.1989

Abschlußerklärung

Der Gipfel der sieben ärmsten Länder

Am 14./15. Juli d.J. fand in Paris parallel zum Treffen der Westmächte der Gipfel der sieben ärmsten Länder statt. Organisiert von den französischen Organisationen CEDETIM und „Agir Ici“ sowie der Internationalen Liga für die Rechte und die Befreiung der Völker unter Vorsitz des Friedensnobelpreisträgers Adolfo Perez Esquivel, nahmen daran sieben ZeugInnen und VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen aus Haiti, Burkina Faso, den Philippinen, Mosambik, Bangladesh, Zaire und Brasilien (Amazonien) teil. Wir dokumentieren die gemeinsame Abschlußerklärung.

Aus Anlaß des 200. Jahrestages der französischen Revolution haben sich sieben Zeugen aus den ärmsten Völkern der Welt in Paris getroffen, genauso wie die Vertreter der sieben reichsten Länder es taten. Die einen wie die anderen legitimieren ihr Treffen aus dem historischen Ereignis der Revolution. Aber diese Rechtfertigungen sind gegensätzlich. Denn wenn die französische Revolution das Feld des modernen Kapitalismus bereitet hat, so hat sie doch gleichzeitig die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit proklamiert und damit das Recht der Ärmsten zum Kampf gegen das Elend und die Unterdrückung begründet.

200 Jahre nach der Erstürmung der Bastille durch die Ärmsten von Paris ist der Gegensatz zwischen arm und reich, zwischen den Mächti-

gen und den Marginalisierten weltweit geworden. Die Einkommensunterschiede werden größer, und damit auch die ungleichen Voraussetzungen für Entwicklung. Dort, wo Demokratie verfassungsmäßig anerkannt ist, wird sie oft nur fiktiv praktiziert, während Gewalt und Unterdrückung im größten Teil der Welt vorherrschen.

Der Nord-Süd-Widerspruch ist möglicherweise die größte Gefährdung für die Zukunft. Die Entwicklung der sieben Großen gründet sich vor allem auf der Ausbeutung und Aufteilung eines großen Teils der Welt, dem diese sieben ihre Technologie, ihren Typ von Zivilisation und ihr Modell vom Konsum aufdrängen.

Darum berufen wir uns auf die Erklärung der universellen Rechte der Völker, die am 4.7.1976 in Algier proklamiert wurde, und erklären feierlich, daß wir den „Großen“ der Welt das Recht absprechen, die Botschaft der französischen Revolution heute für sich zu vereinnahmen. An diesem Tag, an dem wir die Freiheit feiern, halten wir es für heuchlerisch und sogar für selbstmörderisch, von Gerechtigkeit und Wohlergehen zu sprechen, während die Welt in Ungleichheit versinkt und die Völker massiv marginalisiert werden.

Wir, Staatsbürger von sieben Völkern, die zu den ärmsten der Welt gehören, sind uns voll und ganz bewußt, daß eine solche Situation das Schicksal aller bedroht, ob arm oder reich. Wir wissen, daß Energien und Rohstoffe existieren, um diese tragische Trennung zwischen Gleichheit und Freiheit zu beenden. Wir wollen präsent sein bei diesen Feiern zum 200. Jahrestag der Revolution, zur gleichen Zeit, wie die sieben Reichen. Wir verweigern diesen sieben das Recht, allein im Namen der ganzen Welt zu sprechen und über die gesamte Menschheit zu entscheiden. Die Reichen diskutieren die Probleme der Welt in Abhängigkeit von ihren eigenen Interessen, aber

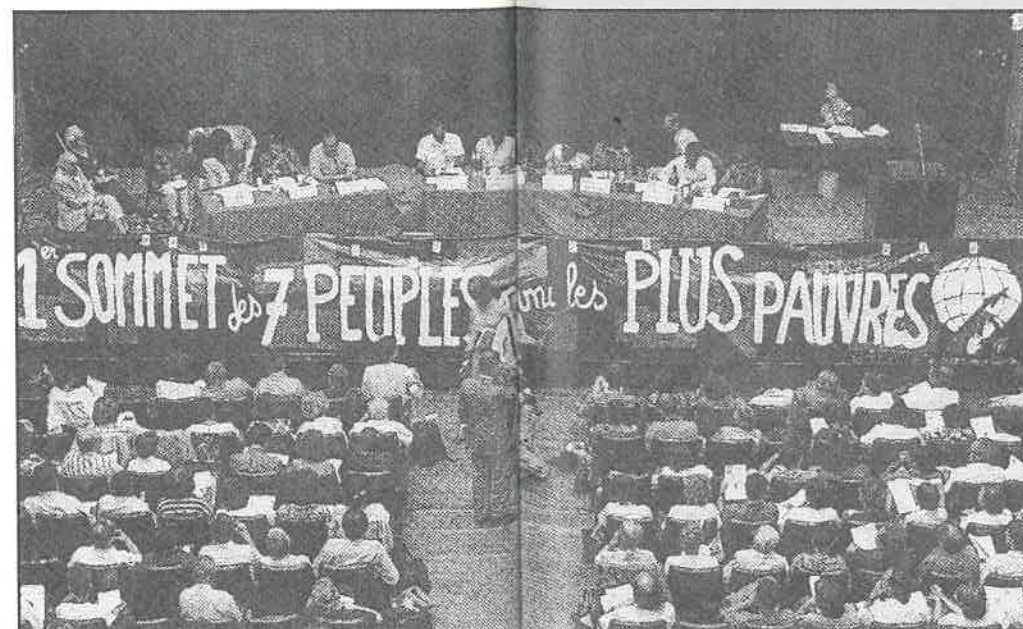


ihre Entscheidungen haben eine direkte Auswirkung auf die anderen Völker. Obwohl sie vom Entscheidungsprozeß ausgenommen sind, sind sie die ersten Betroffenen.

Man feiert in diesen Tagen das Prinzip der Gleichheit, aber ihm wird ganz eklatant durch das internationale System widersprochen, das die Entscheidungsbefugnisse an Reichtum bindet. Wir weisen zurück, daß man uns Demokratie predigt und die Art und Weise ignoriert, in der die internationale Gesellschaft organisiert ist.

Dieses Problem der internationalen Demokratie ist um so dringlicher, als der Prozeß der technisch-ökonomischen Internationalisierung eine Situation der gegenseitigen Abhängigkeit schafft, der sich kein Volk, selbst das isolierteste, entziehen kann. Die Völker, selbst formell unabhängige, verlieren mehr und mehr die Macht zur Selbstbestimmung. Die Entscheidungen in ihren eigenen Hauptstädten zählen sehr viel weniger als die, die in Tokyo, London, New York oder Frankfurt gefällt werden. Das ist die Kehrseite der Abhängigkeiten, die uns heute als positiv dargestellt werden. Kein Volk kann das Los der anderen Völker ignorieren und sich davon lossagen. Aber dieses Schicksal wird bestimmt durch eine Handvoll von Reichen und Mächtigen. Wir erinnern nur daran, daß im letzten Jahrzehnt die Entscheidungen zum Weltwährungssystem, zur Re-

1. Gipfel der sieben ärmsten Länder am 14./15. Juli in Paris



gelung der internationalen Schulden, zum weltweiten Handelsausgleich und zu den Regeln für technische Leistungen im Rahmen der jährlichen Gipfeltreffen der sieben Reichen gefällt wurden.

Wir verurteilen das Entscheidungsmonopol der Reichen, aus Prinzip, wegen seines antidemokratischen Charakters, aber genauso wegen seiner konkreten Auswirkungen. Die Reichen wollen, daß das System wieder in Schwung kommt, daß der Profit wiederhergestellt wird. Sie zwingen die Armen, diesen Ansatz nicht zu behindern, selbst wenn er die Ungleichheiten verschlimmert. Sie behaupten, daß die Ärmsten auf die Dauer auch ihren Vorteil davon haben werden, Dank des Erfolges der Stärksten.

Es ist richtig, daß dieses System Reichtümer geschaffen hat, wie es sie in der Geschichte noch nicht gegeben hat. Aber es hat ebenfalls noch nie dagewesene Armut und Leid geschaffen. Der Abstand ist bereits unerträglich, da in den armen Ländern das Pro-Kopf-Einkommen ein Hundert-

reits zu Hungeraufständen geführt, die die großen „modernen“ Städte wie Caracas oder Santo Domingo verwüsteten. Die neue Armut der Massen kann nur zu Phänomenen wie Rückschritt und Degeneration führen, die nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch im Norden zu einer Spirale der Unterdrückung und des Krieges führt.

Die Hoffnung, alle diese Probleme mit den traditionellen Mitteln der Entwicklungshilfe behandeln zu können, wie es die Gruppe der sieben Reichen macht, also die Weigerung des Nordens, das Modell von Entwicklung und der Lebensart, der Produktionsweisen, des Konsums und der Denkweise in Frage zu stellen, ist nicht nur zynisch, sondern blind und sinnlos.

Die Realität zwingt Reiche wie Arme, den direkten Zusammenhang zwischen Wohlstand und Entwicklung neu zu bedenken. Dies ist umso wichtiger, da die Schädigung der Umwelt zeigt, daß es unmöglich ist, das herrschende Modell auf die ganze Welt auszudehnen. Ein gnadenloser

stellt wird. Die Schulden sind Ausdruck der Zwangsintegration in die Weltfinanz- und -wirtschaftsordnung. Die Schuldenkrise ist Konsequenz einer Strategie, die wir uns nicht ausgesucht haben.

Unter Berufung auf das Urteil des Tribunals der Völker von Berlin 1988 über die Internationalen Schulden verlangen wir vom Generalsekretär der Vereinten Nationen:

- unverzüglich eine außerordentliche Konferenz aller Gläubiger- und Schuldnerländer einzuberufen, um eine politische, nicht nur buchhalterische Lösung zu finden und die Bedingungen der Durchführung des Schuldenerlasses zu klären.

- über diese Maßnahmen hinaus eine Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einzuberufen, die grundsätzlich die Regeln revidiert, die die internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen beherrschen. Regeln, die vor über fünfzig Jahren aufgestellt wurden und die die Realität der Dritten Welt verkennen.

- das Verbot der Verwendung von internationalen Krediten für Waffenkäufe. Die Chance, die durch die Abrüstungsverhandlungen gegeben ist, muß genutzt werden, und die Ersparnisse sollten für Maßnahmen zugunsten der Entwicklung der Völker verwendet werden.

- daß Vorarbeiten zur Einrichtung eines „Energieverbrauchskontrollsystems“ gemacht werden, das in der Lage ist, die Entwicklung von Produktions- und Konsumweisen zu verhindern, die sich als zerstörerisch für die Natur und Gesellschaften erwiesen haben.

- Wir sind bereit, eine unabhängige Auswertungsgruppe einzurichten, die systematisch die Entscheidungen der sieben Reichen und deren Umsetzung in praktische Politik überprüft. Diese Arbeit evaluiert die Konsequenzen der Entscheidungen für die Lebensbedingungen der Völker, besonders für die Ärmsten.

- Wir sind überzeugt, daß eine radikale Revision des Modells der Entwicklung, das der Norden dem Süden aufzwingt, nötig ist. Dies auch im Interesse des Nordens, nicht nur des Südens. Jedes Modell von Entwicklung muß die Menschenwürde, die politischen Freiheiten, die Umwelt, die Identität, die fundamentalen Werte und Bedürfnisse der verschiedenen Völker achten; den Frauen dieselben wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten einräumen wie Männern und eine gleichmäßige Aufteilung der Ressourcen und der Macht auf allen Gebieten zum Ziel haben.

Wir verweigern die Mildtätigkeit für Millionen von Menschen, die für ihre Würde kämpfen. Unsere Anerkennung finden wir in diesem Kampf. Er ist von der gleichen Art, wie der, der von der Erstürmung der Bastille zur Erklärung der Menschenrechte geführt hat. Wir wollen eine Demokratisierung der Entscheidungsinstanzen.

Der Aufstand der Armen auf dem Platz der Bastille vor 200 Jahren bestätigte die unabwiesliche Notwendigkeit, das politische System Frankreichs radikal zu ändern. Der Aufstand der ärmsten Länder und Völker auf der Weltbühne bestätigt heute die unabwiesliche Notwendigkeit, das internationale Wirtschafts- und Finanzsystem zu ändern in der Weise, daß die Entscheidungen, die die ganze Welt betreffen, nicht länger von einer Minderheit reicher Länder getroffen werden, sondern im Einverständnis mit der Gemeinschaft der Völker der Welt.

Paris, den 15. Juli 1989

(QUELLE: epd-Entwicklungspolitik: Aktueller Beitrag, Frankfurt/M., Nr. 11/Juli 1989)

Internationaler Umweltkongreß in Nicaragua Süd-Süd-Dialog über globale Probleme

Vom 5.–9. Juni d.J. fand in Managua der vierte Umweltkongreß „Bestimmung und Zukunft der Erde“ statt. An ihm nahmen 1200 Delegierte von Umweltgruppen, Forschungsinstituten und Friedensorganisationen aus ca. 100 Ländern teil.

Die drei ersten Konferenzen „Bestimmung und Zukunft der Erde“ hatten 1982 in New York, 1984 in Washington und 1986 in Ottawa stattgefunden. Zu ihren Aufgaben hieß es im Gründungsdokument: „Diese Kongresse geben Basisbewegungen, die sich für Frieden, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit einsetzen, Gelegenheit, gemeinsam Zielvorstellungen zu entwickeln, wie wir einer besseren Welt näherkommen können, die nicht von Militarismus, Armut und Umweltkatastrophen bedroht ist.“

Nicaragua war als Austragungsort der diesjährigen Konferenz gewählt worden, um die Lage aus dem Blickwinkel der Dritten Welt zu analysieren, aus der Sicht einer krisengeschüttelten Region und eines Landes, das „trotz acht Jahren militärischer und wirtschaftlicher Aggression die Verteidigung der Umwelt, der nationalen Souveränität und der Selbstbestimmung seines Volkes zu integrieren wußte“.

Im Gegensatz zu den früheren Tagungen sollte es diesmal nicht bei Prinzipienerklärungen bleiben. „Wir haben immer weniger Zeit und müssen Entscheidungen treffen, die auch in die Praxis umgesetzt werden können“, erklärte dazu der Initiator der Konferenzen, der US-Amerikaner David Brower.

Der rote Faden, der die Debatten des Kongresses durchzog, war der Zusammenhang zwischen Frieden, Umweltschutz und sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Aufrüstung und Krieg wurden als eine der Hauptursachen der Umweltzerstörung des Planeten ausgemacht. Dazu zählen die Zerstörung durch militärische Auseinandersetzungen, die Verschwendung von Rohstoffen und menschlichen Ressourcen und die Verschmutzung der Umwelt durch die Abfälle der Rüstungsindustrie. „Umwelt- und Friedensprobleme sind eng miteinander verbunden“, betonten die Delegierten. Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung aller Völker und Regierungen der Erde, um eine soziale und ökologische Katastrophe von der Menschheit abzuwenden.“

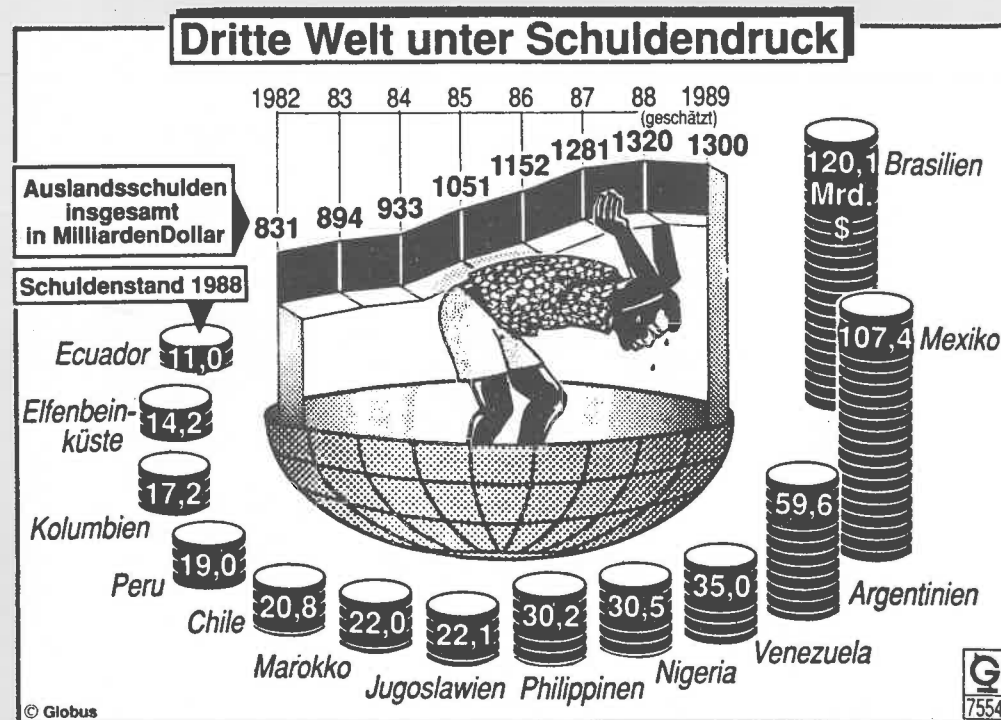
Nicaraguas Vizepräsident Sergio Ramirez hatte bereits in seiner Einladung betont, daß „die Lösung der großen Umweltprobleme die Lösung der drängendsten sozialen Probleme“ voraussetze. Die Delegierten machten u.a. die Verschuldungskrise für die Zerstörung der Dritten Welt verantwortlich und forderten die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Außerdem wurde die Notwendigkeit betont, „daß die entwickelten Länder, die für die Umweltzerstörung in den Entwicklungsländern verantwortlich sind, ihre ökologische Schuld gegenüber diesen Völkern abtragen.“ Dies soll u.a. dadurch geschehen, daß die Gewinne, die den Industriestaaten aus der Verschuldung der Dritten Welt zufließen, in einen „Weltfonds für Umweltrestaurierung und Entwicklung“ eingezahlt werden.

Die Delegierten aus der Dritten Welt vertraten jedoch nicht die Meinung, daß in der jetzigen Krisensituation Umweltschutzmaßnahmen in Ländern der Dritten Welt unmöglich seien. Regierungen, die den Schutz der Umwelt in ihre Entwicklungsplanung einbeziehen, wurde Anerkennung gezollt. Bestes Beispiel dafür ist das Tagungsland Nicaragua. „Trotz materieller Einschränkungen“, meinte Ramirez, bemühe sich Nicaragua um den Schutz der Böden. Am Vorabend des Jahres 2000 werde sein Land eine integrale Politik zum Schutz der Ressourcen betreiben.

Auf ein wachsendes Bewußtsein für Umweltprobleme in der Dritten Welt und die zunehmende Bedeutung des ökologischen Süd-Süd-Dialogs deutet auch die Wahl des nächsten Tagungsortes hin. Der 5. Kongreß soll 1991 in Simbabwe stattfinden.

Zu Ackerland kommen die Bauern oft nur, indem sie den Urwald abbrennen



stel von dem der reichen Länder beträgt. Und der Abstand wächst. „Heute hungern mehr Menschen auf der Welt als jemals zuvor in der menschlichen Geschichte, und ihre Zahl wächst“, erklärt die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung im Brundtland-Bericht. Ein Bericht der Weltbank schätzt seinerseits, daß die Zahl der Menschen, die in Elendsvierteln und Slums leben, keineswegs sinkt, sondern steigt.

Die weltweite Armut ist also keine Rückständigkeit, die durch globale Modernisierung nach und nach reduziert werden könnte. Es ist vielmehr eine neue Armut, die aus einer selektiven Modernisierung entsteht. „Die Einigung“ der Welt geschieht nicht durch Vereinheitlichung, sondern durch Ausgrenzung; im weltweiten Maßstab, genau wie innerhalb der reichen Gesellschaften. Das, was man uns als einen langsamen aber stetigen Wachstumsprozeß darstellt, führt in Wirklichkeit mit großer Wahrscheinlichkeit zur Katastrophe. Man kann nicht zwei Drittel der Menschheit ins Elend stürzen, ohne Gewalt und Umsturz erwarten zu müssen. Die Anmaßung des IWF, die Ärmsten den eisernen Mechanismus der Reichen „anzupassen“, hat be-

Darwinismus, im Norden wie im Süden, neigt dazu, den größten Teil der Menschheit unter das Existenzminimum zu drücken, ihnen sogar das zu rauben, was bis heute als unveräußerliches Erbe aller Lebewesen gilt, wie Luft und Wasser. Während andererseits die Privilegierten gezwungen sein werden, sich in befestigte Enklaven einzuschließen, als Folge ihres eigenen Systems.

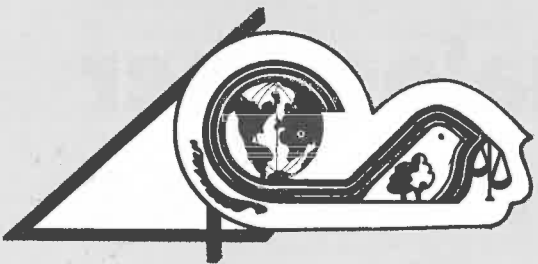
Wenn wir die Strategie der Reichen in Frage stellen, tun wir dies nicht nur im Namen der Armen der Welt, sondern für die gesamte Menschheit. Im Namen des Artikels 15 der Menschenrechtserklärung von 1789 (der den Staatsbürgern das Recht einräumt, von allen in der öffentlichen Verwaltung Tätigen Rechenschaft über die Geschäftsführung zu fordern) stellen wir die Anmaßung derer, die die Welt verwalten, in Frage, fortzuführen, uns ihr Gesetz aufzuzwingen.

Wir schlagen vor, daß in Zukunft jeder jährliche Gipfel der sieben Reichen die Gelegenheit sein sollte, bei der auch die Ärmsten ihre Stimme hören lassen.

Wir verlangen zuallererst einen Erlaß der Schulden der Drittweltländer. Wir wollen, daß die Frage nach der Legitimität der Schulden ge-

Deklaration von Managua

Am 9. Juni d.J. nahmen die Delegierten des vierten Kongresses „Bestimmung und Zukunft der Erde“ eine Deklaration von Managua an, die wir dokumentieren.



1) Die Kongreßteilnehmer sind tief besorgt über die Zukunft des Lebens auf unserem Planeten. Die sich ausbreitenden Krisen in den Bereichen Umwelt und Menschenrechte, Unterentwicklung und Militarismus sind Anzeichen einer tieferliegenden Reihe von Problemen. Anstatt an den Symptomen zu kurieren, sollten wir an die Wurzel dieser Probleme gehen.

2) Der Kongreß erkennt an, daß es ein grundlegendes Menschenrecht für alle Völker der Welt ist, in einer gesunden Umwelt zu leben und sich zu entwickeln.

3) Der Kongreß lehnt eine Politik als unverantwortlich ab, die durch ökonomistische und konsumorientierte Maßstäbe beseelt ist. Diese kurz-sichtige Politik ist zum Vorteil einiger weniger und zum Nachteil der großen Mehrheit der Völker der Welt. Es wird immer klarer, daß die wachsenden sozialen und Umweltprobleme sehr eng zwischen Süd und Nord verflochten sind. Umweltprobleme werden vom Norden in den Süden verlagert und kehren dann, um den Kreis zu schließen, in ihre Ursprungsländer zurück.

Darüber hinaus zerstören wir weit mehr, als wir an Regeneration zulassen. Die Biosphäre ist zum ersten Male in der Geschichte ernsthaft bedroht. Aus einem Sinn für Gerechtigkeit und Solidarität heraus schließen sich Menschen aus aller Welt zusammen, um sich gegen diese Bedingungen aufzulehnen.

4) Der Kongreß hat die gegenseitigen Beziehungen zwischen Umweltproblemen und denjenigen, die Frieden und weltweite Sicherheit bedrohen, analysiert. Die Teilnehmer befinden sich in Übereinstimmung mit den Feststellungen der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, dem Brundtland-Bericht, der empfiehlt, daß „Regierungen und internationale Einrichtungen beim Bemühen um Sicherheit das Kosten-Nutzen-Verhältnis zwischen Geld, das für Rüstung ausgegeben wird, und Geld, das zur Linderung der Armut und zur Wiederherstellung der verwüsteten Umwelt ausgegeben wird, feststellen sollten.“

Die Teilnehmer befanden sich ebenfalls in Übereinstimmung mit der Resolution 42/186 der Vollversammlung der Vereinten Nationen über „Umwelperspektiven bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus“, die erklärt, daß „eine internationale Atmosphäre des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit, frei von der Anwesenheit und Bedrohung irgendeiner Art von Krieg – besonders des Atomkriegs –, eine Atmosphäre, in der keine Nation ihre geistigen und natürlichen Ressourcen für Waffen verschwendet, vieles zu einem Fundament für eine umweltfreundliche Entwicklung beitragen würde.“

5) In diesem Zusammenhang bekräftigt der Kon-

greß, daß eine der größten gegenwärtigen Bedrohungen für die Umwelt und für das Leben selbst, in allen seinen Formen, der atomare Holocaust ist. Trotz des positiven Fortschritts, der auf dem Gebiet der Abrüstung in den letzten Monaten gemacht wurde, bleiben enorme Arsenale von Atomwaffen, die ständig vermehrt und verbessert werden, weiterhin eine Bedrohung für das Überleben des Planeten.

6) Desgleichen weist der Kongreß die Politik und die Praktiken der Vorherrschaft und Intervention ebenso zurück wie die Anwendung oder das Androhen der Anwendung von chemischen Waffen, konventionellen Waffen, von Gewalt, Aggression, Besetzung, Druck, wirtschaftlichem Zwang und Einmischung, die weiterhin viele Regionen der Welt betreffen.

Der Kongreß weist besonders auf Südafrika, den Mittleren Osten und auf Mittelamerika hin, wo Anstrengungen, die bei der Suche nach friedlichen Lösungen unternommen wurden, durch eine solche Politik untergraben werden. Zudem bleiben Militarismus und Intervention Hindernisse für Entwicklung und Wiederherstellung der Umwelt.

7) Die Teilnehmer wiederholen ihre Überzeugung, daß die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Wettübens die Ungleichgewichte in den gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsbeziehungen verschärfen. Sie heben die Bedeutung der Internationalen Konferenz über Abrüstung und Entwicklung, die 1987 stattfand, hervor und ermahnen alle Staaten, daß von dieser Konferenz gebilligte Aktionsprogramme anzuwenden mit dem Ziel, durch Abrüstungsmaßnahmen zusätzliche Hilfsquellen für eine gleichmäßige und sozial gerechte Entwicklung und für die Verteidigung der Umwelt, besonders zum Nutzen der Entwicklungsländer, freizusetzen.

8) Die Teilnehmer weisen darauf hin, daß sich innerhalb des gegenwärtigen internationalen Wirtschaftssystems die Lücke zwischen den entwickelten und den sich entwickelnden Ländern weiter vergrößert, hauptsächlich durch die Mechanismen, die durch multilaterale Finanz- und Handelsinstitutionen wie die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds aufgezwungen wurden.

Die Hauptfolge dessen ist die Krise der Auslandsverschuldung, welche die Armut und sozialen Spannungen in den Entwicklungsländern steigert und dadurch die letzteren daran hindert, sich den grundlegenden Bedürfnissen ihrer Völker anzunehmen und die Prioritäten einer anhaltenden Entwicklung zu verwirklichen. Die Schulden gefährden auch die Selbstbestimmung, die Unabhängigkeit, die Souveränität sowie die Integrität des Territoriums und der Umwelt. Deshalb bekräftigt der Kongreß, daß in einer zunehmend voneinander abhängigen Welt Frieden und internationale Stabilität nur auf feste und gerechte wirtschaftliche Fundamente gebaut werden können, die die Schaffung echter Programme für eine umweltverträgliche Entwicklung ermöglichen.

9) Der Kongreß bekräftigt ebenso das souveräne und unveräußerliche Recht eines jeden Volkes, ohne Einmischung das Modell der politischen,

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation zu wählen, das am meisten seinen eigenen Interessen entspricht, am besten mit seiner eigenen Geschichte, Kultur und Überlieferung übereinstimmt.

In Anbetracht der Tatsache, daß es unsere gemeinsame Verantwortung ist, die Biosphäre zu schützen, verurteilt der Kongreß besonders jeden Versuch, die gegenwärtigen Modelle der Industrialisierung auf Entwicklungsländer zu übertragen. Diese Modelle führen zu übermäßigem Verbrauch, zu Verschwendung und Umweltzerstörung. Industrialisierte Länder haben ihr Niveau der Entwicklung auf Kosten der Naturreichtümer des Planeten, deren Zerstörung sich beschleunigt, und der Biosphäre, deren Vergiftung zunimmt, erlangt. Alle Völker der Erde zahlen den Preis für den Lebensstandard des industrialisierten Nordens.

10) Der Kongreß erkennt als grundlegendes Recht eingeborener Völker den Schutz ihrer Institutionen, ihres Eigentums, ihrer Organisation, ihrer Arbeit, ihres Territoriums und vor allem ihrer natürlichen Umwelt an. Das Überleben dieser Kulturen trägt unmittelbar zur gleichmäßigen Entwicklung bei, nicht nur der Länder, in denen sie leben, sondern auch der ganzen Welt.

Aktionsleitlinien

A. Der Kongreß bekräftigt, daß Frieden und Sicherheit ebenso wie die Verbesserung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen in den Entwicklungsländern entscheidend für die Verhinderung der Umweltzerstörung sind. Deshalb befürwortet der Kongreß die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung, welche diesen Ländern den Zugang zu wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Mitteln zur Entwicklung erlauben würde, die ihnen von der bestehenden ungerechten Ordnung vorenthalten wurden. Diese neue internationale Ordnung bedingt einen Prozeß der Veränderung, in dem die Nutzung von Naturreichtümern und die technologische Entwicklung darauf ausgerichtet sind, die Bedürfnisse und Bestrebungen gegenwärtiger und zukünftiger Generationen zu befriedigen.

B. Gleichfalls, in Erwägung der Tatsache, daß große Regionen der Welt unter einschneidenden Umweltzerstörungen leiden, hervorgerufen sowohl durch eine Politik der kurzfristigen Ausplünderung als auch durch Krieg und Naturkatastrophen, ruft der Kongreß zu einer Verdoppelung der Anstrengungen zur Wiederherstellung und Wiederbelebung gestörter und geschädigter Ökosysteme auf. Der Kongreß befürwortet ebenfalls die Schaffung rechtlicher Instrumente, die

Der Kongreß forderte ein Verbot des Giftmüllexports in die Dritte Welt



umweltschädigende Vorgehensweisen verbieten. Außerdem unterstützt er die Anwendung der Kriterien, die in den Prinzipien internationalen Rechts gegenwärtiger Verträge und anderen internationalen Abkommen, besonders in der Resolution 42/186 der Vereinten Nationen, enthalten sind, wo festgestellt wird, daß diejenigen, die ökologische Schäden verursachen, dafür verantwortlich gemacht werden sollten. Der Kongreß unterstützt die Schaffung eines Weltumwelttribunals.

C. Der Kongreß erkennt die aktive Teilnahme von Frauen bei den Bemühungen an, alternative Aktionen zu fördern, die die Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft des Friedens und der Stabilität nähren. In diesem Zusammenhang stimmen seine Teilnehmer überein, ein „Welt-Netzwerk Frauen und Umwelt“ zu fördern, um die Beiträge von Frauen zu allen Vorhaben, die mit Umweltschutz zusammenhängen, zu fördern und zu koordinieren (...).

E. Der Kongreß spricht gleichfalls Regierungen, die die ökologische Variable in ihre Entwicklungsplanung eingearbeitet haben, seine Anerkennung aus und fordert sie auf, das Konzept der „ökologischen Kultur“ in all ihre formellen und informellen Erziehungssysteme aufzunehmen als ein Mittel, eine verantwortungsvolle Einstellung hinsichtlich der Umwelt und der Naturreichtümer in zukünftigen Generationen zu entwickeln. L. Der Kongreß wendet sich entschieden gegen die Ausfuhr von gefährlichem Müll in Länder der Dritten Welt, gegen die Ausfuhr von Schädlingsbekämpfungsmitteln, die in den Industrieländern verboten wurden, gegen die Ausfuhr schmutziger Technologien in die Dritte Welt und das Abladen oder Verbrennen von gefährlichem Müll auf See.

M. Der Kongreß lehnt alle Formen nuklearer Aktivitäten ab, einschließlich des Uranbergbaus, der Energieerzeugung und der Waffenherstellung. Diese Tätigkeiten tragen zu schwerwiegenden Schädigungen der Umwelt bei, während sie gleichzeitig extreme und unannehmbare Risiken für die Zukunft des Planeten mit sich bringen und deshalb eingestellt werden müssen (...).

O. Die Kongreßteilnehmer erkennen an, daß Umweltprobleme nicht ohne Gerechtigkeit, Frieden und die Einbeziehung der Völker gelöst werden können. Sie bringen ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß einige regierungsunabhängige Umweltorganisationen Gefahr laufen, von weltweiten Wirtschaftsinteressen manipuliert zu werden, die die Finanzierung und Schirmherrschaft dazu ausnutzen, die Rolle zu verhindern, die die Umweltbewegung als eine Triebkraft gesellschaftlicher Veränderung spielen könnte. (...)

FRAUEN

Weltkonferenz der Ureinwohnerfrauen „Einen gemeinsamen Nenner finden“

Entstanden war die Idee für eine weltweite Begegnung der Ureinwohnerfrauen auf der Weltfrauenkonferenz von Nairobi im Jahr 1985. Nun fand, vom 7.–12. Juli 1989, im australischen Adelaide die erste „Internationale Konferenz der Ureinwohnerfrauen“ statt. Sie stand unter dem Motto „Einen gemeinsamen Nenner finden“. Unter den rund 1000 versammelten Frauen waren Vertreterinnen aus 30 Ländern, darunter aus den Philippinen, Palästina, Südamerika, den Torres Strait Inseln, Neuseeland, Japan, den USA, Irland und Skandinavien. Als Beobachterinnen nahmen Vertreterinnen aus Frankreich (CGT), Dänemark, der BRD und DDR sowie der „International Working Group for Indigenous Affairs“ teil.

Die ersten zwei Tage des Treffens in Adelaide waren kulturellen Aktivitäten gewidmet: Aborigines-Frauen und Torres-Strait-Insulanerinnen trugen vor einem breiten Publikum ihre Tänze und Gesänge vor und stellten Gemälde, Batiken, Webereien und Kunsthandwerk aus. Außerdem brachten die internationalen Gäste mit zeremoniellen Tänzen, Gesängen und Ansprachen die Grüße ihrer Völker zum Ausdruck.

Am 9. Juli wurde dann die viertägige Konferenz mit einem Grußwort von Natasena McNamara, Vorsitzende der Kinderfürsorgezentren in New South Wales, offiziell eröffnet. Sie stellte in ihrer Ansprache die Bedeutung der Frauen als Lebensspenderinnen, Ernährerinnen, Erzieherinnen und treibende Kräfte im kommunalen Leben heraus. Ein Zusammenschluß der Frauen und die Aufwertung ihrer Rolle sei nicht nur wichtig und wertvoll für die Frauen selbst, sondern auch von großer Bedeutung für die indigenen Völker, überhaupt in ihrem Kampf für bessere Lebensbedingungen, Arbeit, Gerechtigkeit, Land- und Menschenrechte.

Die internationalen Gäste stellten in diesem Sinne die Situation in ihren Ländern dar. Dabei machte sich eine große Variationsbreite an politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und Umweltproblemen bemerkbar, von der offenen physischen Unterdrückung in Palästina und Nordirland über das Verbot der eigenen Sprache und damit auch des Großteils der Kultur der Ainu in Japan bis zur Aufteilung des Territoriums und der Verseuchung der Lebensgrundlage der Samen (Lappen) in Nordskandinavien und der Sowjetunion.

Dennoch betonten die Teilnehmerinnen immer wieder die Wesensgleichheit ihrer Probleme, einem Volk anzugehören, das sich als ursprüngliche Bevölkerung des Landes ansieht, aber von der herrschenden Bevölkerungsschicht und deren Machtstrukturen unterdrückt und ihres Rechts auf Land, Kultur und Eigenständigkeit beraubt sieht. Der Wunsch und die Notwendigkeit von Einheit und Solidarität im gemeinsamen Kampf für souveräne Rechte und Selbstbestimmung der Völker wurde immer wieder herausgehoben.

Die wesentlichen Probleme der australischen Frauen liegen im Bereich des Kampfes für umfassende Landrechte sowie in der steigenden Zahl an Todesfällen von Aborigines in Polizeigewahrsam. Der Thematik der Landrechte widmete sich dann auch die Podiumsdiskussion des ersten Vor-



Tanzdarbietung von eingeborenen Westsamoanerinnen

mittags, während am Nachmittag Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen der australischen indigenen Kultur, Kunst und Lebensform tagten.

An den folgenden Tagen standen umfassende Themen wie Bildung und Ausbildung, Gesundheit, Menschenrechte und kulturelle Eigenständigkeit auf der Tagesordnung. Diese Themen wurden in zahlreichen Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten – thematisch und regional – diskutiert.

Die Konferenz schloß mit Resolutionen und Empfehlungen, die in den Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Problemkreisen erarbeitet worden waren. U.a. richteten sich die Teilnehmerinnen gegen die Militarisierung des Südpazifik sowie alle unzulässigen Übergriffe (militärischer oder nichtmilitärischer Art) auf die souveränen Landrechte der indigenen Völker. Eine weitere wichtige Forderung stellte die starke Finanzierung von Frauenpolitik und Frauenprojekten seitens der Regierung(en) dar. Bildung, Aus- und Weiterbildung, Arbeit, Kinderfürsorge, Gesundheitsdienst sowie Frauenhäuser und Frauenkonferenzen benötigten dringend weiterer und ausgiebiger finanzieller Hilfe.

Zum Abschluß sprach die Vertreterin der Sami Women Association im Namen ihrer Organisation eine Einladung an alle Ureinwohnerfrauen aus, zur zweiten internationalen Konferenz der indigenen Frauen im August 1990 nach Samiland, Norwegen, zu kommen.

Corinna Erckenbrecht

HELMUT GROSCHUP

Zum Tode des Dichters Nicolás Guillén

AFROCUBANISMO in der kubanischen Lyrik

Mit Nicolás Guillén verstarb im Juli d.J. ein Meister der Dichtkunst, der die revolutionäre Literatur Kubas und der Karibik maßgeblich prägte. Sein Einfluß ist mit dem Pablo Nerudas im Wirkungsbereich Südamerika vergleichbar.

Der Neger
Im Zuckerrohrfeld.

Der Yankee
über dem Zuckerrohrfeld.

Die Erde
unter dem Zuckerrohrfeld.

Blut,
das uns schwindet!

Dieses einfach mit „caña“ (Zuckerrohr) betitelte Gedicht aus dem Zyklus „Motivos de son“ von 1930 vermittelt die Widersprüche zwischen Schwarzen und Weißen, Landarbeitern und Großgrundbesitzern, Kubanern und US-Firmen. Guilléns „Neger“ ist ein ausgebeuteter Arbeiter.

Das unterscheidet ihn vom Schwarzen als Protagonisten der Lyrik der frankophonen Antillen-négritude. (1) Dort bleibt er auf seine Hautfarbe und den Rhythmus der Folklore beschränkt, stilisiert als Element im Kampf gegen den Kolonialismus und als Aspekt der Rückbesinnung auf die afrikanischen Wurzeln. Genauso bleiben die Schwarzen als Entdeckung europäischer zivilisationsflüchtiger Künstler ohne soziale Komponente. Dieter Reichardt schreibt im Nachwort der einzigen westdeutschen Anthologie Guillén'scher Lyrik: „Mit der ‚poesía negra‘ beginnt die eigentliche Geschichte des Dichters Nicolás Guillén. 1930 erschien sein erstes Meisterwerk, Motivos de son (Son-Motive).“ (2)

Begeistert vom nicaraguanischen Modernisten Rubén Darío (1867–1916), verfaßte Guillén zunächst in der Manier des „l'art pour l'art“ Sonette. Die Ermordung seines Vaters im Jahre 1917, der Abgeordneter der Opposition war, durch Regierungssoldaten, wurde zum einschneidenden Erlebnis für den jungen Nicolás. In Jahren der poetischen Enthaltsamkeit engagierte er sich als Journalist für die Gleichberechtigung der Schwarzen. Er war selbst Mulatte, aber als Angehöriger der Mittelschicht von der Diskriminierung der Farbigen nicht unmittelbar betroffen. Im Jahr des Aufbruchs der



„negrismo-Bewegung“, 1923, nahm Guillén an Studentenrevolten unter der Führung von Julio Antonio Mella teil, der später die Kommunistische Partei Kubas gründete. Es war die Zeit, in der Guillén sozialkritische Gedichte zu schreiben begann.

Anfangs, wie in „caña“, war der Neger noch schicksalhaft seiner sozialen Lage ausgeliefert. Doch bald bekamen Guilléns Gedichte eine agitatorische Komponente, was der künstlerischen Seite nicht schadete, da der „son“ seine Tradition im Volkstanz und im Volkslied hat. Der „son“ läßt sich bis ins 16. Jahrhundert zurückverfolgen und ist auf das Dialogprinzip aufgebaut. (3)

Da Guillén aber nicht beabsichtigte, einen rassistischen Antirassismus zu kreieren, was auch der ethnischen Zusammensetzung Kubas nicht entsprach, war er of-

fen für Einflüsse aus Europa und Nordamerika. So wirkte die Negerlyrik des Nordamerikaners Langston Hughes (1902–67), dessen poetische Leidenschaft der „Black Power“ galt und die „Zigeunerromanze“ des Spaniers Federico García Lorca auf das Schaffen Guilléns, so daß jene Synthese aus weißer und schwarzer Lyrik entstehen konnte, die sich von der „négritude“ abhob. (4) Außerdem gibt Guillén den Neger in Form der „sones“, die ihren Ursprung auf den Zuckerrohrfeldern haben, ihre Sprache zurück.

Später, in den „Gesängen für Soldaten und Sones für Touristen“ (1937) richtet sich der Dichter direkt an die Landarbeiter, wie im „Son von der Machete“ und gibt ihnen Anweisungen sich zu wehren („Wenn sie den Zucker bereiten / wirst du durch die Mühle gedreht / es geht wie zu Spaniens

Zeiten / es geht wie zu Spaniens Zeiten / der Yankee jetzt hinter dir steht. / Schlag drein mit deiner Machete, schlag drein!“). Da geht es nicht mehr um Rassendiskriminierung, sondern um Klassenkampf.

Die zu nationaler Bedeutung gereichte Lyrik von Guillén bekommt im Epos „West Indies Ltd.“, erschienen kurz nach dem Sturz Machados und nach der gescheiterten Revolution von 1933/34, eine übernationale Komponente. Guillén thematisiert die Besitznahme der Ressourcen der kleinen Antillenländer durch die Firmen aus dem Norden, die Statthalterschaft der nationalen Bourgeoisien, die physische und moralische Verelendung und die Arbeitslosigkeit als Folge der Weltwirtschaftskrise. Aber Guillén deutet auch an, daß „das dunkle lächelnde Volk, welches hier lebt“, sich einmal auflehnen könnte und wie das Zuckerrohr auch Köpfe abschneiden wird. (5)

Nicht nur der harte Arbeitsalltag der Schwarzen wird von Guillén lyrisch reflektiert, er enttabuisiert die Darstellung der schwarzen Frau und verherrlicht ihre Schönheit wie in „Mujer nueva“ (Die neue Frau). Mittels Sprachmagie gibt er Erläuterungen zur Bewältigung der Natur, wie in „Sensemayá“ (Lied, um eine Schlange zu tö-

NICOLÁS GUILLÉN PROBLEME DER UNTERENTWICKLUNG

Monsieur Dupont nennt dich ungebildet,
weil du nicht weißt, wer der Lieblings-
enkel von Victor Hugo war.

Herr Müller schreit auf,
weil du nicht den (genauen)
Todestag Bismarcks nennen kannst.

Dein Freund Mr. Smith,
Engländer oder Ami, ich weiß es nicht,
ist entsetzt davon, wie du Shell schreibst.
(Anscheinend nur mit einem ‚I‘,
und außerdem sprichst du es wie Tschel aus.)

Na und, was soll's?
Wenn du an der Reihe bist,
dann laß sie cacarajícara sagen
und frag sie, wo sich der Aconcagua befindet
und wer Sucre war
und an welcher Stelle dieses Planeten
Martí starb.

Und noch etwas:
sie sollen dir immer auf Spanisch antworten.

Deutsch von Erich Hackl

ten), welches gemeinsam mit der „Elegie auf Jesús Menéndez“ (1951) zu den größten lyrischen Leistungen des Dichters zählt. (6) Das Epos auf den Tod des Gewerkschaftsführers Jesús Menéndez war der unmittelbare Anlaß für Guillén, um ins Exil zu gehen, weil er steckbrieflich gesucht wurde.

1937 verließ Guillén zum ersten Mal Ku-

ba, um am internationalen Schriftstellerkongreß in von Francos Truppen eingekreisten Valencia teilzunehmen. Wie viele lateinamerikanische Intellektuelle stellte sich Guillén auf die Seite der Republik. Die Ermordung des Dichterfreundes García Lorca war mit Auslöser für eines der drei großen Zeugnisse lateinamerikanischer Betroffenheit. Neben Nerudas „España en el cora-zón“ (Spanien im Herzen) und Vallejos „España, aparta de mí este cáliz“ (Spanien nimm diesen Kelch von mir) ist „España. Poema en cuatro angustias y una esperanza“ (Spanien, Gedicht in vier Ängsten und einer Hoffnung) der bedeutendste dichterische Ausdruck lateinamerikanischer Solidarität mit den demokratischen Kräften Spaniens.

Die Zeit der Batista-Diktatur verbrachte Guillén in Europa und Lateinamerika. Im Exil entstand der Gedichtband „La paloma de vuelo popular“ (Die Taube mit dem volkstümlichen Flug), der drei Tage vor der Vertreibung Batistas aus Kuba in Buenos Aires veröffentlicht wurde. In diesem Gedichtzyklus behandelt er die verschiedenen Erscheinungsformen des US-Imperialismus. „Welch süße Ehre es doch sei, Arm in Arm mit Onkel Sam zu gehen“, heißt es im „Puertoricanischen Lied“. Und seinem Protest gegen den United-Fruit-Putsch in Guatemala verleiht er in der „Guatemalteckischen Ballade“ Ausdruck.

In „Little Rock“ thematisiert er nochmals die Diskriminierung der Schwarzen, diesmal in den USA. „Kleine groteske Litanei auf den Tod von Senator Mc Carthy“ kommentiert den Tod des Kommunistenhetzers, denn auch Kuba war durch den McCarthyismus v.a. im gewerkschaftlichen Bereich betroffen.

Nicolás Guillén kehrt in das revolutionäre Kuba als Leninpreisträger zurück. In „Tengo“ (Ich habe) macht Guillén deutlich, was revolutionäre Dichtung sein sollte. Tengo funktioniert als Aufforderung, nicht einseitig nur die Schwierigkeiten zu reflektieren, sondern positive und negative Erscheinungen gegeneinander abzuwägen. Der Beginn der wirtschaftlichen und politischen Blockade ist Ursache für das Gedicht „Union Soviética“, in dem er die Zusammenarbeit Kubas mit der UdSSR thematisiert: „Noch nie habe ich bisher / ein Bananenfeld gefunden, / auf dem man im Vorübergehen lesen konnte: MASLOV AND COMPANY, S. EN C., / ...“

Manchen bürgerlichen Kritikern ist das Sowjetunion-Gedicht zu unkritisch gegenüber der „russischen Hegemonialmacht“ und für andere wiederum ist die Funktion eines Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes mit dem Schreiben von Gedichten unvereinbar. (7) Guillén hat als Lyriker des vorrevolutionären Kuba und als revolutionärer Dichter im sozialistischen Kuba sicherlich dazu beigetragen, daß die kubanische Revolution sogar bei ihren Gegnern als entscheidende Zäsur in der Entwicklung der lateinamerikanischen Literatur eingeschätzt wird.

Auch wenn im deutschen Sprachraum die Guillén-Rezeption seiner Bedeutung nicht gerecht wird, ist sein Einfluß im karibischen Raum sicher mit Pablo Nerudas Wirkungsbereich in Südamerika zu vergleichen. Der Kosmopolitismus in den Epen Nerudas macht es uns sicher leichter, den Chilenen in den Himmel der Weltliteratur aufzunehmen.

Die Würdigung Guilléns durch den kubanischen Literaturkritiker José Antonio Portuondo (8) soll dieses kleine Portrait des am 16. Juli 1989 verstorbenen kubanischen Nationaldichters und „Vater der kubanischen Literatur“ (9) abschließen: „Die Dichtung Guilléns ist in hervorragender Weise Beispiel für das, was revolutionäre Dichtung sein muß. Der politische Inhalt, Strophen und Verse entsprechen der Ausdrucksintention und das Ergebnis ist ein Gesang, der allen zugänglich ist, wenn- gleich er sich nicht immer in eingewöhnten Formen darstellt, die allen bekannt sind.“

Helmuth Groschup, Innsbruck, ist freier Journalist und Mitarbeiter von DRITTE WELT

Anmerkungen

- 1) Vgl. Nicolás Guillén, Cuba-Lyrik-Revolution, Pahl-Rugenstein, Hochschulschriften 43, Köln 1981. Eine Auswahl seiner Gedichte, übersetzt und kommentiert von Gabriele Batinic, Ingrid Kerkhoff und Joachim Schmitt-Sasse.
- 2) Nicolás Guillén, Gedichte, Bibliothek Suhrkamp 786, Frankfurt/M. 1982, Auswahl und Nachwort von Dieter Reichardt
- 3) Vgl. Pahl-Rugenstein, Hochschulschriften 43, a.a.O.
- 4) Vgl. José Antonio Portuondo, Kubanische Literatur im Überblick, Reclam 550, Leipzig 1974
- 5) Nicolás Guillén, Gedichte (spanisch-deutsch), Reclam 34, Leipzig 1969. Außerdem erschienen in der DDR: Nicolás Guillén, Sie gingen Gitarren jagen, Gedichte, hrsg. von Hans-Otto Dill, Verlag Volk und Welt, Berlin (DDR) 1977
- 6) D. Reichardt, a.a.O.
- 7) Hans-Jürgen Heise, Cuba-grüne Eidechse der Antillen, in: Ariels Einbürgerung im Land der Schwerkraft. Aufsätze zur Literatur und Kunst, classen, Düsseldorf 1978, Der zitierte Aufsatz stammt aus dem Jahr 1977. Vgl. Martin Franzbach, Kuba. Die neue Welt der Karibik, Pahl-Rugenstein, Köln 1984.
- 8) Zitiert nach: Hochschulschriften 43, a.a.O.
- 9) Martin Franzbach, Kuba . . . a.a.O., S. 93–101. Weiter zu empfehlen: Hans-Otto Dill, Negerfolklore und politische Lyrik im Werk von N.G., in: Sieben Aufsätze zur lateinamerikanischen Literatur, Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1975

EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 10010010
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65

Kontostand 19. 6. 1989:
4.217.236,59 DM

Bisherige UnterstützerInnen:
AIB - Dritte Welt Zeitschrift, Arbeiterkampf,
Cuba Si, Ides, Ila-Info, Inprekorr, Konkret,
Radio Dreyeckland, Radio Z, Lateinamerika
Nachrichten, blätter des Iz3w

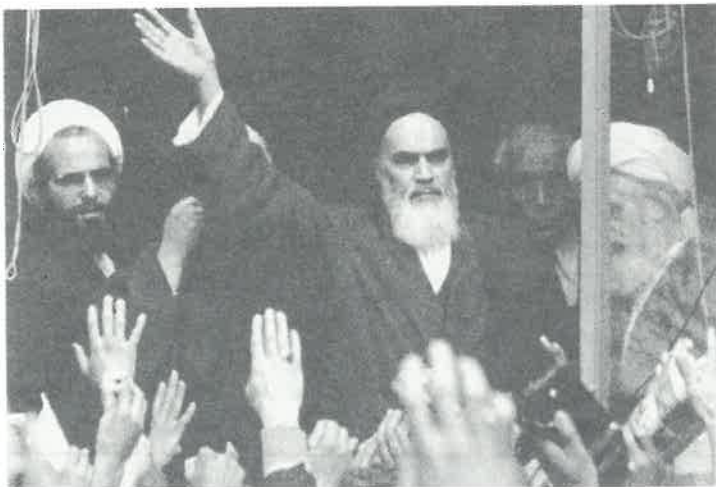
Minou Reeves' Einblicke in die iranische Revolution

Khomeini ist tot, doch seine Ideen wirken weiter. Wer geglaubt hatte, mit dem endlichen Tod des greisen Revolutionsführers werde der islamische Gottesstaat im Iran wie ein religiöses Wahngebilde in sich zusammenstürzen, sieht sich durch die Ereignisse seit Khomeinis Beerdigung auf dem Märtyrerdach Behescht Sahra bitter enttäuscht. 10 Mio IranerInnen, schätzungsweise jeder zweite erwachsene Einwohner des Landes, die Hälfte von ihnen Frauen, nahmen an den Trauerfeierlichkeiten teil und legten damit den Grundstein für einen Totenkult, der zumindest unter den Schiiten noch lange dauern und Einfluß haben wird.

Vermutlich wird auch das durch die islamische Revolution vor 10 Jahren geschaffene politische System im Iran seine geistigen Väter überleben. Es wird allen Widersprüchen und Zerfallserscheinungen zum Trotz zumindest in der islamischen Welt weiterhin für Unruhe sorgen und wird schon deshalb ein beachteter Faktor der Weltpolitik bleiben.

Aus dem Abstand von 10 Jahren läßt sich er- messen, daß die Revolution im Iran weit mehr war als ein regionales Ereignis, als der Sturz eines alten Regimes in Asien. Der von den Mullahs getragene Volksaufstand war neben der russischen und der chinesischen eine der großen Revolutionen dieses Jahrhunderts. Sie war vielleicht die erste authentische Revolution der Dritten Welt, weil sie weder von westlichen noch von kommunistischen Ideen und Idealen geprägt wurde, sondern getragen war von eigenen Traditionen, Denkmustern und Weltbildern. Der Schah, seine Macht und seine Ordnung wurden mit den religiösen Wertvorstellungen des Koran besiegt. Ein solches Manifest mag westlichen Beobachtern als antiquiert vorkommen, aber der Koran ist nicht älter, sondern sechs Jahrhunderte jünger als das Neue Testament, und so wie die Berufung auf den Geist und den Buchstaben der Bergpredigt immer noch genügend Zündstoff bietet für die radikale Umgestaltung westlicher Gesellschaften, so hält auch der Koran für den modernen Gläubigen zahlreiche Ansätze für revolutionäre Veränderungen der sozialen Verhältnisse bereit. Man denke nur an die vielen Gebote des Propheten an die Reichen, ihren Besitz mit den Armen zu teilen.

Die Literatur zur Revolution und zum Regime im Iran nimmt zu, doch all zu vieles, was im Westen dazu publiziert wird, ist ohne die Kenntnis der wesentlichen Quellen und Grundlagen der iranischen Volkserhebung geschrieben, genauso als ob jemand über die russische Revolution Aussagen macht, ohne die Schriften von Marx und Lenin zu kennen. Doch es gibt Ausnahmen. Meistens handelt es sich um persische Emigranten, die in beiden Kulturkreisen zuhause sind, wie der in Westberlin lebende Politologe Bahman Nirumand, die im Exil in Hamburg wohnende Schriftstellerin Torkan, der in den USA als Orientalist lehrende Schriftsteller Roy Mottahedeh, Autor der fiktiven Mullah-Biographie „Der Mantel des Propheten“, oder aber Minou Reeves, von deren bisher leider nur auf Englisch erschienenen Iran-Büchern ich im folgenden berichten möchte.



Revolutionsführer Ayatollah Khomeini beim „Bad“ in der Menge

Minou Reeves, Behind The Peacock Throne, Sidgwick & Jackson, London 1986, 214 Seiten, 12,95 Pfund

Minou Reeves, Female Warriors of Allah. Women and The Islamic Revolution, E.P. Dutton, New York 1989, 218 Seiten, 18,95 US-Dollars.

Minou Reeves scheint schon aufgrund ihrer Biographie prädestiniert zu sein, wesentliches über den Verlauf und den Inhalt der Umwälzungen in ihrem Heimatland auszusagen. Sie ist die Tochter eines bekannten Archäologen und wurde mit 12 Jahren auf ein Internat in der Schweiz geschickt. In Europa studierte sie später Ökonomie und westliche Sprachen und trat nach dem Ende des Studiums in den diplomatischen Dienst ihres Landes. 1973 wurde sie in das Büro der Kaiserin Farah Diba berufen und avancierte bald darauf zur persönlichen Sekretärin der Monarchin. Unter Lebensgefahr gelang es ihr, nach dem Sturz des Schah-Regimes das Land zu verlassen. Seitdem lebt sie in England im Exil und reflektiert kritisch und selbstkritisch die Geschehnisse in ihrer Heimat und in der ganzen islamischen Welt.

In ihrem ersten Buch „Behind the Peacock Throne“, „Hinter dem Pfauenthron“, beschreibt Minou Reeves weit mehr als ihre eigene Geschichte, obwohl es nicht zuletzt die persönlichen Erlebnisse und Einsichten sind, die dem Bericht seine Authentizität und Farbigkeit vermitteln. Ausführlich schildert die Autorin, beispielsweise in der Abhandlung über die alljährliche Winterresidenz des Schah im Schweizer Kurort St. Moritz, die Lebens- und Denkweise der iranischen Herrscherfamilie und ihres Anhangs und kennzeichnet deren unglaubliche Distanz zum Leben und zum Alltag des Volkes. Der Schah, sein Hof und seine Regierung bewegten sich in einer Traumwelt hoch über den sozialen und politischen Realitäten. Sie schalteten und walteten, wie sie wollten, und waren doch nicht mehr als Marionetten in der Hand von Grundherren, Ölkonzernen und fremden Mächten. Minou Reeves macht deutlich: Das Regime der islamischen Mullahs ist die zwangsläufige Folge aus der Tyrannei des Schah und seiner Hintermänner. Es ist die Kehrseite des Systems, seine radikale Umkehrung. Der einzelne Mensch ist, wenn er nicht gerade zum Kreis der Auserwählten zählt, für die ei-

ne wie für die andere Seite der Despotie nichts als Material, Werkzeug der Unterdrückung oder Werkzeug Gottes. Er ist nichts als ein Rädchen oder Schraubchen im Räderwerk des regierenden Systems.

Hauptzweck und Ziel der Schah-Diktatur war die Modernisierung, sprich: radikale Verwestlichung der iranischen Feudalgesellschaft ohne Rücksicht auf die nationalen, kulturellen und religiösen Traditionen des Volkes, ohne Rücksicht auf den schiitischen Glauben der großen Mehrheit. Doch schon der Koran hat gelehrt, daß die Religion wie ein Nagel arbeitet: Je mehr man auf sie einschlägt, desto tiefer dringt sie in das Holz ein. Die rücksichtslose Erziehungsdiktatur des Schah mußte die entsprechende Gegenreaktion hervorrufen, die radikale und unwiderrufliche Absage an alle Gedanken, die aus dem Westen kommen, an die guten wie an die bösen, an die fortschrittlichen wie an die rückständigen Vorstellungen aus dem westlichen Kulturkreis. Der Westen, Frankreich, England, die USA und in ähnlicher Weise auch Rußland und die Sowjetunion, haben die Würde des Iran beleidigt und verletzt. Sie haben versucht, dem stolzen Volk der Iraner die kulturelle Identität zu rauben, und mußten dafür einen Preis bezahlen, den gänzlichen Verlust ihrer moralischen und politischen Glaubwürdigkeit.

Diesen Prozeß der Umkehr, der Rückkehr zu den alten, aber eigenen Wertvorstellungen, beschreibt Minou Reeves in ihrem zweiten Buch: „Female Warriors of Allah“, „Weibliche Vorkämpferinnen für Allah“. Es geht darin um ein zentrales Problem der islamischen Renaissance, um die Stellung der Frau in der Familie und der Gesellschaft des Islam. Für mich ist dieser Essay der bisher überzeugendste Versuch zur Klärung der viel diskutierten Schleierfrage. Der Radikalismus von Kate Millett und anderen Feministinnen aus dem Westen, die kein Verständnis für die Wiederverflechtung der iranischen Frauen während und nach der Revolution zeigten, ist Minou Reeves fremd.

Sie macht darauf aufmerksam, daß es unter dem Schah den Frauen sogar verboten war, den Schleier zu tragen. Dadurch waren die Frauen ihres traditionellen Schutzes, ihrer weiblichen Identität und Unberührbarkeit, beraubt, ohne

daß sie dafür mit einer anderen Ehre, etwa der Autorität einer emanzipierten Frau, entschädigt wurden. Die Frauen wurden im vorrevolutionären Iran zur Befreiung gezwungen, sie wurden zum Konsum- und Sexobjekt in einer unverändert von Männern beherrschten Gesellschaft erniedrigt. Das ist der Hauptgrund, warum sich so bemerkenswert viele Frauen aus eigenem Antrieb an der islamischen Revolution im Iran beteiligt haben, eine Revolution, die ihnen zwar die äußerlichen Zeichen ihrer Würde, den Schleier und den Hejab, die traditionelle Kleidung, zurückgegeben hat, ihnen aber zugleich viele der alten Ketten wieder angelegt hat, denen sie im Orient nicht erst seit der Einführung des Islam unterworfen waren.

Als Grund für die Unterdrückung der Frauen im arabisch-persischen Kulturkreis wird immer wieder der Koran angeführt. Gewiß lassen sich in dem Buch des Propheten Mohammed viele Belegstellen für die Minderwertigkeit der Frauen finden, aber als ganzes ist der Koran nicht frauenfeindlicher als andere Heilige Schriften auch, etwa die Bibel: Nicht wenige der bekannten Belege für die geringere Stellung der Frauen sind fast wortwörtlich aus dem Alten Testament übernommen. Minou Reeves lenkt den Blick zurück auf die Quelle und macht darauf aufmerksam, daß im Koran die Frauen aus der Familie und der Umgebung Mohammeds durchaus als eigenständige und eigenwillige Persönlichkeiten in Erscheinung treten, durchaus im Gegensatz zum Neuen Testament, das höchstens der Gottesmutter individuelle Züge zubilligt.

Salman Rushdies „Satanische Verse“ haben vor allem darum so heftige Empörung in der gesamten islamischen Welt ausgelöst, weil in ihnen eine Beleidigung der Frauen um den Propheten gesehen wurde. Mit Berufung auf den islamischen Theologen Ali Schariati, einen der Lehrer der islamischen Revolution, der 1977 im Londoner Exil ermordet wurde, weist Minou Reeves vor allem auf die zentrale Bedeutung der Fatima-Legende hin. Mohammeds Tochter Fatima gilt im Koran als die Hauptbin seines religiösen Vermächtnisses. Sie wird, etwa in den Schriften der oppositionellen Volksmodjaheddin, zur Leitfigur für die moderne Freiheitskämpferin, und dient sogar, bemerkt die Autorin, zur Rechtfertigung für einen „islamischen Feminismus“.

Minou Reeves beschränkt sich nicht nur auf den Iran, sondern lenkt den Blick zugleich auf andere islamische Staaten und Gesellschaften. Dabei schneidet der Iran in ihren Augen deutlich besser ab als die konservativen islamischen Regimes wie jene Saudi-Arabiens oder der Golfstaaten. Sie hebt hervor, daß die Frauen in Persien weitaus informierter, aktiver und politischer sind als in vielen anderen Ländern des Islam. Auch im Widerstand gegen das Khomeini-Regime finden sich weit mehr Frauen als in vielen anderen fundamentalistischen Strömungen und Bewegungen des Orients.

Minou Reeves warnt vor falschen Hoffnungen auf ein rasches Ende des islamischen Aufbruchs. Sie hält es für möglich, daß namentlich der schiitische Fundamentalismus weiter an Boden gewinnt, selbst dann, wenn die Mullahs im Iran an innenpolitischem Einfluß verlieren sollten. Innerhalb dieser Bewegungen wird der Anteil militanter Frauen eher zunehmen als abnehmen, mutmaßt die Autorin. Für westliche Emanzipationsvorstellungen sieht sie innerhalb der islamischen Welt wenig Entfaltungsmöglichkeiten. Die Schwestern der Fatimas werden ihren eigenen Weg gehen.

Peter Schütt

Kaffee

Freude bei den bundesdeutschen VerbraucherInnen! Die Preise für Kaffee sind ins Rutschen gekommen. Um bis zu eine Mark weniger pro Pfund muß jetzt für dieses Getränk, das mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 189 Litern zu einem der beliebtesten gehört, bezahlt werden. Weitere Preissenkungen haben die Kaffeeröster bis Weihnachten in Aussicht gestellt.

Möglich gemacht hat's am 3. Juli d.J. das Scheitern der Gespräche über eine Verlängerung des seit 1962 bestehenden internationalen Kaffeeabkommens, zu dem sich bislang 50 Erzeuger- und 25 Verbraucherländer zusammengefunden hatten, die 99 % des weltweiten Handels mit Kaffee kontrollieren.

Durch Festlegung von Anteilen am weltweiten Kaffeeexport (Quoten) und eines Preisrahmens sollten die Kaffeepreise auf einem international hohen Niveau stabilisiert werden. Am unteren Interventionspunkt wurde Kaffee aus dem Markt genommen und am oberen entsprechend viel Kaffee in den Markt zurückgeschleust.

Ausgangspunkt des Scheiterns der Verhandlungen war die Auseinandersetzung um die Neuverteilung der Exportquoten angesichts einer erhöhten Nachfrage und der zunehmenden Beliebtheit milderer sog. Arabica-Kaffeesorten, welche v.a. in Mittelamerika und Kolumbien angebaut werden. Brasilien, welches vorwiegend die kräftigeren Robusta-Sorten anbaut und eine Exportquote von 30 % aufweist, lehnte eine Reduzierung seiner Quote zugunsten der mittelamerikanischen Länder ab. Und auch Kolumbien mit einer Exportquote von 15 % mochte auf dem Arabica-Sektor zugunsten der mittelamerikanischen Länder keine Zugeständnisse machen.

Angesichts der Wirtschaftskrise und der hohen Auslandsverschuldung waren Auseinandersetzungen um eine Erhöhung oder Reduzierung der Quoten vorprogrammiert. Schließlich ist Kaffee mit einem Exportvolumen von 15 Mrd \$ jährlich der nach Rohöl meistgehandelte Rohstoff. Aus dem Kaffeeexport ziehen die Länder der Dritten Welt somit wichtige Devisen zur Bedienung ihrer Auslandsschulden.

Doch nach der Aussetzung der Exportbeschränkungen sind die Preise an den internationalen Kaffeebörsen um 35 % gefallen. Da die Exportverluste durch vermehrtes Angebot nicht annähernd ausgeglichen werden können – im Gegenteil die Preise noch schneller fallen –, wird mit einem Einnahmeausfall für die kaffeeexportierenden Länder von 2 Mrd. \$ jährlich gerechnet.

Am schwersten werden die afrikanischen

Länder betroffen sein, die Robusta-Sorten anbauen – allen voran Burundi, welches zu 89 % vom Kaffeeexport abhängig ist (Gesamtexport 1988: 220 Mio DM). Der Preis für diese Sorten ist von Anfang Juni d.J., als er noch 91 US-Cent pro englischem Pfund (453 Gramm) betrug, auf derzeit 65 US-Cent gefallen.

Was vordergründig nur als ein Verteilungskampf zwischen Ländern der Dritten Welt erscheint, ist aber auch der Politik der Industrieländer bzw. der Kolonialmächte geschuldet, welche eine auf die Gewinnung von Rohstoffen ausgerichtete einseitige Wirtschaftsstruktur in den Ländern der Dritten Welt forcierten. Und nicht zuletzt sind es die Strukturen des weltweiten Handels mit Kaffee, welche die gegenwärtigen



Früchte des Kaffeestrauchs

Auseinandersetzungen bedingen. So ist der US-amerikanische Konzern General Foods, der die mittelamerikanische Kaffeeproduktion beherrscht, einer der neben Nestlé, Jacobs Suchard, Douwe Egberts und Procter & Gamble fünf größten Kaffeeröster, die zusammen 50 % der Welternte verarbeiten und vermarkten. Damit wirken sie geschickt auf die Kaffeeproduzenten ein und können sie gegeneinander ausspielen.

Die Profite der Kaffeeröster werden durch die Möglichkeit, jetzt zum jeweils billigsten Preis einkaufen zu können, immens in die Höhe schnellen. Denn sie vermögen, aufgrund ihrer Monopolstellung, die Endverbrauchspreise zu kontrollieren. Und auch die verringerten Einkaufspreise haben sie bislang kaum zu einem Drittel an die Verbraucher weitergegeben.

Am Ende der Stange werden einmal mehr die Ärmsten stehen, die Kleinbauern und Kaffeepflücker in der Dritten Welt, deren Einkünfte während der dreimonatigen Erntezeit nicht einmal ausreichen, die Familie zu ernähren. Wohl bekomms.

Ulrich Rupp

KURZINFORMATIONEN

Angola

Waffenstillstand von UNITA aufgekündigt

Am 24. August d.J., also genau zwei Monate nach dem Inkrafttreten des beim Gipfeltreffen von Gbadolite zwischen der Regierung Angolas und der Nationalen Union für die vollständige Befreiung Angolas (UNITA) vereinbarten Waffenstillstands (siehe **DRITTE WELT** 8-9/1989, S. 46-47), kündigte die UNITA diesen einseitig auf. Zuvor hatte sie im Widerspruch zur ungeliebten Gipfelübereinkunft eine Koalitionsregierung in Luanda gefordert und Dutzende von Überfällen verübt.

Die Contras verwarfen überdies eine Vermittlungsinitiative von acht afrikanischen Staatschefs (Zaire, Angola, Sambia, Simbabwe, Mosambik, Sao Tomé und Príncipe, Kongo, Gabun), die am 23. August in Harare die Vereinbarung von Gbadolite bekräftigt und die Einstellung der Kampfhandlungen angemahnt hatten. Angolas Präsident dos Santos machte namentlich die USA und Südafrika für die Sabotierung des Friedensprozesses verantwortlich, da sie – entgegen den Nichteinmischungsbestimmungen – ihre Waffenlieferungen an die angolanischen Contras fortsetzten.

Termingerech brachte am 25. August d.J. die UNITA, und zwar mit Hilfe der West-Berliner „tageszeitung“, den Vorwurf ins Spiel, die kubanischen Hilfstruppen hätten in Angola seit 1986 C-Waffen sowjetischer Herkunft eingesetzt. Die von dem belgischen Toxikologen Aubin Heyndrickx (Gent) hierzu vorgelegten Belege wurden jedoch von seinem Genter Kollegen A. de Leenheer sowie den C-Waffen-Expertinnen M. Rautio (Finnland) und G. Crocker (US-Außenministerium) als viel zu dürftig befunden.

Libyen-Tschad

Einigung im Grenzkonflikt geplant

Am 31. August d.J. einigten sich Libyen und Tschad in Algier auf ein Rahmenabkommen, das eine politische Lösung des 16 Jahre alten Grenzkonflikts um den Wüstenstreifen Aouzou vorsieht, der heute von Libyen kontrolliert wird. Das 114 000 qkm große Territorium birgt vermutlich reiche Bodenschätze (Erz, Uran) und wird aufgrund gegensätzlicher historischer Abkommen der Kolonialmächte Frankreich, Großbritannien und Italien (1899 und 1935) von beiden Staaten beansprucht.

Das unter algerischer Vermittlung ausgehandelte Abkommen sieht vor, den Konflikt dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu unterbreiten, sofern es nicht gelingt, den Streit binnen eines Jahres auf bilateraler Ebene oder im Rahmen der Organisation für Afrikanische Einheit beizulegen. Folgen soll ein Truppenabzug aus den umkämpften Territorien unter afrikanischer Kontrolle, die Freilassung aller Kriegsgefangenen sowie ein Vertrag über Freundschaft und gute Nachbarschaft. Dieser umfaßt auch die Nichtein-

mischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates.

Nach jahrelangen militärischen Auseinandersetzungen, bei denen Libyen zugunsten der tschadischen Opposition und Frankreich auf Seiten Habrés intervenierte, war im September 1988 ein Waffenstillstand zwischen beiden Seiten in Kraft getreten. Am 3.10.1988 wurden die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen (vgl. **DRITTE WELT** 12/1988, S. 18). Das jetzt unterzeichnete Rahmenabkommen wurde offenbar möglich aufgrund der geschwächten innenpolitischen Stellung des Präsidenten Tschads, Hissène Habré, sowie des libyschen Verzichts auf frühere Vorbedingungen wie der sofortigen Freilassung der gefangenen Libyer und dem Abzug der französischen Truppen aus Tschad.

Südafrika

Massenproteste gegen weiße Wahlen

Am 6. September d.J. wurde in Südafrika erstmals nach dem Rücktritt P.W. Bothas als Vorsitzendem der Nationalen Partei (NP) und als Staatspräsident ein neues Parlament gewählt. Sein Nachfolger im Amt des Staatspräsidenten, F.W. de Klerk, und seine seit 1948 regierende NP erzielten ihr bisher schlechtestes Ergebnis, behielten aber mit 93 Sitzen (-30) die absolute Mehrheit im Parlament. Die ultrarechte Konservative Partei (CP) gewann 39 Sitze (+17) und die liberale Demokratische Partei (DP) 33 (+13). Sie ist die eigentliche Gewinnerin der Wahl, da sie ihren Stimmenanteil um 8 % steigern konnte, während die NP und die CP 5 bzw. 1 % verloren.

Unter den Farbigen und InderInnen, die zum zweitenmal an Wahlen zum Drei-Kammern-Parlament teilnahmen, war die Wahlbeteiligung gering. In diesen Bevölkerungsgruppen hatte es – wie auch 1984 – den Aufruf zum Boykott der Wahlen gegeben, dem die meisten der WählerInnen folgten. Die Mehrheit des Landes, die Schwarzen, durfte nicht wählen. Sie sind im nationalen Parlament nicht vertreten.

Ihre VertreterInnen und die der gesamten außerparlamentarischen Opposition betonten, daß sich mit dem Amtswechsel von Botha zu de Klerk trotz der schönen Worte für Reformen durch letz-

teren keine grundlegende Änderung in Südafrika abzeichne. Die Apartheid, so die Position, kann nicht reformiert, sie kann nur abgeschafft werden.

Die Demokratische Massenbewegung (MDM), die in den Wochen vor der Wahl eine Kampagne zur Nichteinhaltung rassistischer Gesetze durchführte, hatte zum Streik am Wahltag aufgerufen, dem mehr als 3 Mio SüdafrikanerInnen folgten. Die Sicherheitskräfte gingen gegen zahlreiche Versammlungen und Demonstrationen mit ihrer sattsam bekannten Brutalität vor. Mindestens 23 Tote gab es am Wahltag durch Polizeieinsätze.

Ökologie

Tauziehen zum Schutz der Regenwälder

Am 6. September d.J. endete in Wien die erste internationale Konferenz zum Schutz der Regenwälder, an der Experten und Politiker aus 23 Staaten sowie Repräsentanten internationaler Organisationen und der Europäischen Gemeinschaft (EG) teilnahmen. Die debattierten Vorschläge reichten von einer Steuer auf importierte Tropenhölzer bis hin zu Schuldenstreichungen für Regenwaldländer. Die Wiener Konferenz endete allerdings nur mit einer Annäherung der Standpunkte, also ohne konkrete Ergebnisse.

Ende Juli d.J. hatte die EG-Kommission ein Strategiepapier verabschiedet, in dem die Grundzüge einer westeuropäischen „Tropenwaldpolitik“ entworfen wurden. Ihm zufolge sollen zusätzliche Mittel zum Schutz der Regenwälder mobilisiert werden, z.B. durch Abzweigen eines Teils der Haushaltsmittel für die 66 afrikanisch-karibisch-pazifischen Beteiligten des Lomé-Abkommens mit der EG. Außerdem wird die Einrichtung eines internationalen Gemeinschaftsfonds für entsprechende Projekte angeregt, wobei allerdings seine Finanzierung vakant blieb. Verworfen wurde die vom Europa-Parlament geforderte mengenmäßige Importbegrenzung für Edelhölzer. Aus der Kommissions-Vorlage gestrichen wurden Vorschläge wie eine Importabschöpfung bei Tropenhölzern und eine Steuer auf CO₂-Emissionen in den Industriestaaten.

Letztere Maßnahmen aufgegriffen hat Ende August d.J. die vom Bundestag eingesetzte En-

quete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“. Aber auch sie sparte die Anfang d.J. im Regenwald-Appell (siehe **DRITTE WELT** 4/1989) formulierten Kernforderungen, wie Importverbot, absoluter Regenwaldschutz, Fonds für Ausgleichszahlungen an Regenwaldländer, aus.

Sri Lanka

Bürgerkriegsähnliche Zustände

30-40 Menschen kommen seit Mai d.J. täglich bei bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Sri Lanka ums Leben. Die beteiligten Parteien sind die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE), die für die Unabhängigkeit der tamilischen Nordostprovinz kämpfen, die singhalesisch-chauvinistische Volksbefreiungsfront (JVP), die Regierung und etwa 45 000 indische Soldaten, die seit 1987 die Teilautonomie der Nordostprovinz garantieren sollen.

Mit einer Terrorkampagne gegen Sympathisanten der Regierung, gegen Linke und ihre Familien will die JVP den Abzug der indischen Truppen erzwingen. Armee und paramilitärische Gruppen wenden ihrerseits gleiche Methoden gegen vermutliche JVP-AnhängerInnen an.

Unter dem Druck der Kämpfe hatte die Regierung unter Präsident Ranasinghe Premadasa Anfang Juni d.J. den Ausnahmezustand verhängt und den vollständigen indischen Truppenabzug bis zum 29. Juli d.J. gefordert. Die indische Regierung zog jedoch nur 600 Mann ab. Sie befürchtet, daß nach ihrem Abzug tamilische Kräfte, die die Teilautonomie unterstützen, wie die Revolutionäre Volksbefreiungsfront von Tamil Eelam (EPRLF), welche seit Oktober 1988 die Regierung in der Nordostprovinz stellt, von den LTTE vernichtet werden könnten. Einen Vorgesmack auf die Auseinandersetzungen lieferten im Juli d.J. die Morde an führenden Mitgliedern der Vereinigten Tamilischen Befreiungsfront (TULF) und der Volksbefreiungsorganisation von Tamil Eelam (PLOTE), welche den LTTE angelastet werden.

In den seit Anfang August geführten Gesprächen zwischen der srilankischen und indischen Regierung dringt die indische Seite denn auch darauf, daß ein Abzug ihrer Truppen bis zum Februar 1990 davon abhängig ist, daß auch die LTTE sich an eine Waffenruhe halten.

Libanon

Vermittlungsbemühungen gescheitert

Im Libanon zeichnet sich auch sechs Monate, nachdem die Regierung unter General Aoun, die den Großteil des von ChristInnen bewohnten Gebiets kontrolliert, am 14. März d.J. einen „Befreiungskrieg“ gegen die syrischen Truppen im Land proklamiert hatte, noch kein Ende der schweren Kämpfe ab. Zwar hatte Aoun wiederholt seine Bereitschaft erklärt, ohne Vorbedingungen mit den meist moslemischen Bürgerkriegsparteien über eine politische Lösung zu verhandeln. Er unterstrich jedoch am 31. August d.J. erneut sein Vorhaben, die Schlacht ungeachtet der militärischen Überlegenheit der Syrer bis zum Ende weiterzuführen.

Unmittelbar zuvor hatten sowjetische und französische Vermittler das Land ergebnislos verlassen müssen. Beide Regierungen hatten Friedenspläne vorgeschlagen, die basierend auf der UN-Sicherheitsratsresolution von Mitte August einen Waffenstillstand, ein Waffenembargo, einen Abzug der syrischen und israelischen Truppen aus dem Libanon sowie politische Reformen und Präsidentschaftswahlen vorsahen.

Ein algerisch-marokkanisch-saudischer Vermittlungsausschuß der Arabischen Liga hatte bereits Ende Juli seine Bemühungen für gescheitert erklärt und die syrische Präsenz im Libanon ungewöhnlich offen als Haupthindernis für eine friedliche Regelung des Konflikts bezeichnet. Die Kämpfe forderten bis Anfang September über 800 Tote und tausende Verletzte, meist ZivilistInnen.

Nachdem Israel am 28. Juli d.J. den Schiitenscheich Obeid sowie zwei Begleiter entführt und damit das Leben der westlichen Geiseln in Libanon gefährdet hatte, war es zu einer Eskalation und Internationalisierung des Konflikts gekommen. Sowohl die USA als auch Frankreich hatten in der ersten Augushälfte Truppenverbände in das östliche Mittelmeer entsandt. Israelische Truppenverbände überschritten seit dem 22. August d.J. wiederholt ihre sog. Sicherheitszone im Süd-Libanon und führten schwere Angriffe auf schiitische Dörfer.

Kolumbien

Drogenmafia überschätzte Wohlwollen des Staates

Mit der Ermordung des liberalen Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galán am 17. August d.J. hat die kolumbianische Kokainmafia die Zurückhaltung und das Wohlwollen, das sie seitens der Regierung genießt, überstrapaziert.

Mit einer Großoffensive von Militär und Polizei ging sie gegen die Drogenmafia vor. Innerhalb von fünf Tagen wurden 15 000 Personen verhaftet und Hunderte von Luxuswohnungen, Großgrundbesitztümern, Flugzeugen u.ä. im Wert von etwa 400 Mio \$ beschlagnahmt. Mit einer Reihe von Dekreten wurde die Enteignung des Besitzes von Drogenhändlern und die Schließung von Flugplätzen, die zum Abtransport des Rauschgiftes in die USA dienen, beschlossen. Die Drogenmafia reagierte darauf mit Verhandlungsangeboten und Kriegserklärungen.

Die Beschlagnahmung eines wesentlichen Teiles der Reichtümer der Drogenmafia dürfte allerdings schwer fallen, da von den 9 Mrd \$, die sie jährlich am Kokainexport in die USA verdient, das meiste in die legale Wirtschaft geflossen ist oder auf Konten in den USA liegt. Nicht nur wegen der Verflechtung der Drogenmafia mit der legalen Wirtschaft, sondern auch mit der Armee dürfte ein durchschlagender Erfolg der Regierungsmaßnahmen ausbleiben. Gemeinsam haben Drogenmafia, Teile der Armee und Großgrundbesitzer paramilitärische Banden organisiert, die einen Krieg gegen die legale Linke und gegen alle führen, die wie z.B. Richter und Journalisten ihre Interessen beeinträchtigen könnten. 1500 Mitglieder der Patriotischen Union (UP) und 220 Richter und Justizbeamte sind seit 1981 ihrem Terror zum Opfer gefallen, ohne daß die Regierung durchgegriffen hätte.

Die USA haben die Auslieferung von 12 Dro-

VORWÄRTS

Sozialistische Wochenzeitung

Geniere dich nicht, dir deine Fehler abzugewöhnen

Afghanische Revolution und sowjetische Intervention

16 Berichte von Manfred Wibich, Johanna Roth und Urs Winter

Vorwärts, 1980-1989

Brüderliche Hilfe oder fremde Einmischung?

Die Autoren haben nicht einfach Behauptungen der einen oder anderen Seite übernommen, sondern versucht, aus Geschichte und gesellschaftlicher Struktur des Landes einige Gegebenheiten zu erklären und damit zur Meinungsbildung beizutragen. 120 Seiten, broschiert, SFR 10,-

VORWÄRTS, Postfach 8701, CH-3001 Bern

Termine

2.-7. Oktober

Seminar „Drei Welten oder Eine?“ in Vlotho. Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 0 57 33 / 68 00

13.-15. Oktober

Seminar des AKE „Ökologie und Menschenrechte in Brasilien“ in 4936 Augustdorf. Anmeldung: s.o.

20.-22. Oktober

Seminar des AKE „Mythos Bevölkerungsexplosion“ in 5788 Winterberg. Anmeldung: s.o.

27.-29. Oktober

Seminar des AKE „Dritte Welt für Verbraucher“ in Vlotho. Anmeldung: siehe oben.

27.-29. Oktober

Tagung „Das Bild Südasiens in der BRD“ in Bochum. Anmeldung: Südasiens-Informationsstelle, Josephinenstr 71, 4630 Bochum 1, Tel. 02 34 / 50 27 48

4.-5. November

Seminar „Das wirtschaftliche Erbe Chiles nach 16 Jahren Militärdiktatur“ in Walberberg bei Bonn. Anmeldung: Chile-Informationsbüro, Frauenstr. 3-7, 4400 Münster, Tel. 02 51 / 66 18 05

11.-12. November

Tagung „Globale Herausforderungen. Europa und die Dritte Welt“ in Frankfurt. Anmeldung: Juso-Bundessekretariat, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1

17.-19. November

Seminar des AKE „Menschenrechte und Demokratisierung in Lateinamerika“ in Bielefeld. Anmeldung: s.o.

genbossen verlangt und nutzen die Regierungsoffensive, um ihre militärische Präsenz im Land zu verstärken. 20 Mio \$ an Militärgütern wurden bewilligt und Militärberater entsandt. Die Entsendung von Truppen, wie sie Präsident Bush anbot, hat die Regierung bisher abgelehnt.

Panama

USA verschärfen Konfrontation

Am 1. September d.J. wurde nach Ablauf der Amtszeit des bisherigen Präsidenten Rafael Solís Palma der bisherige oberste Rechnungsprüfer des Landes, Francisco Rodriguez, vom Staatsrat zum neuen Staatsoberhaupt ernannt. Dies war erforderlich, da die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 7. Mai d.J. von der Regierung annulliert worden waren (siehe **DRITTE WELT** 7/1989, S. 12 ff.). Der Staatsrat kündigte Neuwahlen an, sobald die USA ihre militärischen Drohungen und die Wirtschaftssanktionen beendeten.

US-Präsident Bush erklärte nach der Ernennung von Rodriguez, die USA würden die neue Regierung nicht anerkennen, jegliche diplomatische Kontakte abbrechen und weitere Sanktionen verhängen. Bereits im August war deutlich geworden, daß die USA den Druck verstärken, um Armeechef General Noriega zu stürzen.

Im Rahmen der seit Juni d.J. andauernden Manöver der 13 000 Soldaten des US-Südkommandos drangen vor allem Mitte August mehrmals Truppen auf panamaisches Gebiet vor, um die Armee des Landes zu provozieren. Am 15. August d.J. sprach sich Bush gar dafür aus, eine Entführung Noriegas zu erwägen.

Zu diesem Zeitpunkt weilte eine Kommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Panama, die seit Mitte Juli zwischen Regierung und Opposition vermittelte. Sie scheiterte am 21. August, da die Regierung die Forderungen der Opposition nach Anerkennung der Wahlen vom 7. Mai und nach Rücktritt Noriegas ablehnte und diese sich weigerte, am 1. September in eine provisorische Regierung einzutreten.

Die Kommission kritisierte anschließend auf einer OAS-Sitzung die US-Militärmanöver, da sie den Verhandlungen abträglich seien. Obwohl US-Außenminister Lawrence Eagleburger die angeblichen Drogengeschäfte Noriegas auf derselben Sitzung am 24. August als eine Aggression gegen alle Länder des Kontinents, vergleichbar mit „der deutschen Invasion in Polen vor 50 Jahren“ bezeichnete, waren die Mitgliedsstaaten noch nicht einmal bereit, den Rücktritt Noriegas zu fordern. Sie verlangten stattdessen von den USA eine Normalisierung der Beziehungen zu Panama und ein Ende der Wirtschaftssanktionen.

Chile

Referendum über Verfassungsänderungen

Am 30. Juli d.J. fand in Chile ein Referendum über 54 Verfassungsänderungen statt, die zwischen dem Führer des oppositionellen 17-Parteien-Bündnisses Demokratische Konzentration, dem Christdemokraten Patricio Aylwin, den Parteien des Regimes und dem Innenminister

ausgehandelt worden waren. 85,7 % der WählerInnen befürworteten die Änderungen. Lediglich die Kommunistische Partei (PCC) und die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) hatten aufgerufen, sich zu enthalten oder ungültig zu wählen, da, so PCC-Generalsekretär Volodia Teitelboim, die Änderungen „durchweg Schönheitskorrekturen“ seien.

Die wichtigsten Neuerungen sind die Verringerung der Amtszeit des Präsidenten von acht auf vier Jahre, die Erhöhung der Zahl der gewählten Senatoren von 26 auf 38 (neun werden ernannt) und der Zahl der zivilen Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates auf vier von acht. Außerdem wurde der Artikel 8, der die Verbreitung des Marxismus untersagt, abgeschafft. Dennoch können PCC, MIR und andere Linksparteien nicht mit der Legalisierung rechnen. Gegen sie wird jetzt der Artikel 19, der die Befürwortung von Gewalt verbietet, angewendet.

Weitere Maßnahmen des Regimes machen deutlich, daß weder vor noch nach den Wahlen vom 14. Dezember d.J., bei denen Aylwin mit Unterstützung der gesamten Opposition gegen den Kandidaten der Diktatur Hernan Büchi antreten wird, demokratische Verhältnisse herrschen werden. In den Massenmedien wird weiterhin Zensur geübt, und die Aufteilung der Wahlkreise begünstigt die rechten ParlamentskandidatInnen. Außerdem soll durch eine Privatisierungswelle und Gesetze, die Pinochet, der noch 8 Jahre die Streitkräfte befehlen soll, die Kontrolle über das Oberste Gericht, die Zentralbank und den Geheimdienst geben sollen, der Spielraum der künftigen Regierung stark eingeengt werden.

Bolivien

Ex-Diktator stützt sozialdemokratischen Präsidenten

In Bolivien ist der Kandidat der sozialdemokratischen Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), Jaime Paz Zamora, am 3. August d.J. vom Parlament zum neuen Präsidenten gewählt worden. Da kein Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen vom 7. Mai die absolute Mehrheit gewonnen hatte, mußte das Parlament unter den drei aussichtsreichsten Kandidaten wählen (siehe **DRITTE WELT** 7/1989, S. 42). Zamoras überraschende Wahl geht auf ein Bündnis der MIR mit der rechtsstehenden Nationalistischen Demokratischen Bewegung (ADN) des vormaligen Diktators Hugo Banzer zurück.

Die ADN und die mit ihr verbündeten Christdemokraten sicherten sich neben der Vizepräsidentschaft sämtliche wirtschaftlichen Schlüsselressorts, die des Äußeren und der Verteidigung. Banzer wird als Vorsitzender eines politischen Rates der starke Mann im Hintergrund sein. Mit der

Kompromiß: J. Paz Zamora (l.) und Ex-Diktator Banzer



Dominanz der Rechten in der Regierung wird sich der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgegebene scharfe Austeritätskurs seines Präsidentenvorgängers Paz Estenssoro, welcher zur Entlassung von 50 000 Bergarbeitern und öffentlich Bediensteten geführt hatte, fortsetzen. So bleibt es fraglich, ob die Ankündigung Zamoras, in eben dieser Höhe neue Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, wahrgemacht werden kann.

LESERBRIEF

Un„anständig“ in Sachen China

Betrifft: China-Beitrag von G. Schucher in DRITTE WELT 8-9/1989, S. 14-16

Werte Dritte WeltlerInnen,
Wut, Wut, Wut – auch jetzt noch, nachdem ich Euren bzw. den phänomenalen Artikel des oben genannten Menschen zum wiederholten Male gelesen und versucht habe, ihn zu analysieren. Also, die zentralen Argumente sind wohl, daß eine „alte Garde“ aus „Technokraten, Bürokraten, die um ihre Pfründe fürchten, zusammen mit sieben alten Männern“, angeführt von der „Kaiserinwitwe“ Deng, das „maoistische Erbe nicht überwindend, sondern nur (?) neu interpretierend“, „über alle Gesetze und Statuten hinweg“, sich „trotz aller internationalen Proteste eiskalt (!)“ gegen „friedliebende“, „patriotische“ Studenten durchgesetzt habe, die nichts anderes getan hätten, als „für die Fortsetzung der Reformen und deren Ausweitung auf politische Bereiche“ zu demonstrieren.

Die „allesamt über 80jährigen“ haben durch diesen „Staatsterror“ tatsächlich doch die „Solidarität der Bevölkerung“ zerstört und durch diese „Tragödie (?)“ nun offenbar bewirkt, daß im Zuge der allgemeinen postmodernen Verflachung der Linken und ihrer Argumente und Positionen auch die **DRITTE WELT** ihren bisherigen Anspruch nach vor allem seriöser Berichterstattung aufgegeben hat. Nach all dem dummen Zeug, das zu China in letzter Zeit geschrieben wurde, hatte ich mir von Euch echt 'was erhofft, als ich auf den Artikel stieß – und dann dies!

Daß im übrigen der Hinweis im Impressum auf die namentlich gekennzeichneten Artikel in diesem Fall wohl nicht einschlägig ist, entnehme ich Eurer Unterzeichnung des „Protestschreibens der Solidaritätsbewegung“. Außerdem druckt eine anständige Zeitung so einen Schmarren nicht ab!

Schließlich kann ich Euch auch nicht zugute halten, daß auch in anderen „linken“ Publikationen (z.B. der „UZ“) ähnlicher Schwachsinn steht. Ich habe mich deshalb entschieden, mein Abonnement mit sofortiger Wirkung zu kündigen (und dies heute auch dem LeserInnenservice mitgeteilt). Falls von daher wegen der nicht mehr zu liefernden, aber schon bezahlten Hefte ein Guthaben für mich verbleiben sollte, so mögt Ihr dieses für die Unterstützung einer fortschrittlichen Befreiungsbewegung verwenden (nur, bitte, weder für die „Opposition“ in der UdSSR, die „Solidarnosc“ in Polen, die „Friedensbewegung“ in der DDR oder die „Studentenbewegung“ in China). In maßlos enttäuschter Verbitterung, als langjähriger Leser und einst auch Mitarbeiter des AIB (!)

ULRICH WÖHRMANN, DETMOLD

INFOS ZUR SOLIDARITÄT

Südafrika

Haussmann verbietet Ermittlungen in U-Boot-Affäre

Das Bundeswirtschaftsministerium unter Helmut Haussmann (FDP) hat der zuständigen Staatsanwaltschaft Kiel die Ermächtigung verweigert, gegen die Howaldtswerke/Deutsche Werft AG (HDW) und das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) wegen der U-Boot-Geschäfte mit Südafrika zu ermitteln. Am 1. August d.J. gab Haussmann bekannt, es habe sich nicht um „illegale Waffenlieferungen“, sondern lediglich um die „Verletzung formeller Geheimhaltungsvorschriften“ gehandelt.

Diese Auffassung ist falsch, denn die Lieferung von Konstruktionsplänen für U-Boote verletzt bereits das verbindliche Rüstungsembargo der UNO gegen Südafrika von 1977 und auch Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes, so die Anti-Apartheid-Bewegung. Zudem liegen inzwischen Indizien vor, daß nicht nur Baupläne nach Südafrika geliefert wurden. HDW-Oberingenieur Rademann hält sich in Südafrika auf, wobei er auch – so Zeugen aus Lübeck – eine „Schweißbox“ zur Verarbeitung des U-Boot-Stahls HY 80 mitgenommen habe.

Im August d.J. wurde bekannt, daß auch die Emdener Thyssen Nordseewerke an den U-Boot-Geschäften mit Südafrika beteiligt waren. Zeugen sagten in einer Monitor-Sendung aus, die Emdener Thyssen-Werke seien an einer Umrüstung der Sandock-Werft beteiligt, die den Bau von U-Booten auf dieser Werft ermöglichen würden.

KritikerInnen der Bonner Haltung, Ermittlungen zum U-Boot-Geschäft nicht zuzulassen, vermuten, daß sich dahinter die Angst verberge, die Beteiligung verschiedener Ministerien in dieses Geschäft könnte der Öffentlichkeit bekannt werden. U.a. seien davon auch der derzeitige Verteidigungsminister G. Stoltenberg, der frühere Wirtschaftsminister M. Bangemann, Bundeskanzler H. Kohl und Außenminister H.D. Genscher bedroht.

Rüstungsexporte

Kampagne gegen Daimler-Benz

Anfang September d.J. gab Bundeswirtschaftsminister Haussmann grünes Licht für die Fusion von Daimler-Benz mit dem Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), entgegen dem Votum des Kartellamts und der Monopolkommission. Damit sind die Weichen für eine Erweiterung auch der Rüstungsproduktion und -ausfuhr unter dem Mercedes-Stern gestellt. Als Großlieferant des Apartheidregimes Südafrikas ist Daimler hierbei besonders in die Kritik geraten.

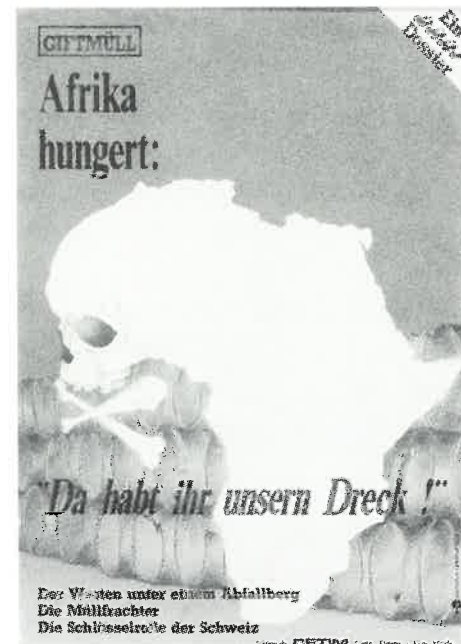
Vor allem gegen diese Vorreiterrolle zugunsten des Rüstungsexportgeschäfts und der Apartheid wendet sich die Daimler-Kampagne, die im Frühjahr 1989 von dem von christlichen Gruppen ge-

tragenen Koordinationskreis „Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen“ gestartet wurde. Die InitiatorInnen zielen auf eine Neubelebung der Debatte um einen Rüstungsexportstopp und auf die Umstellung des Daimlerschen Rüstungszweigs (ca. 15 % Rüstungsanteil am Gesamtumsatz) auf zivile, sozial nützliche Güter (Konversion). Sie orientieren auf die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Friedensgruppen.

Am Antikriegstag, dem 1. September d.J., gab es Flugblattaktionen vor Niederlassungen von Daimler und Töchtern im ganzen Bundesgebiet. Vom 11.–22. November folgen Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der kirchlichen Friedensdekade. Am 9./10. Dezember soll ein bundesweiter Gebetstag für die Opfer der Rüstungsexporte in Südafrika folgen. Weitere Informationen sind anzufordern bei: Kampagne Produzieren für das Leben, Bahnhofstr. 18, 6270 Idstein/Taunus, Tel. 0 61 26 / 5 31 18.

Buchtip

Giftmüll nach Afrika



Centre Europe – Tiers Monde (CETIM, Hg.), Giftmüll, Afrika hungert: „Da habt ihr unseren Dreck!“, Genf 1989, 112 S., 17,- DM ist ein Dossier, welches sich die Giftmüllexporteure und dubiosen Briefkastenfirmen vornimmt, die von der Schweiz aus westeuropäische Sonderabfälle nach Afrika verschieben. Die Autoren haben außer in der Schweiz vor allem in Afrika recherchiert, Deponiestandorte besucht und die Spur der auf den Ozeanen umherirrenden Giftmüllfrachter verfolgt.

Das Dossier enthält umfangreiches Dokumentenmaterial (Verträge und Geschäftspapiere), die das verantwortungslose Treiben der Firmen belegen. Ergänzend finden sich Tabellen und Statistiken über Sonderabfälle, Entsorgungs- und Behandlungsarten sowie Lagepläne von Deponiestandorten. Der Bezug in der BRD ist möglich über: Iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg.

Rassismus

Wanderausstellung

Die Ausstellung „Rassismus? Nein!“ feiert vom 1. September bis 6. Oktober d.J. in Duisburg Premiere (Internationales Zentrum der VHS, Niederstr. 5, 41 Duisburg 1). Anschließend soll sie an verschiedenen Orten, in Schulen, Weiterbildungseinrichtungen, Kulturzentren und Museen als Wanderausstellung gezeigt werden, um – so die Initiatoren – „eine Auseinandersetzung zum Problem Rassismus und zu dessen Ursachen und Erscheinungsformen anzuregen“.

Präsentiert wird eine Auswahl der 20 besten Karikaturen zum Thema Rassismus und Antirassismus, welche bei einem von der „EXILE-Kulturkoordination“ ausgeschriebenen Wettbewerb aus 38 Ländern eingingen, und eine Kollektion von rund 120 Zeichnungen zum gleichen Thema. Die Exponate stammen vorwiegend von ZeichnerInnen aus der Dritten Welt und der Bundesrepublik. Anfragen bei: EXILE-Kulturkoordination, Hansastr. 55, 4100 Duisburg 1, Tel. 02 03 / 34 09 07.

Chile

Bundestreffen der Solidaritätsbewegung

Am 2. September d.J. trafen sich in Frankfurt auf Einladung des Informationsbüros Chile und von medico international ca. 50 VertreterInnen von Solidaritätsgruppen und chilenischen Organisationen, um Aktionsschwerpunkte bis zu den Wahlen am 14. Dezember d.J. und danach abzustimmen.

Die TeilnehmerInnen waren sich darin einig, daß auch nach den Wahlen keine demokratischen Verhältnisse herrschen werden. Als Dreh- und Angelpunkte für die Entwicklung einer stabilen Demokratie wurden die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Bestrafung der Verbrechen der Diktatur angesehen. Die Militärs haben bereits angekündigt, daß sie eine Bestrafung ihrer Menschenrechtsverletzungen nicht hinnehmen werden. Aber auch die in der Demokratischen Konzentration um die Christdemokratie gruppierten 17 Oppositionsparteien scheinen in beiden Fragen zu Kompromissen bereit.

Nicht alle 600 politischen Gefangenen, sondern nur diejenigen, die im Kampf gegen die Diktatur zu politischen Mitteln griffen, sollen freigelassen werden.

Mit einem Aufruf, den Prominente im In- und Ausland unterschreiben sollen, will die Solidaritätsbewegung Druck ausüben für die Freilassung aller politischen Gefangenen und für die Bestrafung der Verbrechen der Diktatur. Außerdem sollen Faltblätter zur politischen Lage, zu den Gefangenen, zur bundesdeutschen Entwicklungshilfe und über den Präsidentschaftskandidaten der Opposition, Patricio Aylwin, erstellt werden. VertreterInnen der Organisation politischer Gefangener werden im Oktober zu einer Rundreise in der Bundesrepublik sein. Kontakt: Informationsbüro Chile, Frauenstr. 3-7, 4400 Münster.

EMANZIPATION UND LATEINAMERIKANISCHE IDENTITÄT

1492 - 1992

500 Jahre europäischer Kolonialismus

Seminar am 28./29. Oktober 1989 Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg,
Von Melle-Park

Programm: Einführung zum Projekt (Heinz Dieterich, Universidad Autonoma Metropolitana, Mexico), **500 Jahre imperiale Interessen Spaniens und Europas** (Inaki Egana, Vertreter des baskischen Comitees gegen die Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas), **Zwangsarbeit und Kolonialismus — zur Kontinuität des deutschen Kolonialismus und Neokolonialismus** (Karl Heinz Roth, Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts), **Verleugnung und die Wiederkehr des Verdrängten — Reflexionen über die sozialanthropologischen Konstitutionsmerkmale des »neuen Weltbürgers«** (Hans Branscheid, medico international), **Die Rolle der Frau in der Befreiung Lateinamerikas** (Gianconda Belli, Nicaragua/Domitila Chungara, Bolivien), **Zum psycho-sozialen Profil des Renaissance-Kolonisators ... und seiner zeitgenössischen Nachfolger** (Jan Philipp Reemtsma, Hamburger Institut für Sozialforschung), **George Orwells Schüler: »Indianer«, »Neger« und »Eingeborene« im Herrschaftsdiskurs des Westens** (Dieterich), **Solidaritätsarbeit mit Zentralamerika und die Konsequenzen für die politische Arbeit hier** (Gaby Gottwald)

Veranstalter: Internationales Organisationskomitee »emancipación e identidad de américa latina: 1492 - 1992«, Verein Monimbo, Lateinamerika Kulturforum, Terre des Hommes (Basel/Osnabrück), medico international, Swiss Aid, Nicaragua Verein und Werkstatt 3, Hamburg

Teilnehmerbeitrag: 20 DM

Information/Anmeldung:

Verein Monimbo, Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach, Tel. 06074/26891 Bruni Höfer

Materialhinweis: 500 Jahre 'Entdeckung' Amerikas — Alter und Neuer Kolonialismus (Inhalt: Projekt 1492-1992, Ironien der Weltgeschichte: Strukturparallelen zwischen Nazi-Lebensraum und 1/3 Welt heute, Zur Psychologie der Konquistadoren u.a.) 96 Seiten, DM 9,80, Verlag: Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90